

FE.EA4 - Beschaffung Facility Management und Umweltrelevante Dienstleistungen

Caroline-Michaelis-Straße 5-11  
10115 Berlin  
Deutschland

Benjamin Pohl  
benjamin.pohl@deutschebahn.com

+40 69

## **Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a**

**EU: Verhandlungsverfahren mit ÖT**

Ausschreibungsnr.: 25FEA84899

**Verdingungsunterlagen**

# Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Deckblatt .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	2
Formblätter .....	2
Vertraulichkeitserklärung_25FEA84899.....	2
Bietergemeinschaftserklärung 25FEA84899.....	7
Zusicherung Beauftragung_25FEA84899 .....	8
Bietereigenerklärung_25FEA84899 .....	9
Bewerbungsbedingungen.....	13
Bewerbungsbedingungen_25FEA84899.....	13
Basis-Kommunikationspapier .....	29
Musterrahmenvertrag inkl. Anlagen .....	40
Muster RV_ SLiZ_25FEA84899 .....	40
Anlage 1 zum RV Leistungsbeschreibung .....	49
Anhänge zur Leistungsbeschreibung .....	64
Anhang 1 zur LB - Merkblatt über wichtige Bestimmungen im Kassengeschäft .....	64
Anhang 2 zur LB - Ausbildungsplan Servicemitarbeiter im Zug .....	67
Anhang 3 zur LB - Ausbildungsplan Train the Trainer .....	68
Anhang 4 zur LB - Kassenverfahren Mobiler Verkauf - DB Regio Schiene .....	69
Anhang 5 zur LB - Mitzuführende Gegenstände .....	81
Anlage 2 zum RV AVB Beratungs- und Dienstleistungen .....	82
Anlage 3 zum RV SDL DB Verhaltenskodex.....	89
Anlage 4 zum RV EVB Qualitätssicherung Beschaffung .....	95
Anlage 5 zum RV EVB Mindestlohn.....	100
Anlage 6 zum RV EVB Unfallverhütung .....	101
(1) Der Auftragnehmer hat mit besonderer Sorgfalt alle Vorkehrungen zu treffen, die notwendig s	101
(2) Hat der Auftragnehmer Leistungen auszuführen, bei denen sich das Betreten des Gleisbereich	101
(3) Alle erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Sicherung gegen Gefahren des Eisenbahnbetrieb.	101
a) Arbeitsstättenverordnung mit Technischen Regeln für Arbeitsstätten; .....	101
b) Betriebssicherheitsverordnung mit Technischen Regeln für Betriebssicherheit; .....	101
c) DGUV-Vorschrift 1 ... Grundsätze der Prävention; .....	101
d) DGUV-Vorschrift 78 (früher GUV-V D33) ... Arbeiten im Bereich von Gleisen;.....	101
e) DGUV-Regel 101-024 (früher GUV-R 2150) ... Sicherungsmaßnahmen bei Arbeiten im ..	101
f) DGUV-Information 201-051 (früher GUV-I 8603) ... Arbeiten an Bahnanlagen im Gleis ..	101
g) DGUV-Vorschrift 4 (früher GUV-V A3) ... Elektrische Anlagen und Betriebsmittel;.....	101
h) Rahmenrichtlinie der DB AG 132.0118 ... Arbeiten im Gleisbereich (einschließlich Tech ..	101
i) Rahmenrichtlinie der DB AG 132.0123 ... Arbeiten an oder in der Nähe von elektrisch	101
(4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine auf Auftraggeber-Gebiet tätigen Betriebsangehörige	102
(5) Der Auftragnehmer hat bei Gleisen, die von Eisenbahnfahrzeugen befahren werden können,	102

(6) Die Verpflichtung nach Absatz 5 besteht .....	102
a) bei Gleisen, in denen der Auftragnehmer nicht zu arbeiten hat; .....	102
b) bei Gleisen, in denen der Auftragnehmer zu arbeiten hat, die aber für diesen Zweck nicht .....	102
c) bei Gleisen, die für die Arbeiten des Auftragnehmers gesperrt sind, während der Zeiträu..	102
(7) Der Auftragnehmer muss seine Betriebsangehörigen und alle anderen auf Auftraggeber-Gebi	102
(8) Der Auftragnehmer muss in geeigneter Form nachweisen können, dass bei ihm eine angene	102
(9) Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass bei Arbeiten mit Brand- und Explosionsgefahr i..	102
a) Funkenflug ist durch geeigneten Funkenflugschutz zu verhindern. ....	103
b) Offene Eisenbahnüberbauten oder Kabeltröge sind abzudecken.....	103
c) Die Entfernung gefährdeter elektrischer Installationen durch den Fachdienst ist rechtzeiti.	103
d) Druckgasflaschen und Benzinkanister sind außerhalb des Gefahrenbereichs zu lagern. ...	103
e) Geeignete Feuerlöschgeräte (mindestens 6 Kg ABC-Pulver-Feuerlöscher, zusätzlich Wa	103
f) Bei Holzschwellen oder anderen brennbaren Stoffen im direkten Arbeitsbereich ist währe.	103
g) Die Baustelle ist nach Beendigung der Arbeiten auf eventuell entstandene Schwelbrände	103
Bei Arbeiten an oder in der Nähe von Tankanlagen, Tankstellen oder abgestellten Kesselwagen	103
Anlage 7 zum RV EVB Nachhaltigkeit.....	104
Anlage 8 zum RV SDL Preisblatt .....	105
Anlage 9 zum RV SDL Ansprechpartner .....	106
Anlage 10 zum RV SDL Nachunternehmerliste .....	107
Eignungskriterien.....	108
Anlagen / Vergabeunterlagen.....	110

# INFORMATIONEN ZUM TEILNAHMEWETTBEWERB

Es ist beabsichtigt, zu einem Teilnahmewettbewerb aufzurufen. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Ausschreibungsnummer	25FEA84899
Bezeichnung (Titel)	Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a
Beschreibung	Servicepersonal im Zug/Zugbegleiter in den Netzen 4 und 9a

### VERFAHREN

Auftraggeber	DB Regio AG (Bukr 12)
Auftraggebertyp	Sektorenauftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	70173 Stuttgart
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	EU: Verhandlungsverfahren mit ÖT (Sektorenverordnung)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein
------------------	------

### ANTRÄGE

Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutschebahn.com/bieterportal">http://www.deutschebahn.com/bieterportal</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

## TERMINE

### ANTRÄGE UND BEWERTUNG

Frist Bewerberfragen	06.02.2026 10:00
Teilnahmefrist	16.02.2026 10:00:00

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <http://www.deutschebahn.com/bieterportal> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, finden Sie Hinweise hierzu auf der Plattform. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BEWERBERFRAGEN

Bewerberfragen müssen bis spätestens 06.02.2026 10:00 Uhr eingegangen sein.  
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.  
Bewerberfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.  
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: <http://www.deutschebahn.com/bieterportal>  
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bewerberfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.



Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a  
**Vertraulichkeitserklärung**

Vergabe Nr. 25FEA84899

---

Deutsche Bahn AG

---

FE.EA 44

---

---

Version: 1.0

---

---

## Präambel

Der Auftraggeber, DB Regio AG (im Folgenden „**Auftraggeber**“) führt das Vergabeverfahren über

Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a;

Vorgang: E-Vergabe;

Vergabenummer 25FEA84899 (im Folgenden „**Vergabeverfahren**“) durch.

Das erklärende Unternehmen (im Folgenden „**Unternehmen**“) beteiligt sich an diesem Vergabeverfahren.

Da die Vergabeunterlagen besonders schutzwürdige und vertrauliche Informationen enthalten, übergibt der Auftraggeber dem Unternehmen die nachstehenden, besonders vertraulichen Vergabeunterlagen nur nach Abgabe dieser **Vertraulichkeitserklärung**. Für die sonstigen Unterlagen und Informationen gilt die allgemeine Vertraulichkeitsverpflichtung aus Kapitel 5 der Bewerbungsbedingungen.

## § 1

### Vertraulichkeit

1. Das Unternehmen verpflichtet sich, die in den nachfolgend genannten Vergabeunterlagen enthaltenen Informationen sowie die Unterlagen selbst (im Folgenden „**Besonders Vertrauliche Informationen**“) vertraulich zu behandeln:

- Rahmenvertrag nebst Anlagen
- Leistungsbeschreibung nebst Anhängen
- Bewerbungsbedingungen

Zugleich handelt es sich im Sinne der Anforderungen an die Übertragung und Aufbewahrung (siehe § 3) um Informationen der Vertraulichkeitsstufe:

- ☒ DB Intern
- ☐ DB Vertraulich
- ☐ DB Streng Vertraulich

2. Das Unternehmen wird insbesondere

- (a) die „Besonders Vertraulichen Informationen“ nur im Rahmen des Vergabeverfahrens und insbesondere zur Erstellung des Angebots verwenden und nur im Rahmen des dabei zwingend notwendigen Umfangs speichern und kopieren;
- (b) die „Besonders Vertraulichen Informationen“ oder Teile davon nur an folgende natürliche und juristische Personen im für die Erstellung des Angebots erforderlichen Umfang weitergeben oder diesen auf sonstige Weise zugänglich machen,
  - das Unternehmen, dessen Organe und Mitarbeiter, sowie

- mit dem Unternehmen gemäß §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen, deren Organe und Mitarbeiter,  
sofern die in lit (b) genannten Personen mit dem Vergabeverfahren, insbesondere der Erstellung eines Angebots, notwendigerweise zu befassen sind (im Folgenden: **„berechtigte Personen“**).
  - (c) angemessene Vorkehrungen treffen, um einen Zugriff nicht berechtigter Personen auf die „Besonders Vertraulichen Informationen“ zu verhindern, mindestens aber diejenigen Vorkehrungen, mit denen das Unternehmen besonders vertrauliche/sensible Informationen über sein eigenes Unternehmen schützt;
  - (d) den Auftraggeber unverzüglich informieren, sofern er Kenntnis davon erlangt, dass „Besonders Vertrauliche Informationen“ unter Verstoß gegen diese Vertraulichkeitserklärung weitergegeben wurden.
3. Die Pflicht zur vertraulichen Behandlung betrifft auch Informationen, die im weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellt werden, soweit diese Informationen inhaltlich den in § 1 Abs. 1 aufgeführten „Besonders Vertraulichen Informationen“ entsprechen oder diese Informationen vom Auftraggeber als „Besonders Vertrauliche Informationen“ gekennzeichnet werden.
  4. Das Unternehmen hat alle berechtigten Personen, an die das Unternehmen die in § 1 Abs. 1 dieser Vertraulichkeitserklärung genannten „Besonders Vertraulichen Informationen“ übermittelt, vor einer Weitergabe der „Besonders Vertraulichen Informationen“ entsprechend dieser Vertraulichkeitserklärung zu verpflichten. Dies gilt auch für eine ggf. beabsichtigte Weitergabe der Unterlagen an freie Mitarbeiter oder Berater sowie an vorgesehene Nachunternehmer, soweit der Auftraggeber der Weitergabe zuvor schriftlich zugestimmt hat. Auf Verlangen ist dies dem Auftraggeber nachzuweisen.
  5. Bereits beim Verdacht auf Kompromittierung von „Besonders Vertraulichen Informationen“, zum Beispiel durch Verlust oder Zugriff durch unautorisierte Dritte, ist umgehend der Auftraggeber über den Sachverhalt zu informieren.

## § 2

### Ausnahmen von der Vertraulichkeit

1. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gem. § 1 gilt nicht für solche „Besonders Vertraulichen Informationen“ oder Teile davon,
  - die im Zeitpunkt der Kenntniserlangung durch das Unternehmen bereits öffentlich bekannt oder allgemein verfügbar sind oder werden, ohne dass dies das Unternehmen zu vertreten hat; oder
  - die dem Unternehmen von einem oder mehreren Dritten rechtmäßig übermittelt wurden; oder
  - zu deren Weitergabe oder Veröffentlichung im konkreten Einzelfall der Auftraggeber im Vorhinein seine Einwilligung in Schriftform gegeben hat; oder
  - die auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder auf Anordnung von Behörden oder Gerichten offen zu legen sind. Das Unternehmen wird über Art und Umfang der

Offenlegungspflicht den Auftraggeber vorab schriftlich informieren und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme und Verteidigung geben.

2. Das Unternehmen trägt jeweils die Beweislast für das Vorliegen einer Ausnahme von der Verpflichtung zur Vertraulichkeit.

### **§ 3**

#### **(Elektronische) Übertragung und Aufbewahrung**

Elektronische Dokumente mit Informationen der Vertraulichkeitsklassen „DB Vertraulich“ und „DB Streng Vertraulich“ müssen verschlüsselt gespeichert werden.

Physische Unterlagen und Datenträger müssen in einem verschlossenen Behälter aufbewahrt werden.

Informationen der Vertraulichkeitsklassen „DB Vertraulich“ und „DB Streng Vertraulich“ müssen bei elektronischer Übertragung angemessen gekennzeichnet und verschlüsselt werden. Bei postalischer Übersendung oder persönlicher Übergabe sind diese für unautorisierte Dritte unzugänglich zu transportieren und die Übergabe ggf. zu quittieren.

Werden mehrere Informationen unterschiedlicher Vertraulichkeitsklassen zusammen gehandhabt, so sind sie entsprechend der höchsten vorliegenden Vertraulichkeitsklasse zu handhaben.

### **§ 4**

#### **Rückgabe /Löschung von „Besonders Vertraulichen Informationen“**

Beabsichtigt das Unternehmen auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe hin kein Angebot abzugeben, hat es dies dem Auftraggeber mitzuteilen und die „Besonders Vertraulichen Informationen“ einschließlich etwaiger Kopien, anderer Reproduktionen und Aufzeichnungen, welcher Art auch immer, unverzüglich zu vernichten bzw. zu löschen oder an den Auftraggeber zurückzugeben. Die Vernichtung und die Löschung der Unterlagen ist auf Verlangen schriftlich zu bestätigen.

Unabhängig davon, hat das Unternehmen auf Ersuchen des Auftraggebers, spätestens aber sobald es die „Besonders Vertraulichen Informationen“ für das vorliegende Vergabeverfahren, im Auftragsfalle nach Beendigung des Auftrags, nicht mehr benötigt, diese einschließlich etwaiger Kopien, anderer Reproduktionen und Aufzeichnungen, welcher Art auch immer, unverzüglich zu vernichten bzw. zu löschen oder an den Auftraggeber zurückzugeben. Die Vernichtung und die Löschung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.

Diese Pflichten des § 3 gelten nicht für „Besonders Vertrauliche Informationen“, die aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen oder standardmäßiger IT-Backup-Prozesse weiter aufbewahrt werden müssen.

## **§ 5**

### **Rechtsfolge bei Verstoß**

1. Für jeden einzelnen Verstoß gegen die sich aus dieser Vertraulichkeitserklärung ergebenden Pflichten hat das Unternehmen dem Auftraggeber unter Verzicht auf die Einrede des Fortsetzungszusammenhangs eine Vertragsstrafe zu zahlen. Die Vertragsstrafe beträgt zwischen 5.000 EUR und 50.000 EUR. Sie hat in diesem Rahmen billigem Ermessen zu entsprechen. Maßgeblich hierfür ist die Bedeutung der verletzten Pflicht, der Nachteil des Auftraggebers (auch der immaterielle Nachteil) und der Grad der Pflichtverletzung und des Verschuldens des Unternehmens. Einigen sich das Unternehmen und der Auftraggeber hierüber nicht binnen acht Wochen seit der schriftlichen Anzeige des Auftraggebers beim Unternehmen, dass jener eine Vertragsstrafe geltend machen will, so entscheidet über die Höhe der Vertragsstrafe als Schiedsgutachter ein vom Präsidenten des Kammergerichts Berlin benannter Richter dieses Kammergerichts nach (auch nur schriftlicher) Anhörung von Unternehmen und Auftraggeber endgültig unter Ausschluss des Rechtsweges. Darüberhinausgehende Ansprüche des Auftraggebers, einschließlich Unterlassungs-, Beseitigungs-, Auskunft- bzw. Schadenersatzansprüche bleiben hiervon unberührt. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird auf eine Schadenersatzforderung angerechnet.
2. Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber im Falle eines Verstoßes gegen diese Vertraulichkeitserklärung vor, das Unternehmen von dem Vergabeverfahren auszuschließen.

## **§ 6**

### **Schlussbestimmungen**

1. Die Verpflichtungen aus dieser Vertraulichkeitserklärung behalten auch nach Beendigung (z.B. durch Zuschlag oder Einstellung) des Vergabeverfahrens ihre Gültigkeit, solange und soweit die „Besonders Vertraulichen Informationen“ nicht rechtmäßig allgemein bekannt geworden sind oder der Auftraggeber im Einzelfall einer Weitergabe schriftlich zugestimmt hat.
2. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten oder Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit dieser Vertraulichkeitserklärung ist Frankfurt am Main.
3. Diese Vertraulichkeitserklärung unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.

Ort, Datum

Signatur

## Bietergemeinschaftserklärung

(bitte ausfüllen, falls zutreffend)

zum Angebot für Vergabe-Nr.: 25FEA84899

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft, bestehend aus

Mitglied .....

Mitglied .....

Mitglied .....

benennen folgenden bevollmächtigten Vertreter für die Bietergemeinschaft:

Name des bevollmächtigten Vertreters .....

Wir erklären zugleich, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber – auch bei der Angebotsabgabe – rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder der Bietergemeinschaft von der Angebotsabgabe an und auch im Falle der Beauftragung als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum                      Signatur

Ort, Datum                      Signatur

Ort, Datum                      Signatur

**Vergabe-Nr: 25FEA84899**

**Firmenname:**

**Anschrift:**

## **Zusicherung im Falle der Beauftragung (Zuschlagserteilung)**

- |   |
|---|
| 1. Anerkennung der Allgemeinen (AVB) und Ergänzenden (EVB) Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG, sowie den Inhalten des Rahmendienstleistungsvertrages (Muster) inclusive Anlagen. |
| 2. Eine ausreichende Haftpflichtversicherung gemäß den Vorgaben aus dem Rahmendienstleistungsvertrag nachzuweisen (Gültigkeit mindestens für die Vertragslaufzeit).                     |

**Name:**

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift, Firmenstempel)

## **Bietereigenerklärung**

in dem Vergabeverfahren Nr. 25FEA84899

1. Ich versichere, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet ist, die Eröffnung weder beantragt noch ein Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
2. Ich erkläre, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
3. Ich erkläre, dass für das Unternehmen im Gewerbezentralregister
  - ☐ keine Eintragung
  - ☐ nachfolgende Eintragung(en)

verzeichnet ist/sind.

Darüber hinaus erkläre ich, dass derzeit

- ☐ kein Verfahren
- ☐ nachfolgende(s) Verfahren

anhängig ist/sind oder war(en), das/die noch zu einer Eintragung in das Gewerbezentralregister führen kann/können.

4. Ich versichere, dass das Unternehmen sein Gewerbe ordnungsgemäß angemeldet hat und – sofern nach Maßgabe der Vorschriften des HGB eintragungspflichtig – im Handelsregister eingetragen ist.
5. Einhaltung von Sanktionen und Embargos
  - a) Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen und unter Anwendung der erforderlichen Sorgfalt entsprechend der für mich national geltenden Rechtsakte, dass das Unternehmen auf keiner Sanktionsliste aufgrund einer EU-Verordnung oder aufgrund sonstiger anwendbarer nationaler, europäischer oder UN-Embargo- und Außenwirtschaftsvorschriften geführt wird und keinen sonstigen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen unterliegt. Ich versichere auch unter Beachtung der EU-Blocking Verordnung, dass das Unternehmen auf keiner US-amerikanischen oder britischen Sanktionsliste geführt wird oder sonstigen US-amerikanischen oder britischen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen unterliegt. Ich versichere außerdem, dass das Unternehmen nicht unmittelbar oder mittelbar im mehrheitlichen Eigentum einer natürlichen oder juristischen Person steht, die auf einer der genannten Sanktionslisten geführt wird oder die sonstigen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen unterliegt.
  - b) Ich versichere, den Auftrag ohne Verwendung von Gütern oder Dienstleistungen, welche nach den aktuellen Sanktionen, insbesondere nach den Finanzsanktionen, Embargomaßnahmen und Außenwirtschaftsvorschriften der Europäischen Union und ihrer



Mitgliedstaaten, der Vereinten Nationen, der USA, des Vereinigten Königreichs sowie der Schweiz, sanktioniert sind, zu erfüllen.

c) Ich versichere,

■ dass ich kein russischer Staatsangehöriger und keine in Russland niedergelassene natürliche Person bin bzw. das Unternehmen keine in Russland niedergelassene juristische Person, Organisation oder Einrichtung ist,

■ dass eine unter Anstrich 1 fallende natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung weder unmittelbar noch mittelbar mehr als 50 Prozent der Anteile am Unternehmen hält,

■ dass ich bzw. mein Unternehmen weder im Namen noch auf Anweisung einer unter Anstrich 1 fallenden natürlichen oder juristischen Person, Organisation oder Einrichtung handle bzw. handelt.

d) Ich versichere, dass natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen im Sinne von lit. c zu nicht mehr als zehn Prozent am zu vergebenden Auftrag beteiligt sein werden, sei es als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder als Unternehmen im Rahmen einer Eignungsleihe gemäß § 47 SektVO.

6. Ich versichere, dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen, z.B. gegen die in § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz genannten Vorschriften, verstoßen hat.

7. Ich versichere, dass das Unternehmen seinen Pflichten zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Pflege-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) nachgekommen ist.

8. Kartellrechtliche Compliance und Korruptionsprävention

a) Ich erkläre, dass das Unternehmen in Bezug auf die Vergabe – und darüber hinaus auch in den vergangenen drei Jahren – keine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen hat. Unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abreden in diesem Sinne sind insbesondere Verstöße gegen die kartellrechtlichen Kernbeschränkungen i.S.v. Art. 101 AEUV, § 1 GWB (Preis-, Submissions-, Mengen-, Quoten-, Gebiets- und Kundenabsprachen) sowie sonstige Vereinbarungen mit anderen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken können.

b) Ich erkläre, dass das Unternehmen sich zu einem unbeschränkten Wettbewerb und zur Korruptionsprävention bekennt und sichergestellt hat, dass sich die Unternehmensführung der Bedeutung bewusst ist, die der Beachtung aller geltenden Wettbewerbs- und Korruptionsgesetze zukommt.

9. Ich erkläre, dass das Unternehmen bei der Ausführung eines früheren Auftrags oder Konzessionsvertrages bei der Deutsche Bahn AG oder einem mit ihr gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen keine wesentliche Anforderung erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat.

10. Ich erkläre,

- a) dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe im Sinne von §§ 123 f. GWB oder Eignungskriterien im Sinne von § 122 GWB keine Täuschung begangen und auch keine Auskünfte zurückgehalten hat und
- b) dass das Unternehmen stets in der Lage war, geforderte Nachweise in Bezug auf die §§ 122 bis 124 GWB zu übermitteln.

11. Ich erkläre, dass das Unternehmen zu keinem Zeitpunkt in einem Vergabeverfahren der Deutsche Bahn AG oder eines mit ihr gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmens

- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c) irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung beeinflussen konnte bzw. dies versucht hat.

12. Ich erkläre, dass das Unternehmen

- ☐ keine schwere Verfehlung
- ☐ folgende schwere Verfehlung

begangen hat, die seine Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).

13. Ich erkläre, dass ich

- ☐ keine Kenntnis
- ☐ folgende Kenntnis

davon habe, dass

- a) eine Person, deren Verhalten gemäß § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen einer der in § 123 Abs. 1 Nrn. 1 bis 10 GWB genannten Tatbestände verurteilt ist oder
- b) eine Geldbuße im Sinne des § 30 OWiG gegen das Unternehmen wegen einer der in § 123 Abs. 1 Nrn. 1 bis 10 GWB genannten Tatbestände rechtskräftig festgesetzt wurde.

14. Ich erkläre, dass den Beschäftigten des Unternehmens oder den im Unternehmen eingesetzten Leiharbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung, soweit

- das Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG),
- das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG),
- sonstige geltende bundes- oder landesgesetzliche Regelungen und/oder
- allgemein verbindlich erklärte tarifliche Bestimmungen über Mindestentgelte

in der jeweils geltenden Fassung anwendbar sind, wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt werden, die durch die vorgenannten Regelungen verbindlich vorgegeben werden.

15. Ich erkläre, dass das Unternehmen die Verpflichtung aus Ziffer 14 dieser Eigenerklärung auf die von diesem beauftragten Nachunternehmer und/oder die von diesem oder von einem Nachunternehmer beauftragten Verleiher jeweils mit einer Weitergabeverpflichtung an weitere Nachunternehmer und Verleiher schriftlich übertragen wird und dass dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachgewiesen wird.

Vertreter von Unternehmen, die außerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ihren Geschäftssitz haben, geben die oben genannten Erklärungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, ab.

Bei Bietergemeinschaften ist eine gesonderte Eigenerklärung von jedem einzelnen Gemeinschaftsmitglied abzugeben.

Eine fahrlässig oder vorsätzlich abgegebene falsche Erklärung im Vergabeverfahren kann

- den Ausschluss vom Vergabeverfahren und von weiteren Vergabeverfahren des Konzerns Deutsche Bahn zur Folge haben;
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen.

Name:

(Ort, Datum)

.....  
(Signatur<sup>1</sup>)



---

<sup>1</sup> Einfache elektronische Signatur; fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur nur, wenn im Vergabeverfahren ausdrücklich gefordert.

Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a  
**Bewerbungsbedingungen  
für Verhandlungsverfahren nach der SektVO**

Vergabe Nr. 25FEA84899

---

Deutsche Bahn AG

---

FE.EA 44

---

Version: 9.0

---

<b>1</b>	<b>Gegenstand der Vergabe</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Rechtlicher Rahmen</b>	<b>4</b>
<b>3</b>	<b>Kommunikation</b>	<b>5</b>
<b>4</b>	<b>Vergabeunterlagen</b>	<b>6</b>
<b>5</b>	<b>Vertraulichkeit</b>	<b>7</b>
<b>6</b>	<b>Teilnahmewettbewerb</b>	<b>7</b>
<b>7</b>	<b>Form des Angebots</b>	<b>8</b>
<b>8</b>	<b>Teilnahme- und Angebotsfristen</b>	<b>9</b>
<b>9</b>	<b>Inhalt des Angebots</b>	<b>9</b>
<b>10</b>	<b>Vergabe in Losen</b>	<b>10</b>
<b>11</b>	<b>Hinweise zur Angebotsbearbeitung</b>	<b>10</b>
<b>12</b>	<b>Anzahl der Hauptangebote/Nebenangebote/Rabatte</b>	<b>11</b>
<b>13</b>	<b>Bietergemeinschaften</b>	<b>11</b>
<b>14</b>	<b>Nachunternehmer</b>	<b>11</b>
<b>15</b>	<b>Angebotswertung</b>	<b>12</b>
<b>16</b>	<b>Weiterer Ablauf des Vergabeverfahrens</b>	<b>13</b>
<b>17</b>	<b>Besondere gesetzliche Anforderungen an den Auftragnehmer</b>	<b>15</b>
<b>18</b>	<b>Rechtsmittelbelehrung</b>	<b>15</b>
<b>19</b>	<b>Anlagen zur Vergabe</b>	<b>16</b>

# 1 Gegenstand der Vergabe

## 1.1 Gegenstand der Vergabe ist ein Auftrag über Servicepersonal / Kundenbetreuer im Zug.

Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Lieferungen und Leistungen sind in den weiteren Vergabeunterlagen beschrieben.

Die in den Vergabeunterlagen genannten Mengenangaben sollen dem Bieter als Kalkulationshilfe dienen. Sie begründen keinen Anspruch auf Verbindlichkeit.

## 1.2 Schätz- und Höchstmengen bzw. Schätz- und Höchstwerte

Die geschätzte Menge der Leistungen, die während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung abgerufen wird (Schätzmenge), beträgt:

Serviceleistungen im Zug 20.521.163 Kilometer

Die Höchstmenge der Leistungen, die während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung abgerufen werden kann, beträgt:

Serviceleistungen im Zug 30.781.745 Kilometer

Es handelt sich bei den hier festgelegten Mengen bzw. Werten nicht um Mindestabnahmemengen oder -werte. Eine bestimmte Liefer-/Leistungs Menge wird vom Auftraggeber nicht garantiert. Es besteht daher in Hinblick auf diese Werte bzw. Mengen keinerlei Anspruch eines Auftragnehmers auf Beauftragung bzw. Vergütung.

## 1.3 Auftraggeber in diesem Vergabeverfahren ist:

DB Regio AG  
Region Baden-Württemberg  
Lautenschlagerstr. 3  
0173 Stuttgart

vertreten durch die in Ziffer 3.3 benannte Vergabestelle.

## 1.4 Ablauf des Vergabeverfahrens

Wie in der Bekanntmachung dargestellt, wird im Rahmen der Vergabe zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Gegenstand des Teilnahmewettbewerbs ist die Prüfung der Eignung zur Erbringung der jeweiligen Leistungen (Fachkunde und Leistungsfähigkeit) sowie der Zuverlässigkeit/Gesetzestreue (Vorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB) des Bewerbers. Siehe im Übrigen die Hinweise zum Teilnahmewettbewerb in Ziffer 6.

Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs werden die zur Erbringung der Leistung geeigneten und zuverlässigen Bieter zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Entsprechend den gesetzlichen Transparenzvorgaben werden die Unterlagen der Angebotsphase bereits mit der Bekanntmachung zusammen mit den Unterlagen der Teilnahme-phase veröffentlicht und sind auf dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG wie folgt gegliedert:

■ „Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb“

## ■ „Unterlagen für die Angebotsphase“

Bitte beachten Sie, dass die Unterlagen für die Angebotsphase zunächst nur informative Bedeutung haben und für den Teilnahmewettbewerb nicht zu bearbeiten und einzureichen sind. Auch ist hiermit keine Aufforderung zur Angebotsabgabe verbunden. Ohne eine ausdrückliche Aufforderung eingereichte Angebote finden keine Berücksichtigung.

Fragen zum Teilnahmewettbewerb oder zur Angebotsphase und zu den dazugehörigen Unterlagen können über das „Fragen-Antworten-Forum“ im Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG (Fundstelle: <https://bieterportal.noncd.db.de/portal>) eingereicht werden. Die hierfür im Teilnahmewettbewerb und der Angebotsphase geltenden Fristen entnehmen Sie bitte jeweils dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG unter „Übersicht“, „Termine“, „Frist zur Stellung von Fragen“ (vgl. auch Ziffer 4.2).

Die Fragen werden fortlaufend möglichst zeitnah im Rahmen eines anonymisierten Fragen- und Antworten-Forums beantwortet und auf dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG veröffentlicht.

## 2 Rechtlicher Rahmen

- 2.1 Die Vergabe erfolgt in Anwendung der Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Sektorenverordnung (SektVO) im Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb (§ 119 Abs. 1 und Abs. 5 GWB).
- 2.2 Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, das Vergabeverfahren einzustellen, sofern sachliche Gründe dies rechtfertigen. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn
  - kein Angebot eingegangen ist, das den Vergabeunterlagen entspricht,
  - sich die Grundlagen der Vergabe geändert haben,
  - das Vergabeverfahren kein wirtschaftliches Ergebnis gehabt hat oder erwarten lässt.
- 2.3 Für die abzuschließenden Verträge gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

### 3 Kommunikation

- 3.1 Die Vergabe wird über das Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG durchgeführt (<https://bieterportal.noncd.db.de/Portal/>). Auf § 9 SektVO wird hingewiesen.

Der Auftraggeber, vertreten durch die Vergabestelle, kommuniziert mit den Unternehmen, die sich auf dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG registriert haben, in der Regel über die Nachrichtenfunktion des Vergabeportals der Deutsche(n) Bahn AG.

Es liegt im Verantwortungsbereich der Unternehmen, regelmäßig Einsicht in ihr Postfach des Vergabeportals der Deutsche(n) Bahn AG zu nehmen und dort hinterlegte Informationen/Dokumente abzurufen.

Unternehmen, die sich nicht registriert haben, sind dazu aufgefordert, sich in eigener Verantwortung über Aktualisierungen, Korrekturen und Informationen zu informieren, die auf der o.g. Plattform eingestellt werden.

- 3.2 Bei technischen oder methodischen Fragen zum Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG wenden Sie sich bitte an die im Bieterportal hinterlegten Kontaktdaten unter: <https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/eva/supplierportal/portal/tabs/vergaben>.
- 3.3 Soweit in der Auftragsbekanntmachung nicht anders angegeben, ist die nachfolgend genannte Stelle der alleinige Ansprechpartner in allen Fragen des Vergabeverfahrens (Vergabestelle).

Auskünfte anderer Stellen oder anderer Personen sowie telefonische Auskünfte sind nicht verbindlich. Die Kommunikation erfolgt in deutscher Sprache.

Deutsche Bahn AG  
Tender Office  
Beschaffung Facility Management FE.EA 44  
Herr Benjamin Pohl  
Caroline-Michaelis-Str. 5-11  
10115 Berlin

E-Mail: [Benjamin.Pohl@deutschebahn.com](mailto:Benjamin.Pohl@deutschebahn.com)

Für die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten gelten die Anforderungen nach den Ziffern 6 bis 9.



## 4 Vergabeunterlagen

- 4.1 Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich über das Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG (<http://www.deutschebahn.com/bieterportal>) zur Verfügung gestellt.

Die Vergabeunterlagen sind abschließend in der unter Ziffer 18 enthaltenen „Checkliste Vergabeunterlagen“ aufgeführt.

Die Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit, etwaige Unklarheiten oder Fehler zu überprüfen.

- 4.2 Enthalten die Vergabeunterlagen (Teilnahmewettbewerb und Angebotsphase) nach Auffassung des Unternehmens unvollständige, unklare oder fehlerhafte Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Teilhmeantrags oder des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen können, so hat das Unternehmen den Auftraggeber hierauf unverzüglich hinzuweisen, jedoch spätestens innerhalb der auf dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG unter „Übersicht“, „Termine“, „Frist zur Stellung von Fragen“ genannten Fristen. Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach Fristablauf gestellt werden.

Antworten, die für die Angebotserstellung oder für die Abgabe von Teilhmeanträgen relevant sind, werden gemäß Ziffer 3.1 zur Verfügung gestellt.

- 4.3 Der Auftraggeber weist darauf hin, dass es im Laufe des Vergabeverfahrens zu Änderungen an den Vergabeunterlagen kommen kann. Der Auftraggeber behält sich daher ausdrücklich vor, die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung, Vertragsbedingungen sowie Zuschlagskriterien und Musskriterien nebst Bewertungsmatrix anzupassen bzw. zu ändern. Das gilt auch für die in den Vergabeunterlagen ggfs. aufgestellten Mindestanforderungen. Wesentliche Änderungen an den Vergabeunterlagen vor Ablauf der Frist für den Eingang von Teilhmeanträgen macht der Auftraggeber im Wege einer Korrekturmeldung (Berichtigungsbekanntmachung) europaweit bekannt. Sollten Änderungen an den Vergabeunterlagen zu einer wesentlichen Änderung der Wettbewerbsbedingungen führen, behält sich der Auftraggeber vor, die ursprünglich vorgesehenen Fristen angemessen zu verlängern. Auf Ziffer 15.3.1.2 wird hingewiesen.

- 4.4 **Erwerb von Normen, Merkblättern etc.**

DIN-Normen, UIC-Merkblätter und DB Standards (ehemals Bahn-Normen) sind vom Unternehmen selbst zu beschaffen.

**UIC-Merkblätter und DB Standards** können beschafft werden bei:

**DB InfraGO AG**

Medien & Kommunikation

Griesbachstr. 7

76185 Karlsruhe

E-Mail: [auftraege.zu.technischen.regeln@deutschebahn.com](mailto:auftraege.zu.technischen.regeln@deutschebahn.com)

Telefon +49 (0) 721 938 3846

**DIN-Normen** können beschafft werden bei:

Beuth-Verlag GmbH

Am DIN-Platz

Burggrafenstraße 6

10787 Berlin

E-Mail: [kundenservice@beuth.de](mailto:kundenservice@beuth.de)

Telefon +49 (0) 30 2601 2260

Telefax +49 (0) 30 2601 1260

## 5 Vertraulichkeit

- 5.1 Das Unternehmen hat die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die es im Rahmen dieses Vergabeverfahrens erhält, vertraulich zu behandeln und sie zu keinem anderen Zweck als diesem Vergabeverfahren zu verwenden. Das gilt nicht für Informationen, die
- bereits vor Offenlegung rechtmäßig im Besitz des Unternehmens waren;
  - ohne Zutun des Unternehmens veröffentlicht worden oder anderweitig ohne sein Verschulden allgemein bekannt geworden sind;
  - die dem Unternehmen von einem oder mehreren Dritten rechtmäßig übermittelt wurden;
  - die schriftlich oder in Textform durch den Auftraggeber freigegeben werden;
  - die auf Grund gesetzlicher Vorschriften auf Anordnung von Behörden oder Gerichten offen zu legen sind.
- 5.2 Beabsichtigt das Unternehmen auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe hin kein Angebot abzugeben, hat es dies dem Auftraggeber mitzuteilen und die Vergabeunterlagen zu vernichten oder an den Auftraggeber zurückzugeben. Digitale Unterlagen sind zu löschen. Die Vernichtung/ Löschung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.
- 5.3 Das Unternehmen hat alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung der Vergabeunterlagen oder der Erstellung des Angebots betraut werden, entsprechend Ziffern 5.1 und 5.2 zu verpflichten und dies auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen. Dies gilt auch für eine ggf. beabsichtigte Weitergabe der Unterlagen an vorgesehene Nachunternehmer.
- 5.4 Eine Veröffentlichung, kommerzielle Verwertung und Weitergabe an Dritte (mit Ausnahme für Zwecke der Angebotserstellung von Nachunternehmern) von Unterlagen des Verhandlungsverfahrens) ist ohne die in Schriftform erteilte vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht zulässig.
- 5.5 Die Bedingungen einer eventuell abgegebenen Vertraulichkeitserklärung in diesem Vergabeverfahren bleiben von den o.g. Bedingungen unberührt.
- 5.6 Die vorstehenden Verpflichtungen behalten auch nach Beendigung/Einstellung dieses Vergabeverfahrens für weitere 5 Jahre ihre Gültigkeit.

## 6 Teilnahmewettbewerb

- 6.1 Für den Teilnahmewettbewerb gelten die in der Bekanntmachung aufgeführten Teilnahmebedingungen.

Die Bekanntmachung ist abrufbar im TED-Portal der EU oder auf dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG (<https://bieterportal.noncd.db.de/portal> unter „Detailansicht der Bekanntmachung“).

- 6.2 Die dort geforderten Informationen und Nachweise sind von den Unternehmen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Das Angebot ist nicht mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber weitere Vergabeunterlagen (z.B. ein Angebotsformblatt) bereits zu Beginn des Teilnahmewettbewerbs veröffentlicht.
- 6.3 Die in der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt aufgeführte Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge ist unbedingt einzuhalten; eine verspätete Abgabe führt zur Nichtberücksichtigung des Teilnahmeantrages, es sei denn die Verspätung ist nicht von dem Unternehmen zu vertreten. Es gelten darüber hinaus die gesetzlichen Ausschlussgründe. Der

Auftraggeber berücksichtigt im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung die Ausschlussgründe der §§ 123, 124 GWB i.V.m. § 142 Nr. 2 GWB im Rahmen des ihm zustehenden Ausschlussermessens.

- 6.4 Nach Prüfung der Teilnahmeanträge wird der Auftraggeber, die zum weiteren Verfahren zuzulassenden Unternehmen zur Abgabe von Angeboten auffordern. Die Unternehmen, die nicht ausgewählt werden, erhalten eine Mitteilung, dass sie nicht weiter am Verfahren beteiligt werden.
- 6.5 Für die Form der Teilnahmeanträge gilt Ziffer 7 (Form des Angebots) entsprechend. Eventuelle Abweichungen in der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt gehen vor.
- 6.6 Soweit sich der Auftraggeber nicht vorab anders festgelegt hat, behält er sich vor, die Unternehmen aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Erklärungen und Nachweise nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren (§ 51 Abs. 2 SektVO).

## **7 Form des Angebots**

- 7.1 Angebote sind ausschließlich über das Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG einzureichen.

Angebotsabgabe über das Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG in Textform nach § 126b BGB:

Der Bieter nutzt die Angebotsfunktion des Vergabeportals der Deutsche(n) Bahn AG, um die mit dem Angebot geforderten Angaben zu machen und ggf. Angebotsdokumente hochzuladen.

Auf andere Art übermittelte Angebote, insbesondere solche per Telefax oder per E-Mail, sind nicht zulässig. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einreichung von Dokumenten mit eingescannten Unterschriften zu verlangen (z.B. bei Vertraulichkeitserklärungen nach Ziffer 4.1).

- 7.2 Alle von den Bietern eingereichten elektronischen Dokumente sind in einem gängigen Datenformat zu erstellen und müssen mit einer Standardsoftware (z.B. Word, Excel) bearbeitet bzw. bei Ablichtungen von Dokumenten per PDF gelesen werden können. Dateiformate von Dokumenten, die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt und von den Unternehmen zu bearbeiten sind, dürfen nicht geändert werden. Als Komprimierungsprogramm ist ausschließlich WIN-ZIP zugelassen. Wegen programmbedingter Begrenzungen für Pfadlängen wird empfohlen, die Dateinamen auf maximal 25 Zeichen zu begrenzen. Anderenfalls können sich Probleme beim Upload der Dateien ergeben.

## 8 Teilnahme- und Angebotsfristen

- 8.1 Die Frist für die Abgabe der Teilnahmeanträge ist in der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt angegeben. Auf Ziffer 6 wird verwiesen.
- 8.2 Die Frist für den Eingang der Angebote wird den zum weiteren Verfahren zugelassenen Unternehmen nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs mitgeteilt.
- 8.3 Für die Fristberechnung gilt die Ortszeit der Vergabestelle. Die Angebotsfrist ist unbedingt einzuhalten.
- 8.4 Der Bewerber/Bieter kann seinen Teilnahmeantrag/sein Angebot nur bis zum Ablauf der Abgabefrist ändern, berichtigen oder zurücknehmen. Eine Änderung muss zweifelsfrei sein.  
  
Die Änderung eines Teilnahmeantrags/Angebots erfolgt durch Neueinstellung des geänderten Teilnahmeantrags/Angebots auf dem Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG.
- 8.5 Die Bindefrist der Angebote beginnt mit dem Ablauf der Angebotsfrist. Deren Ablauf wird den ausgewählten Bietern mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe mitgeteilt. Die Bieter sind bis zu diesem Zeitpunkt an ihre Angebote gebunden. Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf die Bieter, um eine Verlängerung der Bindefrist für ihre Angebote zu ersuchen.
- 8.6 Sollte es beim Hochladen der Teilnahmeanträge/ Angebotsdokumente technische Probleme geben, dann muss sich der Bieter unverzüglich an die im Bieterportal hinterlegten Kontaktdaten unter: <https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/eva/supplierportal/portal/tabs/vergaben> wenden. Ist dies nachweislich nicht oder erst nach Ablauf der Abgabefrist (Teilnahmefrist/ Angebotsfrist) erfolgt, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

## 9 Inhalt des Angebots

- 9.1 Die Vergabeunterlagen, einschließlich sämtlicher Anlagen sind der Einreichung des Angebotes und der Kalkulation vollständig zugrunde zu legen.
- 9.2 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen; ausgenommen sind fremdsprachige feststehende Fachbegriffe.
- 9.3 Elektronische Angebote sind in dem Format des Bieterportals des Vergabeportals der Deutsche(n) Bahn AG zu erstellen. Bei Widersprüchen zwischen Eintragungen im Angebotsportal und Angaben in hochgeladenen Angebotsunterlagen gehen die Eintragungen im Angebotsportal vor.
- 9.4 Dem Angebot sind die in diesen Bewerbungsbedingungen oder gegebenenfalls später vom Auftraggeber entsprechend bezeichneten Unterlagen beizufügen. Andere Unterlagen sind nicht zugelassen.
- 9.5 Soweit sich der Auftraggeber nicht vorab anders festgelegt hat, behält er sich vor, die Unternehmen aufzufordern, fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Auf § 51 Abs. 2 und 3 SektVO wird hingewiesen.

## 10 Vergabe in Losen

- 10.1 Es gibt keine Losbildung.

## 11 Hinweise zur Angebotsbearbeitung

### 11.1 Allgemeine Hinweise

- 11.1.1 Die im Rahmen des Vergabeverfahrens von den Unternehmen eingereichten Unterlagen gehen in das Eigentum der Deutsche Bahn AG über. Die Deutsche Bahn AG und die mit ihr gem. §§ 15 AktG verbundenen Unternehmen erhalten das vollumfängliche Recht, diese im Rahmen des Vergabeverfahrens zu nutzen.
- 11.1.2 Für die Angebotsbearbeitung und/oder Teilnahme am Vergabeverfahren wird keine Kostenerstattung gewährt.
- 11.1.3 Angebote müssen auf sämtlichen Vergabeunterlagen basieren und verbindlich sein.

### 11.2 Allgemeine Vorgaben für Preisangaben

- 11.2.1 Alle Preispositionen sind zu bepreisen. Auf § 51 Abs. 3 SektVO wird hingewiesen.
- 11.2.2 Alle Aufwände des Bieters sind in die vorhandenen Preispositionen einzupreisen. Eine Änderung des vorgegebenen Textes oder der vorgegebenen Formatierung (z.B. andere oder neue Spalten/Zeilen) ist nicht zulässig.
- 11.2.3 Angebote mit Preisen, die der Bieter an bestimmte, in den Vergabeunterlagen nicht vorgesehene Bedingungen knüpft, (z.B. Laufzeiten, Abnahmemengen, Kopplung mit anderen Aufträgen, zusätzliche Beistelleistungen des Auftraggebers, etc.) stellen eine unzulässige Änderung bzw. Ergänzung der Vergabeunterlagen dar und werden ausgeschlossen.
- 11.2.4 Alle Angebotspreise sind in Euro, Bruchteile in vollen Euro-Cent anzugeben.
- 11.2.5 Alle Angebotspreise sind netto ohne Umsatzsteuer anzugeben.

### 11.3 Vertragsbedingungen

Soweit dies nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet ist, sind die Vertragsbedingungen einschließlich der Anlagen zum Vertrag zwingend einzuhalten. Abweichungen oder Einschränkungen hinsichtlich der Vertragsbedingungen oder den ggfs. vorgegebenen Angebotsalternativen führen zum Angebotsausschluss.

### 11.4 Beschreibung der Auftragsausführung

- 11.4.1 Das Angebot muss in jedem Fall den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechen, soweit diese nicht als Bewertungskriterien definiert sind (vgl. dazu Ziffern 15.3.1). Abweichungen von oder Einschränkungen der Muss-Kriterien führen zum Angebotsausschluss.
- 11.4.2 Das Attribut „Option“ kennzeichnet optionale Leistungen, die zwingend anzubieten und zu bepreisen sind, wenn der Auftraggeber nicht ausdrücklich eine andere Regelung getroffen hat. Den Auftraggeber trifft keine Verpflichtung, solche Optionen in Anspruch zu nehmen und zu beauftragen.

## 12 Anzahl der Hauptangebote/Nebenangebote/Rabatte

- 12.1 Es ist ein Hauptangebot pro Bieter zugelassen. Reicht ein Bieter mehr Hauptangebote als zugelassen ein, führt dies zum Ausschluss aller seiner Hauptangebote.
- 12.2 Nebenangebote sind nicht zugelassen. Die vom Auftraggeber verwendete Leistungsbeschreibung enthält funktionale Spezifikationen und Sollanforderungen, die hinsichtlich des angebotenen Erfüllungsgrads bewertet werden.
- 12.3 Soweit nach den technischen Spezifikationen ein bestimmtes Produkt gefordert wird oder bestimmte technische Anforderungen in Bezug genommen werden, sind gleichwertige Lösungen gem. § 28 Abs. 6 bzw. § 29 Abs. 1 SektVO zulässig. Die Gleichwertigkeit ist vom Bieter mit dem Angebot nachzuweisen.
- 12.4 Rabatte (bedingte oder unbedingte) können angeboten werden und werden im Falle eines Zuschlages Vertragsbestandteil. Sie gehen jedoch nicht in die Angebotswertung ein.

## 13 Bietergemeinschaften

- 13.1 Bietergemeinschaften sind vorbehaltlich der Vorgaben des § 1 GWB zugelassen. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der angebotenen Leistung. Voraussetzung für die Stellung eines Teilnahmeantrages durch eine Bietergemeinschaft ist, dass sich die Bietergemeinschaft unter der Bezeichnung „BIEGE“ und ihrer genauen Firmierung im Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG registriert (siehe dort auch die „Hinweise zur Registrierung von Bewerber- und Bietergemeinschaften in der eVergabe“). Eine bestehende Registrierung der Mitglieder der Bietergemeinschaft ist nicht ausreichend. In ihrem Teilnahmeantrag hat die Bietergemeinschaft sämtliche Mitglieder zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Dafür ist das Formblatt Bietergemeinschaftserklärung (Anhang B5) zu verwenden.
- 13.2 Änderungen in der Zusammensetzung von Bietergemeinschaften nach Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge sind nicht gestattet.

## 14 Nachunternehmer

- 14.1 Der Bieter hat Art und Umfang der Leistungen, die er an Nachunternehmer (Unterauftragnehmer im Sinne von § 34 SektVO) zu vergeben beabsichtigt, sowie die vorgesehenen Nachunternehmer (einschließlich der dem Bieter verbundenen Nachunternehmer) im Angebot zu bezeichnen. Dafür ist das Formblatt „Nachunternehmerliste“ zu verwenden. Im Fall der Eignungsleihe nach § 47 SektVO sind die geforderten Eignungsnachweise für das betreffende Eignungskriterium für den zur Eignungsleihe benannten Nachunternehmer vorzulegen.
- 14.2 Nachunternehmer, auf deren Kapazitäten sich das Unternehmen im Teilnahmewettbewerb gem. § 47 SektVO berufen hat, gelten als verbindlich benannt. Diese Nachunternehmer können im Vergabeverfahren nach Ablauf der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags nicht mehr ausgetauscht werden.

Soweit keine Eignungsleihe gem. § 47 SektVO erfolgt, hat die Nachunternehmerbenennung nur vorläufigen Charakter. Der Auftraggeber kann vom Bieter vor Zuschlagserteilung eine verbindliche Benennung der vorgesehenen Nachunternehmer und den Nachweis verlangen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel der benannten Nachunternehmer zur Verfügung stehen.

- 14.3 Der Auftraggeber behält sich vor, die Eignung und Zuverlässigkeit der vorgesehenen Nachunternehmer zu prüfen. Der Auftraggeber kann vom Bieter zu diesem Zweck die in der Auftragsbekanntmachung bezeichneten Eignungsnachweise und Erklärungen zur Zuverlässigkeit auch für die Nachunternehmer verlangen.
- 14.4 Die Nachunternehmerliste kann bei Beauftragung nur in dem im Vertrag vorgesehenen Verfahren geändert werden.
- 14.5 Es wird darauf hingewiesen, dass für Nachunternehmer aller Stufen § 128 Abs. 1 GWB Anwendung findet.

## 15 Angebotswertung

### 15.1 Allgemeine Hinweise zur Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Beachtung der §§ 51 ff. SektVO in einem dreistufigen Verfahren. Die drei Stufen der Angebotswertung sind:

- Prüfung von Ausschlussgründen
- Prüfung der Angemessenheit der Preise, sofern Anlass hierzu besteht
- Bewertung der Angebote anhand der bekannt gemachten Kriterien.

### 15.2 Ausschlussgründe

15.2.1 Der Auftraggeber weist darauf hin, dass es zum Angebotsausschluss führt, wenn der Bieter ein Angebot einreicht, das mit den Angeboten der Wettbewerber nicht vergleichbar ist. Das ist in der Regel der Fall, wenn der Bieter:

- das Angebot nicht form- oder fristgerecht einreicht, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- er Änderungen an den Vergabeunterlagen vornimmt oder diese außerhalb der dafür vorgesehenen Stellen ergänzt,
- er eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen verwendet,
- das Angebot unter einem Gremienvorbehalt oder einem sonstigen Vorbehalt oder unter Bedingungen abgibt,
- er mit dem Angebot von zwingenden kommerziellen Bedingungen oder zwingenden fachlichen Anforderungen des Auftraggebers abweicht oder
- er auf entsprechende Nachforderung des Auftraggebers die nachgeforderten Unterlagen nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht einreicht oder er zusätzliche Auskünfte verweigert.

15.2.2 Es führt auch zum Angebotsausschluss, wenn der Bieter ohne die vorherige und ausdrückliche mindestens in Textform erteilte Zustimmung des Auftraggebers gegen die in diesen Bewerbungsbedingungen festgelegten Vertraulichkeitsregeln oder eine gesonderte Vertraulichkeitserklärung verstoßen hat. Mündliche Erklärungen haben keine rechtlich verbindliche Wirkung.

15.2.3 Es gelten darüber hinaus die gesetzlichen Ausschlussgründe.

### 15.3 Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Die Bewertung der Angebote erfolgt an Hand der folgenden Zuschlagskriterien und der angegebenen Gewichtung:

1. Angebotspreis

Gewichtung: 100 %

#### 15.3.1 Ausschluss- bzw. Muss-Kriterien

- 15.3.1.1 Soweit Anforderungen nicht ausdrücklich als Bewertungskriterien gekennzeichnet sind, gelten diese als Ausschluss- bzw. Muss-Kriterien, die zwingend durch den Bieter zu erfüllen sind. Anforderungen, die nach den Vorgaben erfüllt werden „sollen“ oder „möglichst“ zu erfüllen sind, gelten nicht als Ausschluss- bzw. Muss-Kriterien. Für den Fall, dass es zu Widersprüchen zwischen der Leistungsbeschreibung und dem Kriterienkatalog hinsichtlich der Einordnung von Kriterien als Bewertungs- oder Musskriterien kommt, gehen die Angaben in dem Kriterienkatalog vor.

*Gibt der Bieter an, dass Ausschluss- bzw. Muss-Kriterien „nicht erfüllt“ oder „mit Einschränkungen erfüllt“ werden oder stellt sich dies bei der Begutachtung der vom Bieter in seinem Angebot gemachten Angaben heraus, führt dies zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.*

- 15.3.1.2 Der Auftraggeber behält sich vor, Muss-Kriterien im Verlauf des Vergabeverfahrens noch einmal zu ändern, sie entfallen zu lassen oder neue Muss-Kriterien hinzuzufügen. Die Bieter werden darüber rechtzeitig informiert. Für den Fall, dass das Angebot eines Bieters wegen Nichterfüllung eines Muss-Kriteriums vorläufig ausgeschieden wurde und dieses Kriterium nachfolgend entfällt, wird der betreffende Bieter wiederum zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren und zur Abgabe eines Angebotes eingeladen und über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informiert. Auf Ziffer 4.3 wird hingewiesen.
- 15.3.1.3 Erkennt ein Unternehmen vor Angebotsabgabe, dass ein einzelnes Muss-Kriterium nicht oder nicht wirtschaftlich erfüllt werden kann, so kann es dem Auftraggeber vorschlagen, das Muss-Kriterium bzw. die zugrundeliegende Anforderung aufzuheben oder zu ändern. Dabei sind die technischen und/oder wirtschaftlichen Gründe für die Aufhebung/Änderung des Muss-Kriteriums und ggf. alternative Lösungsvorschläge zur Erreichung des Zieles der Anforderung darzulegen. Der Auftraggeber wird rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist eingehende Änderungs-/Aufhebungsvorschläge prüfen.

## 16 Weiterer Ablauf des Vergabeverfahrens

- 16.1 Der Auftraggeber wird die wertungsfähigen Angebote anhand der bekannt gemachten Bewertungskriterien bewerten und danach zu fachlichen und kommerziellen Verhandlungen/Angebotspräsentationen einladen. Im Regelfall wird in einem ersten Termin ein technisches Aufklärungsgespräch mit den im Wettbewerb verbliebenen Bietern geführt, bei dem technische Fragestellungen des Angebotes besprochen werden. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen dieses Termins kommerzielle Aspekte des Angebotes zu diskutieren. Der Auftraggeber behält sich vor, mehrere Verhandlungsrunden durchzuführen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Kreis der an den Verhandlungen teilnehmenden Bieter auf den oder die aussichtsreichsten Bieter zu begrenzen und mit diesen die Verhandlungen fortzusetzen (preferred bidder). Eine etwaige Verengung des Bieterkreises erfolgt anhand der bekannt gemachten Bewertungskriterien. Sind die Verhandlungen mit einem preferred bidder nicht erfolgreich, so steht es dem Auftraggeber frei, die Auswahl zum preferred bidder wieder rückgängig zu machen.



Der Auftraggeber behält sich vor das Verhandlungsverfahren in Form eines strukturierten und abgestuften Verhandlungsprozesses durchzuführen. Dieser Verhandlungsprozess besteht aus einer oder mehreren aufeinander folgenden Verhandlungsphasen. Eine Verhandlungsphase besteht wiederum aus einer oder mehreren Verhandlungsrunden. Im Rahmen der finalen Verhandlungsphasen beabsichtigt der Auftraggeber nur noch über kaufmännische Bedingungen, wie insbesondere den Preis zu verhandeln.

Die Entscheidung über das konkrete Verhandlungsdesign trifft der Auftraggeber nach Auswertung der eingegangenen Angebote nach vorher feststehenden, objektiven Kriterien und kommuniziert diese und die damit verbundenen Verhandlungsregeln rechtzeitig allen verbliebenen Bietern.

Der Auftraggeber behält sich hierbei vor, besondere Verhandlungsmethoden wie zum Beispiel sog. „holländische“ oder „englische“ Verhandlungen (steigende oder fallende Preise) bzw. Kombinationen daraus einzusetzen. Hierbei kann der Auftraggeber den Bietern gleichzeitig oder auch nacheinander Angebote, Zielpreise oder weitere Preisinformationen vorgeben. In diesem Zusammenhang kann der Auftraggeber in einer vorgelagerten Verhandlungsrunde ein „Erstangebotsrecht“ für nachgelagerte Verhandlungsrunden zwischen den Bietern unter Wahrung der Chancengleichheit und Wirtschaftlichkeit vergeben. In diesem Fall behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor, den Zuschlag auch ohne jegliche bzw. jede weitere Verhandlung zu erteilen.

Die Verhandlungen erfolgen entweder als Präsenzveranstaltung oder auch unter Einsatz elektronischer Mittel (virtuell). Für die Entscheidungen über eine Angebotsabgabe in den finalen Verhandlungsphasen erhalten die Bieter jeweils eine Zeitvorgabe, die zwischen wenigen Minuten und einigen Tagen variieren kann. Der Auftraggeber wird für die Durchführung des finalen Verhandlungsprozesses im Vorfeld das Basis-Kommunikationspapier (Anlage 208.1220V31) fortschreiben und weiter konkretisieren. Es wird gleichzeitig allen verbliebenen Bietern bekannt gegeben. Die Bieter erhalten sodann eine angemessene Zeit zur Vorbereitung und die Gelegenheit, Rückfragen zu stellen.

- 16.2 Präsentationen und Verhandlungen werden in deutscher Sprache geführt. Zeit und Ort wird der Auftraggeber rechtzeitig bekannt geben.
- 16.3 Zur Klärung offener Fragen kann der Auftraggeber im Vorfeld oder im Nachgang von Präsentationen oder Verhandlungen einen Fragenkatalog an die/den Bieter versenden, welcher kurzfristig über das Vergabeportal der Deutsche(n) Bahn AG zu beantworten ist.
- 16.4 Der Auftraggeber behält sich auch vor, die Struktur und den Ablauf des Verhandlungsverfahrens jederzeit anzupassen und insbesondere auf Teile zu verzichten oder weitere Teile zu ergänzen. Der Auftraggeber behält sich insoweit vor, auf die Durchführung von Verhandlungen zu verzichten oder zunächst nicht berücksichtigte Bieter zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu Verhandlungen zuzulassen. Der Auftraggeber informiert jeweils die beteiligten Bieter über die angepasste Struktur und den Verfahrensablauf.
- 16.5 Werden Verhandlungen mit mehreren Bietern geführt, so erfolgt der Zuschlag auf das Angebot, das nach Abschluss der Verhandlungen das Wirtschaftlichste ist.
- 16.6 Für das Verhandlungsverfahren ist derzeit folgender zeitlicher Ablauf vorgesehen:

[16.02.2026] Abgabe der Teilnahmeanträge  
[19.03.2026] voraussichtliche Angebotsabgabe  
[ab 02.04.2026] voraussichtlich Aufklärungs- und Verhandlungsgespräche  
[28.05.2026] voraussichtliche Zuschlagserteilung

Die hier genannten Termine dienen den Unternehmen zur Orientierung, sind aber nicht verbindlich. **Ausnahme: Abgabe der Teilnahmeanträge.**

- 16.7 Der Auftraggeber behält sich zu Dokumentationszwecken vor, eine Ausfertigung des abgeschlossenen Vertrages zu verlangen. In der Regel erfolgt dies in elektronischer Form.

## 17 Besondere gesetzliche Anforderungen an den Auftragnehmer

Die Deutsche Bahn AG und die mit ihr gemäß § 290 HGB verbundenen Unternehmen verfolgen das Ziel, Transparenz hinsichtlich des Abschlusses von solchen Verträgen zu schaffen, in denen in Bezug auf den Vertragspartner besondere gesetzliche Anforderungen gelten. Dies gilt insbesondere für Verträge mit aktiven oder ehemaligen Vorständen von Aktiengesellschaften und Geschäftsführern von Gesellschaften mit beschränkter Haftung im DB-Konzern.

Ehemalig in diesem Sinne ist die Position als Vorstand oder Geschäftsführer unabhängig davon, wie weit sie zeitlich zurückliegt.

Daher ist es erforderlich, dass Bewerber/Bieter, die eine natürliche Person sind, eine Erklärung abgeben, wenn sie zu den vorgenannten Personengruppen gehören.

## 18 Rechtsmittelbelehrung

- 18.1 Für die Nachprüfung von Verstößen gegen Vergabebestimmungen ist folgende Stelle zuständig:

Bundeskartellamt  
Vergabekammern des Bundes  
Kaiser-Friedrich-Straße 16  
53113 Bonn, Germany

Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Der Zuschlag darf erst 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post erteilt werden (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

- 18.2 Der Bieter hat in den Angebotsunterlagen alle Angaben deutlich zu kennzeichnen, die der Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen unterliegen. Liegt keine entsprechende Kennzeichnung vor, geht der Auftraggeber davon aus, dass sich diesbezüglich keine Weitergabebeschränkungen nach § 5 Abs. 1 SektVO ergeben und die Angaben im Sinne von § 165 GWB den Beteiligten eines Nachprüfungsverfahrens zur Einsichtnahme freigegeben werden können.

## 19 Anlagen zur Vergabe

Die folgende Auflistung enthält eine Übersicht über beiliegende und mit dem Teilnahmeantrag bzw. Angebot einzureichende Unterlagen zu diesem Vergabeverfahren.

Die aufgeführten Dokumente sind – soweit nicht anders gekennzeichnet – vollständig ausgefüllt einzureichen. Soweit in den Dokumenten eine Unterschrift vorgesehen ist, sind diese rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Checkliste: Unterlagen zur Vergabe 25FEA84899				
beiliegende Unterlagen	mit dem Teilnahmeantrag zurückzusendende Unterlagen	mit dem Angebot zurückzusendende Unterlagen	Bezeichnung der Unterlage	
<input checked="" type="checkbox"/>			A_Bewerbungsbedingungen	
<input checked="" type="checkbox"/>			Rahmendienstleistungsvertrag (RV) mit Anlagen	
<input checked="" type="checkbox"/>			B_Teilnahmewettbewerb	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		Anhang	Eignungskriterien (siehe gesonderten Eintrag auf der Vergabeplattform der DB AG bzw. Liste)
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		Formblatt	Bietereigenerklärung
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		Formblatt	Bietergemeinschaftserklärung
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		Formblatt	Vertraulichkeitserklärung
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		Anlage 11	LTMG Verpflichtungserklärung Mindestengelt
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		Formblatt	Zusicherung im Falle der Beauftragung
			C_Aufforderung zur Angebotsabgabe	
Diese Dokumente gelten erst für die Angebotsphase und sind erst nach gesonderter Aufforderung einzureichen!				
<input checked="" type="checkbox"/>			Anhang	Basis-Kommunikationspapier
		<input checked="" type="checkbox"/>	Formblatt	Formblatt Zusicherungen zum Angebot
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	Anlage 8	Anlage 8 zum RV SDL Preisblatt (Einreichung als PDF-Dokument signiert von einer Person mit Handlungsvollmacht, um Geschäfte im Namen des Unternehmens abzuschließen) (Einreichung als PDF-Dokument signiert von einer Person mit Handlungsvollmacht, um Geschäfte im Namen des Unternehmens abzuschließen). Der Preis ist zudem gesondert auf der Vergabeplattform der Deutsche Bahn AG zusätzlich einzutragen.
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	Anlage 9	Ansprechpartner/Innen
		<input checked="" type="checkbox"/>	Anlage 10 Nachunternehmerliste	Ggf. Anlage Nachunternehmerliste





Foto: Volker Emersleben

# **Basis-Kommunikationspapier**

## Information über die Strukturierte Verhandlung

<b>1</b>	<b>Schlüsselemente des finalen Verhandlungsprozesses</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Vorteile des finalen Verhandlungsprozesses</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>Vergleichbarkeit der Lieferanten durch ein monetäres Bewertungssystem (sofern nicht 100%-Preis)</b>	<b>4</b>
<b>4</b>	<b>Allgemeingültige Regeln</b>	<b>4</b>
<b>5</b>	<b>Besondere Hinweise für Verhandlungen über eine elektronische Verhandlungsplattform</b>	<b>6</b>
5.1	Falsche/Fehlerhafte Gebote	6
5.2	Nachkommastellen	7
5.3	Weitere Hinweise	7
5.4	Dryrun (Testlauf)	7
5.5	Generelle Hinweise zur Nutzung im Bieterschirm	7
<b>6</b>	<b>Glossar</b>	<b>10</b>

## 1 Schlüsselemente des finalen Verhandlungsprozesses

### **Allein der finale Verhandlungsprozess bestimmt die Vergabeentscheidung**

Der finale Verhandlungsprozess findet als Verhandlung über eine elektronische Verhandlungsplattform oder strukturierte Parallelverhandlung (z.B. vor Ort oder telefonisch) statt.

Basis für den finalen Verhandlungsprozess ist das vom Bieter hierfür aktualisierte Angebot, welches nach Aufforderung durch die Vergabestelle eingereicht wird.

Bieter, die nicht an den finalen Verhandlungen teilnehmen, werden mit ihrem letzten Angebot weiter berücksichtigt.

Strukturierte Verhandlungen können an Auktionsformen angelehnt sein, sie stellen aber keine elektronischen Auktionen i.S.d. § 23 f. SektVO dar.

### **Verbindliche Angebote**

Es werden nur verbindliche Angebote berücksichtigt.

Alle Angebote, die den Vorgaben des finalen Verhandlungsprozesses und den sonstigen Regelungen und Bedingungen des Vergabeverfahrens entsprechen, sind rechtlich gültige Angebote. Dies gilt auch für verbesserte Angebote. Preisverhandlungen werden in Euro (€) geführt. Während der finalen Verhandlung verbleibt keine Zeit für neue Angebotskalkulationen. Die zugelassenen Bieter sollten zum Start der Verhandlung ihre Preisuntergrenzen genau kalkuliert haben. Der Bieter gibt nur angemessene und auskömmliche Angebote ab, zu denen er die Leistung erbringen kann.

Alle Angebote müssen den gesetzlichen und tariflichen Anforderungen genügen, sowie im Sinne des § 54 SektVO auskömmlich sein.

### **Umfang der Verhandlung**

Soweit gemäß dem geltenden Vergabereglement zulässig, können bei Bedarf und zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens Gespräche zur Sachverhaltsaufklärung (fachlich und kaufmännisch) geführt werden. Dem Bieter ist Gelegenheit zu geben entsprechend dem Ergebnis der Gespräche sein Angebot anzupassen.

## 2 Vorteile des finalen Verhandlungsprozesses

- ✓ Der finale Verhandlungsprozess bietet absolute Transparenz.
- ✓ Allein die Bieter beeinflussen den Ausgang des Ergebnisses.
- ✓ Die Spielregeln werden klar kommuniziert.
- ✓ Der Gewinner wird über die vorab festgelegten Spielregeln ermittelt (keine Eingriffsmöglichkeit des Auftraggebers während der Verhandlung).
- ✓ Die Grundsätze des Vergaberechts (insbesondere Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung gemäß § 97 GWB) werden durch virtuelle Verhandlungen vollumfänglich eingehalten.
- ✓ Die vergaberechtlichen Anforderungen zur Durchführung von Verhandlungsverfahren werden bei jeder Verhandlung erfüllt.

## 3 Vergleichbarkeit der Lieferanten durch ein monetäres Bewertungssystem (sofern nicht 100%-Preis)

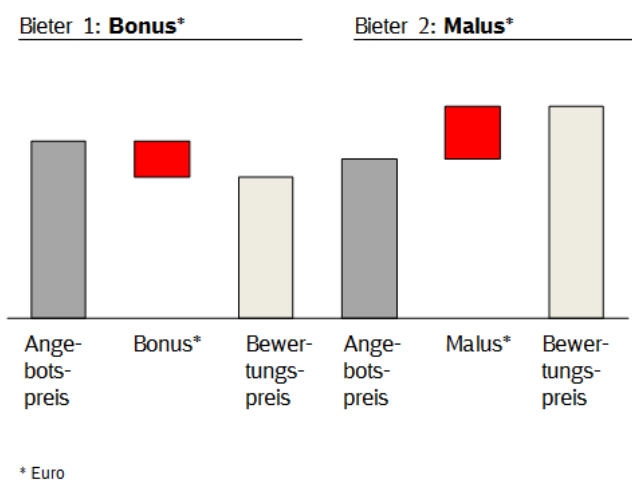
### Hinweise zum Bewertungssystem

Es wird eine monetäre Bewertung aller relevanten Unterschiede (qualitativ und quantitativ) durchgeführt, um eine objektive Auswahl des Lieferanten mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis zu erhalten.

Als Bewertungskriterien werden diejenigen herangezogen, die mit der EU-weiten Bekanntmachung veröffentlicht oder mit den Vergabeunterlagen mitgeteilt wurden.

In der Verhandlung werden nur „**Bewertungspreise**“<sup>1</sup> ausgetauscht, wobei der Bewertungspreis dem Angebotspreis entspricht, angepasst durch ihren individuellen Bonus bzw. Malus.

Bezahlt wird der „**finale Angebotspreis**“<sup>2</sup>. Der finale Angebotspreis entspricht dem Bewertungspreis angepasst durch ihren individuellen Bonus bzw. Malus.



*[Hinweis: Beim Einsatz anderer Bewertungsmethoden ist dieser Absatz zu streichen.]*

## 4 Allgemeingültige Regeln

Alle im Vergabeverfahren und den zugehörigen Angebotsunterlagen bekannt gegebenen Regeln und Bedingungen sind verbindlich und behalten auch während des finalen Verhandlungsprozesses ihre Gültigkeit. Diese und die fortfolgenden Seiten enthalten ergänzende Regeln für den finalen Verhandlungsprozess.

### Austausch von Angeboten

In Präsenzverhandlungen erfolgt die Abgabe von Angeboten in jeder Verhandlungsrunde mit Hilfe von Formularen. Durch eine Unterschrift auf dem jeweiligen Formular bestätigt der Bieter verbindlich das Angebot. Mit Nichtunterzeichnung lehnt der Bieter den Vorschlag des Auftraggebers ab und unterbreitet dem Auftraggeber kein Angebot.

Bei Verhandlungen über eine elektronische Verhandlungsplattform erfolgt die Angebotsabgabe im Verhandlungsportal der Firma Abocon.

### Unentschieden-Regel

Für den Fall, dass nach der letzten Runde Gleichstand herrschen sollte, wird so lange eine weitere Runde durchgeführt, bis es nur noch ein wirtschaftlichstes Angebot gibt.

<sup>1</sup> Siehe auch Glossar „Bonussystem“

<sup>2</sup> Siehe auch Glossar „Bonussystem“

Dies gilt auch bei Verhandlungen über eine elektronische Verhandlungsplattform.

## Abschluss der Verhandlung

Unmittelbar nach Abschluss einer Verhandlungsrunde (entweder als Verhandlung über eine elektronische Verhandlungsplattform oder als Präsenzverhandlung) kommt noch kein Vertrag zwischen dem Auftraggeber und dem Gewinner der finalen Verhandlung zu Stande. Die Ergebnisse der finalen Verhandlung stellen somit noch keine Zuschlagserteilung und auch keine vertragliche Bindung zwischen dem Auftraggeber und dem Gewinner dar.

Sollte die finale Verhandlung kein wirtschaftliches Ergebnis gebracht haben, behält sich der Auftraggeber vor, das betreffende Los nicht zu bezuschlagen und das jeweilige Los nach Einstellung des Verfahrens neu zu vergeben.

## Information am Ende des Vergabeverfahrens

Alle am Verfahren beteiligten Bieter, die den Zuschlag nicht erhalten sollen, erhalten eine Vorabinformation gemäß **§ 134 GWB**.

## Allgemeine Termine

### Folgende Termine finden nach Eingang der Angebote noch statt.

[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	Bieter teilen die Beteiligten an den Verhandlungen (bereits bei Angebotsabgabe) mit
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	falls erforderlich können zur fachlichen und kaufmännischen Klärung des Angebotsinhaltes separate Aufklärungsgespräche / stattfinden
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	Rückfragen zum Verhandlungsdesign (Sprechzeiten oder Frage-Antwort-Forum); diese Rückfragemöglichkeiten können auch in Kombination mit den Aufklärungsgesprächen gegeben werden (in Ergänzung zum Basiskommunikationspapier)
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	bei Verhandlung über eine elektronische Verhandlungsplattform: Infomail der Firma Abocon zu den Logindaten des Verhandlungstools
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	Eingang der nachgebesserten Angebote
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	bei Verhandlung über eine elektronische Verhandlungsplattform: Prüfung der Startangebote durch Bieter im Verhandlungstool
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	bei Verhandlung über eine elektronische Verhandlungsplattform: Dryrun (Testlauf) für die Bieter im Verhandlungstool
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	Liverun im Verhandlungstool oder Parallelverhandlung als Präsenztermin
[Termin im Format DD.MM.JJJJ angeben]	Hochladen der Ergebnisse in der eVergabe* bis 14:00 Uhr

\*Hierzu wird in der eVergabe eine neue Verhandlungsrunde gestartet. Wir erwarten in dieser Verhandlungsrunde, dass Sie Ihre letzten Angebote aus dem Verhandlungstool der Firma Abocon, noch einmal direkt im Bieterportal der eVergabe eintragen/hochladen. Änderungen ggü. dem Verhandlungstool der Firma Abocon sind ausdrücklich nicht erlaubt.



## 5 Besondere Hinweise für Verhandlungen über eine elektronische Verhandlungsplattform

Bitte stellen Sie sicher, dass nur vertretungsberechtigte Personen an der Verhandlung teilnehmen. Dieser Ansprechpartner erhält von dem Anbieter der elektronischen Verhandlungsplattform (Abocon) ein Einladungsschreiben zur Teilnahme an den elektronischen Verhandlungen und die Login-Daten.

Stellen Sie rechtzeitig vor Beginn der Verhandlungen sicher, dass Ihr Login funktioniert.

**Bei Problemen wenden Sie sich bitte unverzüglich an die Hotline (Tel. 04141 - 7752969) bzw. senden eine E-Mail an [service@easyrfx.com](mailto:service@easyrfx.com).**

Die Startseite ist unter folgendem Link erreichbar:

[www.easyrfx.net/db](http://www.easyrfx.net/db)

Sie haben zudem die Möglichkeit sich ein Video anzusehen

<https://www.youtube.com/watch?v=FAJhJn4ltJs&t=310s>

### 5.1 Falsche/Fehlerhafte Gebote

Als Bieter sind Sie verpflichtet, nur angemessene und auskömmliche Angebote abzugeben, die Sie im Vorfeld genau kalkuliert und intern freigegeben haben; darüber hinaus gehen wir von einer gewissenhaften Anwendung der elektronischen Verhandlungsplattform durch entsprechend fähige Mitarbeiter Ihres Hauses aus; dies versuchen wir u.a. durch eine detaillierte und umfassende Kommunikation im Vorfeld der elektronischen Verhandlungen sowie die Testläufe zu unterstützen.

Eine hohe Anzahl erfolgreich durchgeführter elektronischer Verhandlungen mit Bietern aus unterschiedlichsten Branchen zeigt uns, dass das Risiko einer fehlerhaften Gebotsabgabe bzw. einer versehentlichen zu frühen Bestätigung eines Ticker-Preisschritts nicht eintritt.

Sollten Sie dennoch eine falsche/ fehlerhafte Eingabe getätigt haben, bitten wir Sie folgende Regelung zu beachten:

- Abgegebene Gebote können vom Bieter nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es sind grundsätzlich gültige Angebote.
- Sollte ein Bieter versehentlich ein fehlerhaftes Gebot abgegeben haben, dann bitte unverzüglich ein E-Mail an [service@easyrfx.com](mailto:service@easyrfx.com) und den DB-Ansprechpartner senden und das fehlerhafte Gebot zurücksetzen lassen. Zusätzlich rufen Sie die Hotline Tel. **04141 – 7752969** an, um das fehlerhafte Gebot zurücksetzen zu lassen.
- Bitte haben Sie Verständnis, dass wir nur dann ein Gebot zurücksetzen können, wenn wir einen schriftlichen Antrag vorliegen haben.
- **Das fehlerhafte Gebot wird auf das Startgebot bzw. das Gebot aus der letzten Verhandlungsrunde / dem letzten Event zurückgesetzt und geht dann mit dem Startgebot bzw. dem Gebot aus dem letzten Event ins Ranking ein.**
- Bitte bereiten Sie eine E-Mail vor, das Sie im Falle einer falschen/ fehlerhaften Eingabe unverzüglich mit dem Telefonat absenden können.

#### Adressaten:

[system@easyrfx.com](mailto:system@easyrfx.com)

DB-Ansprechpartner

#### Betreff:

Event ... - Falsches Gebot zurücksetzen

#### Text:

Bitte setzen Sie unser letztes Gebot von hh:mm sofort auf „invalid“ und informieren Sie uns, wenn das Gebot ungültig gesetzt ist.

## 5.2 Nachkommastellen

Bitte beachten Sie, dass Excel mit vielen Nachkommastellen rechnet. Im Tool wird nach der 5. Nachkommastelle abgeschnitten. Dadurch ergeben sich Abweichungen im Cent-Bereich. Da dies alle Bieter und deren Gebote gleichermaßen betrifft, ergibt sich keine Ungleichbehandlung.

## 5.3 Weitere Hinweise

Der Bieter erhält im Laufe der virtuellen Preisverhandlung im Tool ständig wichtige Standardinformationen, wie bspw. Restzeit (verbleibende Zeit), Endzeitpunkt, Anzahl der möglichen Verlängerungsrunden, sein aktueller Preis, aktuelle Uhrzeit. Zusätzlich werden rundenspezifisch definierte Informationen mitgeteilt, wie bspw. Rang und/ oder ggf. Abstandsspanne zum besten Bewertungspreis.

Der Ablauf der virtuellen Preisverhandlung, einschließlich der jeweils abgegebenen Gebote, wird protokolliert und somit dokumentiert.

Das finale Angebot kann vom Bieter ausgedruckt werden.

Die Bieter können während der virtuellen Preisverhandlung nicht erkennen, wie viele weitere Bieter beteiligt sind bzw. welche anderen Preise angeboten werden.

Bitte stellen Sie sicher, dass nur vertretungsberechtigte Personen an der Verhandlung teilnehmen. Dieser Ansprechpartner erhält von dem Anbieter der elektronischen Verhandlungsplattform Abocon ein Einladungsschreiben zur Teilnahme an den Verhandlungen und die Login-Daten. Stellen Sie sicher, dass Ihr Login funktioniert.

Detaillierte Hinweise zum Verhandlungstool finden Sie im Lieferantenportal:

<https://www.deutschebahn.com/de/geschaefte/lieferantenportal/informationsservice/Auktionen-1691606>

*[Hinweis: Ob die Mitteilung von Abstandsspannen zulässig ist und welche Abstandsschritte gewählt werden können, ist im Einzelfall unter Beachtung des Geheimwettbewerbs zu prüfen.]*

## 5.4 Dryrun (Testlauf)

Der Dryrun enthält ausschließlich exemplarische Daten.

Das Ziel des Dryruns ist es, es den Bietern zu ermöglichen, sich mit den grundsätzlichen Funktionalitäten des Tools zur elektronischen Preisverhandlung vertraut zu machen.

Zu diesem Zwecke wird der Durchgang in der Regel verkürzt durchgespielt.

Die Preisblätter im Tool können befüllt werden, am Ende der Runde wird ein exemplarisches Ergebnis eingeblendet.

Bitte melden Sie sich unbedingt pünktlich an, da die Events teilweise nur sehr kurze Zeit laufen.

## 5.5 Generelle Hinweise zur Nutzung im Bieterschirm



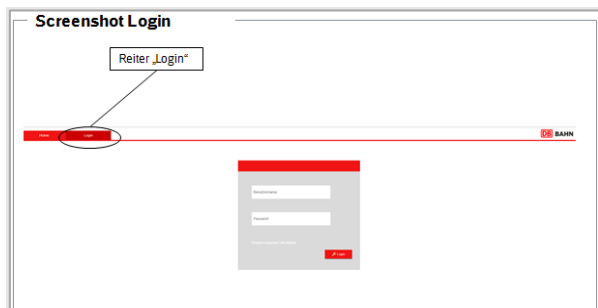
### a) Startseite



Die Startseite ist unter folgendem Link erreichbar:

[www.easyrfx.net/db](http://www.easyrfx.net/db)

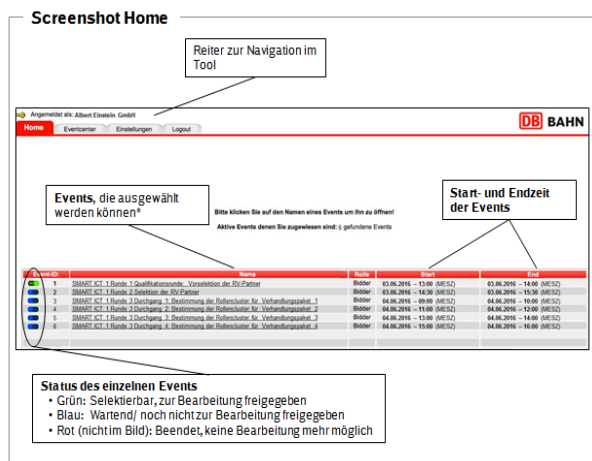
## b) Login



Durch Auswahl des Reiters „Login“ kann die Anmeldemaske aufgerufen werden. Bitte geben Sie die Ihnen per E-Mail zugesandten Login-Daten – bestehend aus Benutzernamen und Passwort – ein.

## c) Bereich „Home“

Mit Hilfe des Bereichs „Home“ kann zwischen den einzelnen Vergaben navigiert werden.



Durch Auswahl des Reiters „Home“ kann die Liste der aktuell verfügbaren Events (= Durchgänge) aufgerufen werden. Bitte für die Verhandlung das Event auswählen.

Nach Auswahl erfolgt eine automatische Weiterleitung in das Eventcenter. Hinweis: Es steht immer nur der jeweils nächste Verhandlungsschritt zur Bearbeitung zur Verfügung (grün markiert).

Die jeweiligen Runden können ausschließlich in den definierten und kommunizierten Zeitintervallen bearbeitet werden. Bereits abgeschlossene sowie noch nicht freigegebene Runden und Durchgänge können betrachtet, jedoch nicht bearbeitet werden.

## d) Eventcenter

Die Bearbeitung der Preislisten erfolgt im Bereich „Eventcenter“.

Sämtliche Angebote müssen über den Button „Gebot abgeben“ bestätigt werden und gehen erst dann in die Bewertung ein.

Die Aktualisierung der eigenen Bewertung erfolgt automatisch bei Eingabe eines neuen und eigenen Preises, sowie regelmäßig alle 5 Sekunden. Eine manuelle Aktualisierung ist jederzeit möglich.

*[Hinweis: Wenn Sie eine Aktualisierung der Anzeige wünschen, ist dies manuell ausschließlich über die entsprechende Schaltfläche im Verhandlungstool möglich. Bitte laden Sie die Seite keinesfalls über Ihrem Internetbrowser neu, da Sie sich ansonsten neu im Verhandlungstool anmelden müssen.]*

# Kommunikationspapier

Beispiel für ein Preisblatt mit „sinkenden Preisen“:

Beispiel für Verhandlung mit „steigenden Preisen“

e) Ausdrucken der Gebote

Am Ende der Verhandlung besteht die Möglichkeit, die eigenen angebotenen Preise auszudrucken.

Rechte Seite Gebotsschirm: Auf „Gebot“ klicken  
Es öffnet sich die Seite mit dem Gebot.

Exemplarisches Beispiel:

Die Ergebnisse können in einem festgelegten Zeitraum (Ende des auf die elektronische Verhandlung folgenden Monats) unter Verwendung der zugesandten Login-Informationen, eingesehen werden.

## 6 Glossar

Das Glossar dient der Darstellung üblicher Formen/ Durchführungsmodalitäten strukturierter Verhandlungen unter Verwendung des fachspezifischen Vokabulars der Beschaffung (u.a. „Auktionen“). Strukturierte Verhandlungen können an diese Formen, auch Auktionsformen, angelehnt sein, sie stellen aber keine elektronischen Auktionen i.S.d. § 23 f SektVO dar.

### **Bonussystem:**

In allen Fällen, wenn die Lieferanten oder ihre Angebote nicht direkt vergleichbar sind, sind Verhandlungen nicht auf den reinen Angebotspreis, sondern auf den "Preis nach Bonus- und Malus (**Bewertungspreis**)" anzuwenden. Mit dem Bonus oder Malus werden die Gebote der Lieferanten zusätzlich gewichtet. Zum Beispiel bei Angeboten mit unterschiedlichen Lieferfristen erhält ein Lieferant mit einer kürzeren Lieferfrist einen Bonus, während ein Lieferant mit einer längeren Lieferfrist einen Malus erhält. Die Unterschiedlichkeit der Lieferanten wird mit Hilfe der Boni und Mali ausgeglichen, um so die Vergleichbarkeit der Angebote im Rahmen der Verhandlung sicherzustellen. Ist dies zum Beispiel für Kriterien, wie weitere Preisbausteine, Lieferzeiten, Garantielängen oder andere Vergabeaspekte erst im Rahmen der finalen, während der Verhandlung, abgegebenen Angebote möglich, wird die Verhandlung multidimensional (auch **Multi-Attribut- oder Parametrische Verhandlungen** genannt), d.h. es werden die Gebote der Bieter nicht nur im Preis, sondern gleichzeitig auch für weitere Kriterien mit jedem Gebot nachgebessert. Anhand vorher angegebener Formeln für Boni und Mali wird dann während der Verhandlung berechnet, welches Angebot für die Beschaffung insgesamt das Beste ist.

### **Brasilianische Verhandlung:**

Die Brasilianische Verhandlung erfolgt mit Geboten auf die geschuldete Leistung bzw. Menge. Der Einkäufer legt vor Verhandlungsbeginn seine Zahlungsbereitschaft offen. Dann beginnen die Lieferanten um den Auftrag zu steigern, indem sie das Auftragsvolumen immer weiter verbessern. Der Lieferant, der für den festgelegten Betrag das größte Volumen bzw. die beste Leistung anbietet, bekommt den Zuschlag. Diese Verhandlungsform bewährt sich vor allem im Kontext von Kreativdienstleistung, wie Marketingagenturen oder Strategieberatung.

### **Dynamische Englische Verhandlung:**

Ist die am häufigsten verbreitete Form der **Englischen Verhandlung**. Die Bieter platzieren ihre Angebote aktiv, sehen dabei eine aus den Wettbewerbspreisen abgeleitete Ranginformation (**Rangverhandlungen, Ampelverhandlung**) und verbessern ihr Gebot so lange, bis kein weiteres günstigeres Gebot mehr abgegeben wird.

### **Englische Verhandlung:**

Die Lieferanten platzieren oder bestätigen für einen vorher festgelegten Auftrag Gebote, die sie nach dem Empfang von Wettbewerbssignalen (z.B. Wettbewerbspreise, Tickerschrittbestätigungen der Wettbewerber, der eigene Rang oder eine Ampelfarbe) immer weiter verbessern. Der Lieferant, der das letzte und somit das niedrigste Gebot abgegeben oder bestätigt hat, bekommt den Zuschlag.

### **Englische Tickerverhandlung (auch Japanische Verhandlung):**

Die Englische Tickerverhandlung erfolgt rundenbasiert. In jeder Runde müssen alle Bieter einen vom Einkäufer vorab festgelegten, von Runde zu Runde fallenden Preis bestätigen, oder aus der Verhandlung ausscheiden. Es werden so viele Runden durchlaufen, bis nur noch ein Lieferant übrig ist. Die Englische Tickerverhandlung ist, bei kleinstmöglichen Tickerschritten, die theoretisch reinste Form der "Englischen Verhandlung".

### **Holländische Verhandlung:**

Die Holländische Verhandlung ist eine Tickerverhandlung, d.h. auch sie erfolgt rundenbasiert, mit vom Einkäufer festgelegten Preisen, die von den Lieferanten bestätigt werden können. Allerdings erfolgt bei der Holländischen Verhandlung die Bewegung des Preises nicht von oben fallend, sondern von unten steigend. Der Einkäufer gibt dazu einen Startpreis an, zu dem (vermutlich) kein

Lieferant bereit ist, den Auftrag zu erfüllen. Dieser Preis wird schrittweise erhöht. Der erste Lieferant, der bereit ist, den genannten Preis zu akzeptieren, bekommt den Zuschlag.

## **Hongkong Verhandlung:**

Die Hongkong Verhandlung ist eine Verhandlung, die ähnlich abläuft, wie eine Englische Tickerverhandlung, aber mit einem entscheidenden Unterschied: Der letzte Bieter, der aus dem Ticker aussteigt, wird noch zu den Gewinnern gezählt. Insbesondere läuft der Ticker der Hongkong Verhandlung bis zum vorletzten Bieter, wenn zwei Gewinner gesucht sind.

## **Reservationspreis:**

Die Vergabestelle behält sich vor, das betreffende Geschäft nach der Verhandlung nicht zu vergeben, wenn das Verhandlungsergebnis den Reservationspreis nicht erreicht. Umgekehrt ist die Vergabestelle verpflichtet (bzw. im privatwirtschaftlichen Kontext sollte er sich dazu selbstverpflichten, man spricht hier von der **Entscheidungsverbindlichkeit**), das Verhandlungsergebnis vertraglich mit dem Gewinner der Verhandlung umzusetzen, wenn der Reservationspreis erreicht wurde.

## **Verdeckte Erstpreisverhandlung:**

Die Verdeckte Erstpreisverhandlung (auch Erstpreisausschreibung, engl. **first price sealed bid auction FPSB**) ist eine Verhandlung, bei der die Bieter einmalig und verdeckt ihre Gebote abgeben. Der (oder die) Bieter mit dem (oder den) niedrigsten Gebot(en) gewinnt/gewinnen die Verhandlung.

## **Verdeckte Erstpreisverhandlung mit Ranginformation:**

Bei dieser Variante der **Verdeckten Erstpreisverhandlung** werden den Bietern nach der Verhandlung nicht etwa die Preise der Wettbewerber offengelegt, um nachzuweisen, ob der einzelne Bieter gewonnen hat oder nicht, sondern nur die Ranginformation. Dies ist dann von strategischer Bedeutung, wenn es sich nicht um eine finale Entscheidungsrunde, sondern um eine Ausschlussrunde innerhalb eines Verhandlungsprozesses mit mehreren Phasen handelt.

□

## Rahmen-Dienstleistungsvertrag

Nr.

zwischen

DB Regio AG  
Region Baden-Württemberg  
Lautenschlagerstr. 3  
70173 Stuttgart

(nachstehend Auftraggeber genannt)

vertreten durch die

Deutsche Bahn AG  
Tender Office  
Beschaffung Facility Management FE.EA 44  
Wilhelm-Leuschner-Str. 78, 60329 Frankfurt a. Main

und

(nachstehend Auftragnehmer genannt)

über folgende Dienstleistungen:

Zugbegleiterleistung/Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a

### **Beteiligte Stellen auf Seiten des Auftraggebers sind:**

#### **1 Für den Einkauf zuständige Stelle:**

Deutsche Bahn AG  
Tender Office  
Beschaffung Facility Management FE.EA 44  
Wilhelm-Leuschner-Str. 78, 60329 Frankfurt a. Main

Ansprechpartner/in: Benjamin Pohl  
E-Mail: Benjamin.Pohl@deutschebahn.com

#### **Vertragsabwickelnde Stelle**

DB Regio AG  
Region Baden-Württemberg  
Lautenschlagerstr. 3  
70173 Stuttgart

Ansprechpartner/in: Bernd Hoffmann  
Tel.: +49 7612122443  
E-Mail: Bernd.B.Hoffmann@deutschebahn.com

### Inhaltsverzeichnis:

- 1 Gegenstand des Vertrages
- 2 Vertragsbestandteile
- 3 Zustandekommen und Inhalt der Einzelverträge
- 4 Vergütung, Nebenkosten
- 5 Rechnung, Zahlungsbedingungen, Saldenabgleich
- 6 Leistungszeit, Verzug
- 7 Ansprechpartner
- 8 Vertragsdauer
- 9 Leistungen des Bestellers
- 10 Nachunternehmer
- 11 Erfüllungsort, Gerichtsstand
- 12 Haftpflichtversicherung
- 13 Selbständigkeit des Auftragnehmers
- 14 Berichtswesen
- 15 Einsatz der vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen

### Anlagenverzeichnis:

Anlage	Bezeichnung
1	Leistungsbeschreibung samt Anhängen
2	Allgemeine Vertragsbedingungen des Konzerns Deutsche Bahn für Beratungs- und Dienstleistungen (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01.05.2025
3	DB-Verhaltenskodex für Geschäftspartner – In Fassung 01.02.2024
4	Qualitätssicherung (EVB Qualitätssicherung Beschaffung) vom 01.01.2020
5	Ergänzende Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen zu Tariftreue, Mindestentlohnung (EVB Mindestlohn) - Ausgabe Januar 2022
6	Ergänzende Vertragsbedingungen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen zur Vermeidung von Unfällen auf Bahngebiet und bei Arbeiten an oder für Anlagen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen, die sich nicht auf Bahngelände befinden (EVB Unfallverhütung) Ausgabe 01.04.2025
7	EVB Nachhaltigkeit Ausgabe 01.02.2025
8	Preisblatt
9	Ansprechpartner/Innen
10	Nachunternehmerliste
11	LTMG -Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt
12	Protokoll Bietergespräch / Verhandlungsgespräch
13	<b>Optional-</b> Vertrag über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag nach Art. 28 DSGVO (wird, wenn notwendig nach Zuschlag zwischen AG und AN abgeschlossen)



## **1 Gegenstand des Vertrages**

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Dienstleistungen auf dem Gebiet Serviceleistungen/Zugbegleiterleistung. Das Leistungsangebot des Auftragnehmers ist im Leistungsbeschreibung (Anlage 1) enthalten.
- 1.2 Dieser Rahmenvertrag ist kein Leistungsvertrag. Er regelt ausschließlich die Option der nach Ziffer 3.3 dieses Vertrages Bestellberechtigten auf den Abschluss von Einzelverträgen zu den Bedingungen dieses Rahmenvertrages. Es besteht keine Verpflichtung, diese Option auszuüben. Der Auftraggeber ist ferner berechtigt, anderen Auftragnehmern die gleichen Leistungen zu übertragen.
- 1.3 Das Zustandekommen von Einzelverträgen ist in Ziffer 3 dieses Vertrages geregelt.

## **2 Vertragsbestandteile**

- 2.1 Bestandteile dieses Vertrages sind unter Ausschluss der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dieser Vertragstext und die im Anlagenverzeichnis genannten Anlagen. Vertragsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn der Auftragnehmer seine Vertragsbedingungen in den Einzelvertrag einbezieht oder wenn der Besteller in Kenntnis dieser Vertragsbedingungen die Leistungen des Auftragnehmers vorbehaltlos annimmt bzw. abnimmt.
- 2.2 Bei Widersprüchen zwischen den Bedingungen dieses Rahmenvertrages und den Vertragsbestandteilen haben die Bedingungen dieses Vertrages Vorrang; die Vertragsbestandteile gelten bei Widersprüchen unabhängig von der Anlagennummerierung in der angegebenen Reihenfolge.
- 2.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich hiermit, den DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner im Rahmen sämtlicher Geschäftsbeziehungen (einschließlich der in diesem Zusammenhang bestehenden Verträge) mit dem Auftraggeber oder einem mit diesem im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen (gemeinsam: die DB-Unternehmen) einzuhalten. Im Falle eines Verstoßes durch den Auftragnehmer behalten sich die DB-Unternehmen die in Ziffer 5 des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner bezeichneten Konsequenzen vor.

## **3 Zustandekommen und Inhalt der Einzelverträge**

- 3.1 Einzelverträge kommen durch Bestellung der Bestellberechtigten unter Bezug auf diese Rahmenvereinbarung und Bestätigung der Bestellung durch den Auftragnehmer auf der Bestellung oder durch gesonderte Annahmeerklärung des Auftragnehmers zustande. Einzelvertragsverhältnisse werden ausschließlich zwischen dem Besteller und dem Auftragnehmer begründet.
- 3.2 Bestellung erfolgt in Textform. Mündlich oder fernmündlich erteilte Bestellungen sind vom Besteller in Textform zu bestätigen. Für die Bestätigung der Bestellung durch den Auftragnehmer gelten die gleichen Formvorschriften. Maschinell erstellte Bestellungen bedürfen zu Ihrer Gültigkeit keiner Unterschrift, sofern diese als maschinelle Bestellung gekennzeichnet sind.
- 3.3 Bestellberechtigt sind die Deutsche Bahn AG und die mit ihr verbundenen Konzernunternehmen. Es werden dazu Abrufe (Bestellungen) auf den Rahmenvertrag (RV) erstellt. Die darin angegebene Abrufnummer (Bestellnummer) ist für die Rechnungserstellung unbedingt erforderlich.
- 3.4 Aus jeder Bestellung (Abruf auf RV) müssen eindeutig der Name des Bestellers, die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen, der sich aus dem Leistungsverzeichnis ergebende Leistungszeitraum bzw. die sich daraus ergebenden Leistungstermine, die sich aus dem Leistungsverzeichnis ergebende Höhe der Vergütung, die Fälligkeit der Vergütung, die Rechnungsanschrift, die Ansprechpartner sowie die Mitwirkungshandlungen und sonstigen Leistungen des Bestellers hervorgehen.
- 3.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ihm zugegangene Bestellungen innerhalb von fünf Arbeitstagen zu bestätigen. Kann der Auftragnehmer in Ausnahmefällen die in der Bestellung

angegebenen Termine bzw. Fristen nicht einhalten, ist er verpflichtet, dem Besteller innerhalb von fünf Arbeitstagen ein Gegenangebot hinsichtlich der Liefertermine bzw. Fristen zu unterbreiten, dass der Besteller annehmen oder ablehnen kann.

- 3.6 Die im Einzelvertrag getroffenen Vereinbarungen gelten erstrangig. Die Bestimmungen des Rahmenvertrages mit seinen Vertragsbestandteilen finden auf Einzelverträge ergänzende Anwendung.

#### **4 Vergütung, Nebenkosten**

- 4.1 Die Höhe der Vergütung sowie die jeweils anfallenden Nebenkosten für die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen sind im Einzelvertrag zu vereinbaren. Grundlage dafür bilden die im Leistungsverzeichnis vereinbarten Preise.
- 4.2 Für Dienstleistungen kann – insbesondere bei werkvertraglichen Leistungen – eine Pauschalvergütung vereinbart werden. Die Höhe der Pauschalvergütung kann im Leistungsverzeichnis für die Dauer des Rahmenvertrages festgelegt werden (Festpreis). Ist im Leistungsverzeichnis keine Pauschalvergütung vereinbart, gibt der Auftragnehmer auf Anfrage des Bestellers innerhalb von fünf Arbeitstagen ein verbindliches Pauschalpreisangebot für die angefragte Leistung ab. Mit der Pauschalvergütung sind sämtliche Nebenkosten des Auftragnehmers – einschließlich Reisekosten und Spesen – abgegolten.
- 4.3 Sofern die Dienstleistung – insbesondere bei dienstvertraglichen Leistungen – nach Zeitaufwand vergütet wird, sind die Vergütungssätze im Leistungsverzeichnis grundsätzlich für die Dauer des Rahmenvertrages festzulegen (feste Vergütungssätze). Die An- und Abreise gehören nicht zur Einsatzdauer und werden nicht vergütet. Nebenkosten des Auftragnehmers – einschließlich Reisekosten und Spesen – sind kalkulatorischer Bestandteil der Vergütungssätze und werden nicht gesondert erstattet, sofern im Leistungsverzeichnis nichts Abweichendes geregelt ist.
- 4.4 Bei Änderung des regionalen Tarifvertrages des Branchenverbandes BDSW (wenn die MA des AN nach BDSW Tarif entlohnt werden) oder des Landestariftreue und Mindestlohngesetzes von Baden Württemberg bzw. der gesetzlichen Mindestlöhne räumt der AG eine Anpassung der festen Verrechnungssätze (Preisblatt Anlage 8) zu den nachfolgenden Bedingungen ein.

Die Anpassung der (€/Zug-Km) wird wie folgt berechnet:

Anerkannt werden 100 % der tariflichen prozentualen Erhöhung auf den Preis je begleitete Km (€/Zug-Km) sofern folgende Voraussetzungen auf dem elektronischen Postweg (via E-Mail) an die für den Einkauf zuständige Stelle des AG vorliegen:

- Anzeige der Anpassung durch den AN in digitaler Schriftform
- Die Anpassung erfolgt innerhalb 2 Monate nach Anzeige, frühestens nach Inkrafttreten der Tarifänderung
- Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung des BDSW über tarifliche Erhöhung/Änderung oder des Mindestlohns.
- eine neue eigene Berechnung/Kalkulation des (€/Zug-Km) getrennt nach den einzelnen und zutreffenden Tarifstellen.

- 4.5 Für bereits zum Veröffentlichungsdatum bekannte Mindestlohn oder Tarifloohnerhöhungen die das Leistungsjahr 2026 betreffen findet keine Preisanpassung statt. Mit der Angebotsabgabe sind diese bereits zu berücksichtigen und entsprechend zu bepreisen. Ausgenommen hiervon sind zum Zeitpunkt der Veröffentlichung unbekannte gesetzliche oder tarifliche Erhöhungen.

## **5 Rechnung, Zahlungsbedingungen, Saldenabgleich**

- 5.1 Die Fälligkeit der Vergütung wird im Einzelvertrag geregelt.
- 5.2 Der Auftragnehmer hat bei der Rechnungsstellung die Vorgaben der Deutsche Bahn AG zur Rechnungsstellung zu beachten, die im Lieferantenportal zu finden sind:

[deutschebahn.com/rechnungsstellung](https://deutschebahn.com/rechnungsstellung)

Der Auftragnehmer informiert sich regelmäßig über etwaige Änderungen dieser Vorgaben.

- 5.3 Gemäß den Vorgaben der Deutsche Bahn AG zur Rechnungsstellung sind Rechnungen

- elektronisch im Format XRechnung oder Peppol BIS Billing,
- nachprüfbar,
- unter Einhaltung der umsatzsteuerrechtlichen Vorschriften

sowie unter Angabe insbesondere von

- Leitweg-ID 992-90009-96
- Bestellnummer und abgerechnete Bestellpositionen
- Rechnungsempfänger und Leistungsempfänger mit vollständiger Anschrift
- IBAN (BIC) mit Kontoinhaber
- Zahlungsbedingungen
- Steuernummer und/oder Umsatzsteuer-Identifikations-Nummer

zu erstellen und an die im Vertrag oder der Bestellung genannte Rechnungsempfangsstelle zu adressieren.

- 5.4 Rechnungen sind entweder an folgende E-Mail-Adresse elektronisch zu versenden:

[e-invoicing@deutschebahn.com](mailto:e-invoicing@deutschebahn.com)

oder über das Peppol-Netzwerk an den Peppol-Participant-Identifizierer (Peppol-ID) der Deutsche Bahn AG.

Ausgenommen hiervon sind:

- Rechnungen aus dem Bestellkanal SAP Ariba. Diese sind über das SAP Ariba Netzwerk einzureichen.
- Rechnungen über ELFE (Djinvoice). Diese werden per elektronischem Rechnungsverfahren mittels EDI-Schnittstelle abgewickelt.

- 5.5 Sind Rechnungen nicht bedingungsgemäß, geht die verlängerte Bearbeitungszeit zu Lasten des Auftragnehmers.
- 5.6 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber (oder dessen Beauftragten), auf dessen Wunsch, zum Zwecke eines sog. Saldenabgleichs innerhalb angemessener Frist eine Auflistung der zu einem vom Auftraggeber festgelegten Stichtag offenen Posten gegenüber dem Auftraggeber und/oder einem oder mehreren, vom Auftraggeber bestimmten, mit diesem im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenen Unternehmen (gemeinsam: die DB-Unternehmen) über sämtliche Geschäftsbeziehungen zukommen zu lassen. Die Aufstellung muss mindestens alle offenstehenden Rechnungen, Gutschriften, nicht abgeglichenen Zahlungen, Überzahlungen, Posten auf dem Zwischenkonto und alle sonstigen Posten betreffend den Auftraggeber und/oder die von diesem bestimmten DB-Unternehmen enthalten.
- 5.7 Sofern zwischen der Europäischen Union und dem Herkunftsland des Liefergegenstandes Präferenzabkommen bestehen oder autonome Präferenzmaßnahmen angewendet werden, fügt der Auftragnehmer für alle Lieferungen, die Bestandteil der zu erbringenden Dienstleistungen nach

Ziffer 1 sind, der jeweiligen Rechnung gültige Präferenznachweise, z.B. Warenverkehrsbescheinigung EUR.1, A.TR, Formblatt A oder Ursprungserklärung auf der Rechnung, bei.

## **6 Leistungszeit, Verzug**

- 6.1 Der Ausführungszeitraum bzw. die Leistungstermine sind im Einzelvertrag zu vereinbaren. Grundlage dafür bilden die im Leistungsverzeichnis (Anlage 1) verbindlich festgelegten Leistungszeiten.
- 6.2 Überschreitet der Auftragnehmer die im Einzelvertrag festgelegte verbindliche Leistungszeit, hat er für jeden Tag der Überschreitung eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 Prozent vom Auftragswert, insgesamt jedoch höchstens 10 Prozent vom Auftragswert, zu zahlen, sofern er nicht nachweist, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat. Die Vertragsstrafe kann bis zur Schlusszahlung geltend gemacht werden, ohne dass es hierzu eines gesonderten Vorbehaltes bedarf. Eine gezahlte Vertragsstrafe ist auf einen Schadenersatzanspruch des Bestellers wegen Verzögerung der Leistung anzurechnen.

## **7 Ansprechpartner**

- 7.1 Die Ansprechpartner sind in der Anlage 9 aufgeführt.

Die vertragsabwickelnde Stelle ist nicht zur Änderung, Ergänzung, Aufhebung oder Kündigung des Vertrages berechtigt. Zur Änderung - insbesondere mit Auswirkung auf die vertraglich vereinbarte Vergütung -, Ergänzung oder Aufhebung des Vertrages ist ausschließlich die für den Einkauf zuständige Stelle beim Auftraggeber berechtigt.

Die Ansprechpartner dürfen während der Laufzeit des Vertrages nicht ohne zwingenden Grund ausgewechselt werden. Über eine Änderung der Ansprechpartner ist der Vertragspartner unverzüglich zu informieren.

## **8 Vertragsdauer**

Dieser Rahmenvertrag tritt am 13.12.2026 in Kraft und gilt bis zum 14.12.2030. Sie gilt für alle während ihrer Laufzeit erteilten und vom Auftragnehmer bestätigten Bestellungen.

Für den Auftraggeber besteht [2-Mal] die Option auf eine Vertragsverlängerung von [jeweils] 12 Monaten. Die [jeweilige] Option ist spätestens 6 Monate vor dem Ablauf des [jeweiligen] Laufzeitendes wahrzunehmen.

## **9 Leistungen des Bestellers**

- 9.1 Der Besteller benennt gegenüber dem Auftragnehmer einen Ansprechpartner, der dem Auftragnehmer die zur Leistungserbringung benötigten Informationen zur Verfügung stellt. Darüberhinausgehende notwendige Mitwirkungsleistungen des Bestellers hat der Auftragnehmer rechtzeitig bei dem ihm benannten Ansprechpartner anzufordern.
- 9.2 Die vom Besteller übernommenen Leistungen lassen die Verpflichtung des Auftragnehmers zur selbständigen und eigenverantwortlichen Vertragserfüllung unberührt.
- 9.3 Erbringt der Besteller seine Leistungen nicht zeitgerecht und sieht sich der Auftragnehmer dadurch in der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten behindert, hat der Auftragnehmer dies dem vom Besteller benannten Ansprechpartner unverzüglich anzuzeigen.

## **10 Nachunternehmer**

- 10.1 Zur Übertragung von Teilen der Leistung oder der Leistung im Ganzen auf Dritte ist der Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bestellers berechtigt, die nicht unbillig verweigert werden darf. Der Auftragnehmer hat etwaige von ihm eingesetzte Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten.
- 10.2 Der Auftragnehmer hat etwaige Nachunternehmer entsprechend der Pflichten aus diesem Vertrag zu verpflichten. Insbesondere hat der Auftragnehmer einen Nachunternehmer dahingehend zu verpflichten, dass dieser, sämtliche Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag, insbesondere bezüglich der Leistungserbringung, der Haftung, der Haftpflichtversicherung, der Nachweise und des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner (Anlage 4) vollumfänglich erfüllt. Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die entsprechende Verpflichtung eines Nachunternehmers in Schriftform innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss des Vertrages nach.
- 10.3 Überträgt der Auftragnehmer Teile der Leistung oder die Leistung im Ganzen ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers an einen Nachunternehmer oder verstößt er gegen Ziffer 10.2, so ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 Prozent vom Gesamtauftragswert zu fordern; darüberhinausgehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

Eine gezahlte Vertragsstrafe wird auf eine Schadenersatzforderung wegen Verletzung des Verbots nach Ziffern 10.1 und 10.2 angerechnet.

## **11 Erfüllungsort, Gerichtsstand**

- 11.1 Der Auftragnehmer hat seine Leistungen gemäß den Angaben der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) zu erbringen.
- 11.2 Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Rahmenvertrag ist Stuttgart. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, auch das Gericht am Sitz des Auftragnehmers anzurufen.

## **12 Haftpflichtversicherung**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Risiken aus den Einzelverträgen durch eine Haftpflichtversicherung zu decken, deren Bestehen er dem Auftraggeber/Besteller auf dessen Anforderung jederzeit nachzuweisen hat. Die Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers muss mindestens folgende Deckungssummen pro Schadensereignis enthalten:

■ Für Personen- und Sachschäden zuzüglich Folgeschäden 2.500.000,00 EUR

■ Für Vermögensschäden 500.000,00 EUR

Die vorstehend genannten Deckungssummen müssen pro Versicherungsjahr mindestens zweimal zur Verfügung stehen.

### **13 Selbständigkeit des Auftragnehmers**

13.1 Der Auftragnehmer versichert, Selbständiger im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) IV zu sein.

13.2 Der Auftragnehmer sichert zu,

- a) dass er im Sinne des § 2 Nr. 9 lit. b SGB VI auf Dauer und im Wesentlichen nicht nur für einen Auftraggeber tätig ist und er daher weniger als fünf Sechstel seiner gesamten Einkünfte allein aus Aufträgen mit dem Auftraggeber oder mit ihm gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen stammen,
- b) dass er neben dem Auftraggeber dieses Vertrages bzw. mit ihm gemäß §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen weitere Auftraggeber hat und
- c) dass er für die weiteren Auftraggeber gemäß lit. b) nicht nur unwesentliche Tätigkeiten als Selbständiger ausübt.

13.3 Über die gesamte Laufzeit dieses Vertrages hält der Auftragnehmer Informationen zum Nachweis dieser Zusicherungen vor und lässt sie dem Auftraggeber auf dessen Anforderung unverzüglich zukommen. Bei jeder nicht nur unwesentlichen Änderung eines die Zusicherungen betreffenden Umstandes informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform.

13.4 Stellt sich nach Abschluss des Vertrages heraus, dass der Auftragnehmer entgegen der von ihm abgegebenen Erklärung nicht als Selbständiger im Sinne des SGB IV gilt oder dass der Auftragnehmer unzutreffende Zusicherungen gemäß Ziffer 13.2 abgegeben hat bzw. dass er seiner Nachweispflicht nicht nachgekommen ist, ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Rahmenvertrages bzw. der Besteller zur fristlosen Kündigung des Einzelvertrages berechtigt.

13.5 Zudem ist der Auftraggeber in den Fällen des 13.4 berechtigt, vom Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 Prozent vom Gesamtauftragswert zu fordern; darüberhinausgehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird auf eine Aufwendungsersatzforderung wegen Verletzung der Nachweispflicht angerechnet.

### **14 Berichtswesen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf dessen Wunsch für das jeweilige Kalenderjahr sowie zum Tag der Beendigung dieses Vertrages eine Umsatzbilanz aller auf diesen Rahmenvertrag ausgeführten Leistungen zu übergeben, die nach Bestellern, Leistungspositionen und Nettowerten spezifiziert ist. Die Umsatzbilanz wird spätestens einen Monat nach dem jeweiligen Stichtag übergeben.

### **15 Einsatz der vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen**

15.1 Die von dem Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen werden nicht in die Betriebsorganisation des Auftraggebers oder des Bestellers eingegliedert und unterliegen keiner Weisungshoheit des Auftraggebers oder des Bestellers.

Die Parteien ergreifen hierfür die erforderlichen Maßnahmen, um eine Eingliederung in die betrieblichen Strukturen des Auftraggebers zu vermeiden, insbesondere werden beide Parteien die im Rahmen dieser Vertragsbeziehung zum Einsatz kommenden Personen hierzu regelmäßig instruieren und die Einhaltung nachhalten.

15.2 Beide Parteien benennen im Vertrag je einen verantwortlichen Ansprechpartner in Bezug auf sämtliche Belange im Zusammenhang mit der Auftragsabwicklung. Der Auftraggeber/Besteller wird Anforderungen an die zu erbringende Leistung ausschließlich dem vom Auftragnehmer benannten verantwortlichen Ansprechpartner übermitteln und den vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen keine Weisungen erteilen. Der Begriff Weisungen umfasst insbesondere solche hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort, Auftragsdurchführung, Auftragspriorisierung, Problemlösung, Leistungsbeurteilung sowie der arbeitsrechtlichen Disziplinierung.

- 15.3 Der vom Auftragnehmer benannte Ansprechpartner informiert den vom Auftraggeber/Besteller benannten Ansprechpartner unverzüglich über Verhinderungen der zur Leistungserbringung eingesetzten Personen. Die vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzten Personen nehmen gegenüber dem Auftraggeber/Besteller keine Anmeldungen oder Abmeldungen bei Krankheit, Urlaub oder sonstigen Fällen der Verhinderung vor. Der Auftraggeber/ Besteller wird dergleichen auch nicht von den eingesetzten Personen einfordern. Die Organisation etwaiger erforderlicher Vertretungen obliegt dem Auftragnehmer.
- 15.4 Werden vom Auftragnehmer zur Leistungserbringung eingesetzte Personen auf dem Betriebsgelände des Auftraggebers oder des Bestellers tätig, erfolgt dies erkennbar räumlich separiert (z.B. Projekträume für Externe) vom Betriebsablauf, sofern Art und Sinn und Zweck der vereinbarten Leistung dem nicht entgegenstehen. Der Auftraggeber oder der Besteller wird den eingesetzten Personen nur solche E-Mail-Adressen und/oder Telefonnummern des Auftraggebers oder des Bestellers zuweisen, die sie als „externe Arbeitskraft“ erkennbar machen. Ebenso werden die eingesetzten Personen nicht in die Dienstpläne, sowie in Zeiterfassungssysteme des Auftraggebers oder des Bestellers aufgenommen und nehmen nicht an dessen internen Schulungen teil. Bei einer Aufnahme von Externen in Kontaktverzeichnisse des Auftraggebers bzw. Bestellers (bspw. EVI) sind die Externen unmissverständlich als Externe zu kennzeichnen. Ausnahmen bedürfen der Abstimmung mit dem im Vertrag genannten Ansprechpartner.

Der Vertrag ist elektronisch erstellt und bedarf seitens des Auftraggebers keiner Signatur

Auftragnehmer

-----  
[Signatur, Datum]





## **Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren: Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a**



## Inhalt

1 Allgemeines .....	3
1.1 Einleitung .....	4
1.2 Ziel der Ausschreibung .....	4
1.3 Leistungszeitraum .....	4
2 Allgemeine Leistungsbeschreibung .....	5
2.1 Aufgaben des Auftragnehmers .....	5
2.2 Leistungsvolumen .....	5
2.3 Ort der Leistungserbringung .....	6
3 Aufgaben und Anforderungen an das Servicepersonal .....	7
3.1 Fahrscheinkontrolle und Einnahmensicherung .....	7
3.2 Fahrpreisnacherhebung (FN) .....	7
3.2.1 Allgemeines .....	7
3.3 Beschwerden .....	7
3.4 Fahrplan- und Tarifauskünfte .....	7
3.5 Serviceleistungen und Hilfestellung .....	8
3.6 Sauberkeit und Ordnung .....	8
3.7 Fundsachen und Beschwerden .....	8
3.8 Anforderungen an das eingesetzte Personal .....	9
3.9 Ausstattung des Personals .....	9
3.9.1 Vom Auftragnehmer zu stellende Ausstattung .....	9
3.9.2 Vom Auftraggeber gestellte Ausstattung .....	10
4 Personaleinsatzplanung und Ausbildung .....	11
4.1 Personaleinsatzplanung .....	11
4.2 Ausbildung der eingesetzten Personale .....	12
4.2.1 Allgemeines .....	12
4.2.2 Ausbildung bei Auftragsbeginn .....	12
4.2.3 Laufende Schulungen .....	12
4.2.4 Ersthelfer Ausbildung .....	13
4.2.5 Nachweispflicht der Ausbildung .....	13
5 Vergütung .....	13
5.1 Vergütung der Leistung .....	13
6 Rechte und Pflichten .....	13
6.1 Qualitätsrunden .....	13
6.2 Schulungspflicht .....	13
6.3 Leistungserfüllungspflicht .....	14
6.4 Einsatz von Subunternehmern .....	15
6.4 Sonstige Pflichten .....	15

## Anhangverzeichnis:

Anhang 1: Merkblatt über wichtige Bestimmungen im Kassengeschäft

Anhang 2: Ausbildungsplan Servicemitarbeiter im Zug

Anhang 3: Ausbildungsplan Train the Trainer

Anhang 4: Kassenverfahren Mobiler Verkauf - DB Regio Schiene

Anhang 5: Mitzuführende Gegenstände

# 1 Allgemeines

## 1.1 Einleitung

Die DB Regio AG ist hinsichtlich der Verkehrsleistung sowie der Fahrgastzahlen das größte Eisenbahn-Verkehrsunternehmen Deutschlands.

Seit 2015 wird der Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg im wettbewerblichen Verfahren europaweit ausgeschrieben. Das Gesamtnetz wurde in Ausschreibungsnetze aufgeteilt und nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten einzeln vergeben.

Die DB Regio AG hat die Zuschläge für die Netze 9a „Breisgau Ost-West“ und 4 „Rheintal“ erhalten und wird diese Verkehre voraussichtlich bis zum Fahrplanwechsel Juni 2032 (Netz 9a) bzw. bis zum Fahrplanwechsel Dezember 2032 (Netz 4) betreiben.

## 1.2 Ziel der Ausschreibung

Für die Zeit von Betriebsaufnahme der Netze 4 und 9a bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2026 wurde die mit der Vergabe der Verkehrsleistung geforderte Zugbegleitquote im Rahmen eines Vergabeverfahrens wettbewerblich vergeben und durch einen externen Dienstleister erbracht. Der entsprechende Vertrag läuft zum Fahrplanwechsel im Dezember 2026 aus.

Für den Zeitraum vom Fahrplanwechsel Dezember 2026 bis zum Fahrplanwechsel Juni 2032 (Netz 9a) bzw. bis zum Fahrplanwechsel Dezember 2032 (Netz 4) wird weiterhin Begleitpersonal, welches dem Fahrgast als kompetenter und freundlicher Ansprechpartner zur Verfügung steht und durch seine Präsenz ein Gefühl der Sicherheit vermittelt, benötigt.

Hierfür sucht die DB Regio AG mit dieser europaweiten Ausschreibung nach einem kompetenten und zuverlässigen Partner, der diese Leistung als Subunternehmer übernimmt.

## 1.3 Leistungszeitraum

Der Vertrag dieser Vergabe bezieht sich auf die beiden vom Land Baden-Württemberg benannten Netze 9a und 4. Unverbindliche und für dieses Vergabeverfahren nicht zwingend notwendige Informationen zur gesamten Verkehrsleistung finden sich auf den Internetseiten des Verkehrsministeriums des Landes Baden-Württemberg (siehe Abschnitt 2.3)

Für den Auftraggeber besteht zweimal die Option auf eine Vertragsverlängerung. Die Option ist spätestens 6 Monaten vor dem Ablauf des jeweiligen Laufzeitendes wahrzunehmen.

Der Leistungszeitraum wird daher wie folgt zeitlich begrenzt:

1. Leistungszeitraum (Grundlaufzeit):  
13. Dezember 2026 bis 14. Dezember 2030
2. Leistungszeitraum (Optional Verlängerung 1):  
15. Dezember 2030 bis 13. Dezember 2031
3. Leistungszeitraum (Optional Verlängerung 2):  
14. Dezember 2031 bis 12. Juni 2032 (Netz 9a) bzw. 12. Dezember 2032

Für die Zeit nach Juni / Dezember 2032 schreibt das Land Baden-Württemberg die Schienenleistungen neu aus. An dieser Ausschreibung kann die DB Regio AG voraussichtlich wieder teilnehmen und die Leistung für möglicherweise weitere zwölf Jahre erbringen.

## 2 Allgemeine Leistungsbeschreibung

### 2.1 Aufgaben des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass er die Voraussetzungen bzw. Leistungsanforderungen erfüllt. Hierzu zählt insbesondere die

- Einstellung und Beschäftigung von geeignetem Servicepersonal
- Ausbildung und laufende Schulung des eingesetzten Personals
- Lang- und kurzfristige Disposition des Personals, vor allem in Sondersituationen (z.B. kurzfristige Krankheit/Ausfall eines Mitarbeiters)
- Benennung eines für den Auftrag verantwortlichen Mitarbeiter, der dem Auftraggeber als Ansprechpartner zur Verfügung steht und auch an den regelmäßigen Qualitätsrunden (grundsätzlich einmal monatlich) mit dem Auftraggeber teilnimmt

### 2.2 Leistungsvolumen

Der Auftrag betrifft Leistungen in mehreren Verkehrsverträgen:

Netz 9a: S-Bahn-Leistungen Breisgau-S-Bahn

Betriebsaufnahme: 13. Dezember 2026

Netz 4 (Los 1): RE-Leistungen Rheintal

Betriebsaufnahme: 13. Dezember 2026

Netz 4 (Los 2): RB-Leistungen Rheintal

Betriebsaufnahme: 13. Dezember 2026

Der Dienstleister verpflichtet sich 100 % der Fahrten im Verkehrsvertragsnetz Netz 4 (Los 1) durch Zugbegleiter begleiten zu lassen.

Der Dienstleister verpflichtet sich 25 % der Fahrten im Verkehrsvertragsnetz Netz 4 (Los 2) rollierend über alle Verkehrstage und Zeitlagen durch Zugbegleiter begleiten zu lassen.

Der Dienstleister verpflichtet sich 25 % der Fahrten im Verkehrsvertragsnetz Netz 9a in den Abschnitten Endingen – Gottenheim und Villingen – Neustadt rollierend über alle Verkehrstage und Zeitlagen durch Zugbegleiter begleiten zu lassen.

Es ist jeweils der gesamte Laufweg des Zuges zu begleiten.

Eine Anpassung des Leistungsvolumens im Umfang größer / gleich 30% ist bis zu 20 Arbeitstage vor jeweiligem Monatsbeginn durch den Auftraggeber möglich

Eine Anpassung des Leistungsvolumens im Umfang kleiner 30 % ist mit einer Frist von 10 Arbeitstage durch den Auftraggeber möglich

Als Orientierungswerte der zu begleiten Zugkilometerleistungen pro Jahr dienen folgende Angaben.

Netz	ca. Zug km im Normjahr
Netz 4 (Los 1) - RE-Leistungen	2.200.000
Netz 4 (Los 2) - RB-Leistungen	460.000
Netz 9a	620.000

## 2.3 Ort der Leistungserbringung

Die Leistung ist in den Nahverkehrszügen der DB Regio AG auf folgenden Relationen zu erbringen:

### Leistungen des Netzes 9a in den Abschnitten

- Villingen - Neustadt/Schw.
- Endingen - Gottenheim

### Leistungen des Netzes 4 (Los 1 und Los 2) in den Abschnitten

Karlsruhe Hbf - Offenburg - Freiburg - Müllheim/Neunburg - Basel Bad Bf

Über den Link <https://www.bwegt.de/schiene/das-schienennetz-in-baden-wuerttemberg> kann auf der Webpage des baden-württembergischen Ministeriums für Verkehr eine Kartendarstellung sowie weiter Detailinformationen zu den Verkehrsnetzten abgerufen werden. Zusätzliche Informationen sind zudem auf folgenden Webpages des baden-württembergischen Ministeriums für Verkehr

- <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mobilitaet-verkehr/bahn-und-bus/oepnv-angebot-fuer-reisende/bahnnetze-in-baden-wuerttemberg/netz-4a-rheintal-re>
- <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mobilitaet-verkehr/bahn-und-bus/oepnv-angebot-fuer-reisende/bahnnetze-in-baden-wuerttemberg/netz-4b-rheintal-rb>
- <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mobilitaet-verkehr/bahn-und-bus/oepnv-angebot-fuer-reisende/bahnnetze-in-baden-wuerttemberg/netz-9a-breisgau-ost-west>

### 3 Aufgaben und Anforderungen an das Servicepersonal

Das Aufgabenspektrum der einzusetzenden Servicemitarbeiter ist vielseitig. Daher ist es unabdingbar, dass das Personal die unter 3.8 gestellten Anforderungen erfüllt, um die vom Augabenträger geforderten Aufgaben entsprechend wahrnehmen zu können. Zu diesen Aufgaben zählen insbesondere:

#### 3.1 Fahrscheinkontrolle und Einnahmensicherung

Das eingesetzte Personal führt überwiegend Fahrscheinkontrollen zur Einnahmensicherung durch. Dazu gehört auch die Aufforderung zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgelts (EBE), sofern Kunden ohne gültigen Fahrschein angetroffen werden. Bei defektem Entwerter an den Bahnsteigen müssen Fahrscheine vom Personal entwertet werden. Darüber hinaus ist eine Meldung an den jeweils zuständigen Betreiber zu machen.

#### 3.2 Fahrpreisnacherhebung (FN)

##### 3.2.1 Allgemeines

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Kontrolle von Fahrausweisen durch sein Personal ordnungsgemäß durchgeführt und abgerechnet wird.

Die Fahrgeldeinnahmen, z.B. Einnahmen aus FN sind in regelmäßigen Abständen von zwei Wochen von den Mitarbeitern des Auftragnehmers an Einzahlstationen des Auftraggebers abzuliefern. Die kassenrechtlichen Vorschriften, die auch zur Sicherheit des Mitarbeiters beitragen, sind in diesem Zusammenhang zwingend einzuhalten. Sie sind in der Anhang 1 und Anhang 6 Kassenrechtliche Vorschriften zu entnehmen. Nicht abgelieferte Einnahmen werden dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt und von der Auftragssumme in Abzug gebracht. Die Überprüfung der personenscharfen Abrechnung erfolgt in Zusammenarbeit zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber.

#### 3.3 Beschwerden

Kundeneingaben werden dem Auftragnehmer nach Eingang anonymisiert zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer hat diese innerhalb von drei Arbeitstagen zu bearbeiten und dem Auftraggeber hierzu eine Stellungnahme zukommen zu lassen.

#### 3.4 Fahrplan- und Tarifauskünfte

Das Personal muss Fahrgästen sowohl Fahrplan-, als auch Tarifauskünfte geben können. Die Basis für Fahrplandaten sind Echtzeitdaten, die über die mobile Empfangsgeräte (z.B. Smartphone) abgerufen werden.

Ebenso muss das Personal in der Lage sein, Informationen zu den zu bedienenden Stationen und zu Anschlussverbindungen geben zu können. Dazu zählen insbesondere Alternativen bei Verspätungen und Störungen auf den bedienenden Strecken. Auskünfte zu touristischen Zielen und Angeboten in den Regionen entlang der Strecke gehören ebenfalls zum Aufgabenspektrum.

### 3.5 Serviceleistungen und Hilfestellung

Serviceleistungen sind wichtig, um einen reibungslosen Bahnbetrieb sicherzustellen und Verspätungen zu vermeiden. Dazu zählen insbesondere Hilfestellung beim Ein- und Ausstieg von mobilitätseingeschränkten Fahrgästen oder Fahrgästen mit Sondergepäck (Fahrräder, Kinderwagen, etc.). In Notfällen sind Erste-Hilfe-Leistungen zu erbringen. In Konfliktsituationen sind Fahrgäste durch deeskalierendes Handeln zu unterstützen. Auch ein kostenloser Taxiruf für Reisende bei Verspätungen des Zuges oder eines Zubringerzuges gehören zu den Aufgaben des eingesetzten Personals. Die Anschlusssicherung, d.h. vormelden von Anschlussreisenden bei Verspätung des eigenen Zuges und gefährdetem Anschluss an einen Anschlusszug bei der Leitstelle erfolgt durch Meldung des KiN beim Triebfahrzeugführer des jeweiligen Zuges. Dieser muss ggf. bei der Leitstelle nachfragen, ob eine verlängerte Wartezeit genehmigt wurde. In jedem Fall muss eine Information der Fahrgäste über das Erreichen bzw. Nichterreichen von Anschlüssen und ggf. alternative Fahrmöglichkeiten erfolgen.

Die Einsatzplanung der Begleitpersonale hat auf die Anforderungen, die sich aus konkret geäußerten Servicebedürfnissen mobilitätseingeschränkter Fahrgäste ergeben, Rücksicht zu nehmen. Wenn absehbar ist, dass ein mobilitätseingeschränkter Fahrgast Hilfestellungen benötigt, soll das Zugbegleitpersonal den Fahrgast vor allem beim Ein- und Aussteigen unterstützen.

### 3.6 Sauberkeit und Ordnung

Das Personal hat neben den Fahrgastservice-Aufgaben zudem auf die Sauberkeit im und am Fahrzeug zu achten. Schäden oder starke Verunreinigungen sind unverzüglich dem Triebfahrzeugführer des jeweiligen Zuges zu melden. Dieser meldet entsprechend den DB-internen Vorgaben zur Schadensmeldung/Dokumentation unverzüglich an die Leitstelle. Die Dokumentation des Schadens u.a. als Grundlage zur zielgerichteten und zeitnahen Schadensbeseitigung erfolgt derzeit über das System dLox entweder direkt durch den Triebfahrzeugführer oder, sofern dies aus betrieblichen Gründen nicht möglich ist, ersatzweise durch die Leitstelle. Das Personal muss grobe Verunreinigungen und herumliegende Gegenstände während oder nach der Fahrt beseitigen.

Die Mitarbeiter haben auf die Einhaltung der Beförderungsbedingungen zu achten, dazu zählt auch der Umgang mit herrenlosen Gepäckstücken und verdächtigen Personen. Hierzu werden dem Auftragnehmer nach Zuschlagerteilung Verhaltensregeln vorgegeben. Im Falle von defekter Infrastruktur (z.B. Ausfall der Beleuchtungsanlage, Vandalismus am Fahrgastunterstand etc.) hat eine Meldung an den Stationsbetreiber zu erfolgen. Die Meldung von gestörten oder beschädigten Automaten ist an den Vertriebsdienstleister zu melden. Kontaktdaten werden dem Auftragnehmer jeweils zum Vertragsbeginn übergeben.

### 3.7 Fundsachen und Beschwerden

Die Entgegennahme und Weiterleitung von Fahrgastbeschwerden zählt auch zu den Aufgaben der eingesetzten Personale. Die Beschwerden sind über einen zentralen Ansprechpartner des Dienstleisters an ein zu benennenden Ansprechpartner beim Vertragspartner zu. Sollten Fundsachen beim Personal abgegeben werden oder vom Personal im Zug aufgefunden werden, sind diese an einer vom Auftraggeber genannten Stelle (innerhalb des Netzes) abzugeben.

### 3.8 Anforderungen an das eingesetzte Personal

Alle eingesetzten Mitarbeiter des Auftragnehmers müssen in der Lage sein, wichtige Anforderungen ihrer jeweiligen externen Kontaktpersonen (z.B. Fahrgäste) zu erfüllen und den Auftraggeber diesen gegenüber angemessen zu repräsentieren.

Es ist daher unabdingbar, dass die Mitarbeiter:

- die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen
- ein hohes Engagement für Dienstleistungstätigkeiten mitbringen
- Durchsetzungsstärke und Stressresistenz auch in schwierigen Situationen (z.B. bei der Fahrgeldsicherung oder Durchsetzung des Hausrechts) beweisen
- ein repräsentatives Auftreten sowie ein serviceorientiertes Dienstleistungsverständnis mitbringen.

Sie müssen bei Ausführung des Dienstes eine einheitliche, unter 3.9.1 konkretisierte Dienstkleidung tragen

Das Personal muss im Zug präsent sein, im Fahrgastraum zirkulieren und für Fahrgäste ansprechbar sein.

### 3.9 Ausstattung des Personals

#### 3.9.1 Vom Auftragnehmer zu stellende Ausstattung

Das Servicepersonal ist vom Auftragnehmer wie folgt auszustatten:

##### **1. Dienstuniform:**

Der Auftragnehmer stellt seinen Mitarbeitern eine einheitliche, zweckmäßige Dienstuniform.

##### **2. Mobiltelefon:**

Jedem Mitarbeiter ist ein Mobiltelefon zu stellen, welches im Bedarfsfall eine rasche Verständigung von Sicherheitskräften ermöglicht.

##### **3. Namensschild:**

Neben den Namen des Mitarbeiters ist ein sichtbarer Hinweis aufzudrucken, der auf die Ausführung der Arbeit „im Auftrag der DB Regio AG“ klarstellt. Es muss jederzeit sichergestellt sein, dass der Einsatz der Mitarbeiter als Subunternehmer erkennbar ist. Aufgrund der Rechtslage darf zu keinem Zeitpunkt der Eindruck entstehen, es handle sich um einen Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG oder deren Tochtergesellschaften. Die Angabe von Pseudonymen auf Namensschildern ist durch das Land Baden-Württemberg untersagt.



### 3.9.2 Vom Auftraggeber gestellte Ausstattung

Folgende Ausstattung wird für die Dauer des Auftrages vom Auftraggeber **gegen Zahlung** der unten genannten Beträge zur Verfügung gestellt und sind zu Vertragsende vollständig und betriebsfähig an den Auftraggeber zurückzugeben.

Bei Verlust oder Beschädigung haftet der Auftragnehmer für die entstehenden Kosten durch Reparatur oder Ersatzbeschaffung.

#### a) **MOSAİK-Hardware (Handy mit Dongle, Kartenlesegerät und Drucker):**

Das Prüf- und Verkaufsgerät wird dem Auftragnehmer zur Auftragsausführung gegen Zahlung des unten genannten Betrages zur Verfügung gestellt. Durch den Auftragnehmer ist dabei sicherzustellen, dass alle Mitarbeiter bei Dienstauführung Zugriff auf ein Gerät haben. Das Gerät kann zu einem Preis von 1.750 Euro zzgl. MwSt. beim Auftraggeber gegen Rechnungsstellung beschafft werden. Der Wiederbeschaffungspreis wird mit 2% p.a. während der Vertragslaufzeit dynamisiert.

Das Gerät wird im Rahmen der Tätigkeit genutzt:

- zur Echtzeit- und Tarifauskunft
- als Prüfgerät für E-Tickets, Online-Tickets und Handy-Tickets
- als Erfassungsgerät zur Erstellung von Erhöhten Beförderungsentgelten (EBE)

#### b) **Zange:**

Die Zange u.a. zur Entwertung von Fahrausweisen wird dem Auftragnehmer zur Auftragsausführung gegen Zahlung des unten genannten Betrages zur Verfügung gestellt. Bei Verlust oder Beschädigung kann die Zange zu einem Preis von 225 Euro zzgl. MwSt. beim Auftraggeber gegen Rechnungsstellung beschafft werden. Der Wiederbeschaffungspreis wird mit 2% p.a. während der Vertragslaufzeit dynamisiert.

#### c) **Vierkantschlüssel**

Der Vierkantschlüssel wird dem Auftragnehmer zur Auftragsausführung gegen Zahlung des unten genannten Betrages zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer kann auf eigene Kosten zusätzliche Zangen über den Auftraggeber bestellen. Bei Verlust oder Beschädigung kann der Schlüssel zu einem Preis von 10 Euro zzgl. MwSt. beim Auftraggeber gegen Rechnungsstellung beschafft werden. Der Wiederbeschaffungspreis wird mit 2% p.a. während der Vertragslaufzeit dynamisiert.

#### d) **Schlüssel Fahrzeugführerstand**

Die Schlüssel für den Zutritt zum Führerstand der Fahrzeuge werden dem Auftragnehmer zur Auftragsausführung gegen Zahlung des unten genannten Betrages zur Verfügung gestellt. Der Auftragnehmer kann auf eigene Kosten zusätzliche Schlüssel über den Auftraggeber anfragen. Über die zusätzliche Beschaffung entscheidet aus Sicherheitsgründen jedoch der Auftraggeber. Bei Beschädigung kann der defekte Schlüssel zu einem Preis von 55 Euro

zzgl. MwSt. beim Auftraggeber gegen Rechnungsstellung beschafft werden. Der Wiederbeschaffungspreis wird mit 2% p.a. während der Vertragslaufzeit dynamisiert. Ein Verlust des Schlüssels ist unverzüglich beim Auftraggeber anzuzeigen. Etwaige Kosten für den aus Sicherheitsgründen ggf. notwendigen Austausch von Schließsystemen trägt der Auftragnehmer vollumfänglich

**e) Dienstausweis:**

Dieser Ausweis ermächtigt den Mitarbeiter zur Durchführung von Fahrausweiskontrollen und zur Ausübung des übertragenen Hausrechts. Hierfür stellt der Auftragnehmer mit einer Frist von vier Wochen vor dem ersten Einsatz des entsprechenden Mitarbeiters ein digitales Passbild und die persönlichen Daten (Name und Vorname) des Mitarbeiters zur Erstellung zur Verfügung. Bei einem Verlust können Ersatzausweise zu einem Preis von 10 Euro pro Stück beim Auftraggeber nachbestellt werden.

Folgende Ausstattung wird vom Auftraggeber **kostenfrei** zur Verfügung gestellt:

**f) Streckenaltfahrpläne und Tarifinformationen:**

Dieses Informationsmaterial (Flyer, etc.) zur Kundeninformation werden dem Auftragnehmer auf Bedarf und auf Anforderung zu Verfügung gestellt. Auf einen maßvollen Einsatz ist auch aus Umweltschutzgründen zu achten.

Der Auftragnehmer ist für die Disposition der zur Verfügung gestellten Ausstattung an seine eingesetzten Mitarbeiter verantwortlich. Die Anlieferung durch den Auftraggeber erfolgt an eine zentrale vom Auftragnehmer zu benennende Stelle.

## 4 Personaleinsatzplanung und Ausbildung

### 4.1 Personaleinsatzplanung

Die Personalbedarfs- und -einsatzplanung erfolgt durch den Auftragnehmer und basiert auf den unter 2.2 und 2.3 genannten Vorgaben des Auftraggebers.

Die kurzfristige Disposition (z.B. bei kurzfristiger taggleicher Krankmeldung durch einen Mitarbeiter des Auftragnehmers) mit in der Folge geänderter Zugläufe übernimmt der Auftragnehmer ebenfalls vollumfänglich selbst. Sollten Schichten nicht besetzt werden können, müssen diese im selbigen Monat des Ausfalls nachgeholt werden, sofern dies aufgrund einer Besetzungsquote <100% möglich ist. Die Verantwortung zur Durchführung und die damit verbundene Stellung des notwendigen Personals obliegen dem Auftragnehmer. Sollte eine Nachholung nicht möglich sein, geht der Ausfall zu Lasten des Auftragnehmers.

Als Orientierungswerte für die durchschnittlich pro Jahr zu erwartenden Ausfall-Umfänge können folgende Werte angenommen werden. Diese Werte basieren auf Erfahrungswerten der letzten Jahre – sie stellen keine absolut verbindliche Vorgabe für die künftige Entwicklung dar.

Netz	Baustellenbedingte Ausfälle	Ad-hoc Ausfälle
N4L1	ca. 9%	ca. 1,5 %
N4L2	ca. 3%	ca. 2%
N9a	ca. 4%	ca. 1,5%

Sich aus Zugausfällen, Verspätungen oder sonstigen Ursachen ergebende unproduktive Arbeitszeiten im Rahmen kurzfristiger Störeinflüsse gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

## 4.2 Ausbildung der eingesetzten Personale

### 4.2.1 Allgemeines

Alle eingesetzten Mitarbeiter müssen vor Beginn für ihren Arbeitseinsatz qualifiziert werden. Sie müssen in der Lage sein, die geforderten Aufgaben durchzuführen. Hierunter zählen insbesondere die Tarifkenntnisse, die Bedienung der MOSAIK-Hardware, sowie Inhalte zur Fahrzeugtechnik, sofern diese eine kundenorientierte Relevanz haben.

DB Regio stellt hierfür in Abstimmung mit dem Auftragnehmer die wesentlichen Ausbildungsinhalte zur Verfügung. Qualifizierungen (theoretisch und praktisch) sowie Folgeeinweisungen erfolgen grundsätzlich in Verantwortung und auf Kosten des Auftragnehmers.

### 4.2.2 Ausbildung bei Auftragsbeginn

Zum Auftragsbeginn stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer einen fachkundigen Trainer zur Verfügung. Die Kosten für einen Trainertag betragen 1.200 Euro netto. Dieser Trainer kann einen oder mehrere Mitarbeiter des Auftragnehmers schulen. Diese können im „Train-the-Trainer“-Modell die eingesetzten Mitarbeiter weiter schulen.

Die Schulungsinhalte sind in den Anhängen 3 und 4 dargestellt. Sie werden durch den Auftraggeber definiert und sind zwingend einzuhalten. Der Auftragnehmer prüft die geschulten Mitarbeiter nach Abschluss der theoretischen und praktischen Schulung. Sollte die Prüfung nicht bestanden werden, sorgt der Auftragnehmer für eine entsprechende Nachschulung. Sollte die Prüfung im dritten Versuch nicht bestanden werden, behält sich der Auftraggeber vor, den entsprechenden Mitarbeiter als nicht qualifiziert abzulehnen.

Zur Sicherstellung einer qualifizierten und entsprechend des Leistungsvolumens ausreichenden Anzahl an Auszubildenden hat der Auftragnehmer rechtzeitig mit Rekrutierung und Durchführung der eigentlichen Ausbildung zu starten. Er informiert den Auftraggeber laufend über die angestoßenen Maßnahmen und die Anzahl der eingestellten Mitarbeiter.

### 4.2.3 Laufende Schulungen

Der Auftragnehmer hat für eine stetige Weiterqualifizierung der Mitarbeiter zu sorgen, insbesondere in den Bereichen Tarife, Kommunikation und Deeskalation. Hierfür führt der Auftragnehmer mindestens einmal jährlich eine Auffrischungsschulung für

Bestandspersonale durch. Diese hat einen Umfang von etwa acht Stunden. Die Inhalte für diese Schulung werden vom Auftraggeber festgelegt, der Fokus liegt insbesondere auf dem Beherrschen von Problem-, insbesondere Konflikt- und Gewaltsituationen, sowie serviceorientiertes Verhalten im Verkehrsbereich.

Der Auftraggeber kann bei festgestellten Mängeln z. B. durch Kundeneingaben darüberhinausgehende Weiterbildungsmaßnahmen fordern, die binnen vier Wochen vom Auftragnehmer durchgeführt werden müssen. Ein Nachweis über die erbrachte Nachschulung ist unaufgefordert vorzulegen.

#### 4.2.4 Ersthelfer Ausbildung

Alle eingesetzten Mitarbeiter müssen als Ersthelfer ausgebildet sein und alle zwei Jahre einen Auffrischkurs besuchen. Der Auftragnehmer stellt dies in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten sicher.

#### 4.2.5 Nachweispflicht der Ausbildung

Alle geforderten Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen sind dem Auftraggeber in schriftlicher Form nach Durchführung unaufgefordert nachzuweisen.

## 5 Vergütung

### 5.1 Vergütung der Leistung

Der Auftragnehmer erhält für die erbrachte Leistung die im Rahmenvertrag vereinbarte Vergütung. Bei der Abrechnung gehen nicht erbrachte Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers. Siehe hierzu auch Abschnitt 4.1

## 6 Rechte und Pflichten

### 6.1 Qualitätsrunden

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an den regelmäßig (mind. 1 x monatlich, bei Bedarf häufiger) stattfindenden Qualitätsrunden mit dem Auftraggeber mit mindestens einem auskunftsfähigen Mitarbeitenden teilzunehmen.

### 6.2 Schulungspflicht

Der Auftragnehmer muss mindestens jährlich, bei Bedarf auch aber auch unterjährig Schulungen für kundenorientiertes Verhalten durchführen und dem Auftraggeber nachweisen.

Zur Unterstützung des Ein- und Ausstieges muss das Zugbegleitpersonal im Umgang mit Rollstuhlfahrern und den erforderlichen technischen Hilfsmitteln regelmäßig geschult werden. Zugbegleitpersonal muss auch generell und mindestens jährlich, bei Bedarf auch aber auch unterjährig, im Umgang mit sinnesbehinderten Fahrgästen geschult werden.

## 6.3 Leistungserfüllungspflicht

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich Personale einzusetzen, welche die vorgenannten Voraussetzungen nach 3.8 erfüllen.

Sofern gegen den Auftraggeber ein Bußgeld wegen Verstoßes gegen gesetzliche oder behördliche Bestimmungen erhoben wird, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, behält sich der Auftraggeber vor, Schadenersatz in Höhe des Bußgeldes zu fordern. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Schadenersatzforderungen mit noch ausstehenden oder zukünftigen Vertragsvergütungen zu verrechnen.

Der Auftraggeber wird die Leistungserbringung regelmäßig überprüfen. Bei Abweichungen der vereinbarten Qualitätsziele und/oder Leistungsmengen werden Maßnahmen zwischen den Vertragsparteien vereinbart, die schnellmöglich Abhilfe schaffen. Sollten sich Beschwerden gegenüber einzelnen eingesetzten Mitarbeitern häufen, hat der Auftragnehmer die Verpflichtung, diesem Mitarbeiter vom weiteren Einsatz im Kontrolldienst auszuschließen.

Die vereinbarte Zugbegleitquote muss vom Auftragnehmer sichergestellt werden. Dies erfolgt durch Einbuchen vor Antritt der Fahrt und das Ausbuchen nach Abschluss der Fahrt im Mosaik-Handy durch jeden Zugbegleiter.

Für nicht begleitete Züge wird DB Regio im Rahmen der Verkehrsverträge durch das Land Baden-Württemberg pönalisiert. Die exakte Höhe des Pönalebetrages ist erst nach erfolgter Abrechnung des Verkehrsvertrages zwischen dem Land Baden-Württemberg und DB Regio für das jeweilige Jahr bekannt. Im Rahmen der kontinuierlichen Meldungen der Zugbegleitquoten seitens DB Regio an das Land Baden-Württemberg kann jedoch fortlaufend eine Prognose ermittelt werden. Den so ermittelten vorläufigen Pönale-Betrag stellt DB Regio dem Auftragnehmer jährlich in Rechnung. Die Höhe des Betrages basiert letztlich auf der Qualität der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer. Ein absoluter und finaler Wert kann somit seitens DB Regio nicht vordefiniert werden. Eine Pönalisierung im Netz 4 (Los 1) erfolgt bei Unterschreitung der Zugbegleitquote von 99% und in den übrigen Netzen von 24% (siehe 4.1)

Als Orientierungswert im Rahmen der Angebotskalkulation kann auf Basis von Erfahrungswerten ein Betrag von 0,065 € pro zu begleitenden Zugkm pro Jahr bei einer Erfüllungsquote von 95 % im Netz 4 (Los 1) und / oder 23% in Netz 4 (Los 2) und Netz 9a als Ansatz gewählt werden.

Durch einen von Seiten des Verkehrsministeriums unabhängigen Dritten werden mehrmals pro Jahr in sog. Erhebungswelle Qualitätsüberprüfungen durchgeführt. Diese betreffen ausschließlich die Servicequalität der Mitarbeiter des Auftragnehmers.

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber sowie den von ihm benannten Personen das Recht ein, Kontrollbegehungen zur Überprüfung der vertragskonformen Leistungsausführung zu allen Betriebszeiten ohne Vorankündigung durchzuführen. Diese haben das Recht, die Räume zu betreten und in Augenschein zu nehmen und sämtliche für die Überprüfung der vertragskonformen Leistungsausführung relevanten Unterlagen einzusehen. Soweit ausgeschlossen werden kann, dass das Prüfergebnis beeinflusst wird, müssen die Kontrollbegehungen mindestens 24 Stunden im Voraus angekündigt werden.

Sollte das Verhalten einzelner Mitarbeiter im Einklang mit einer Straftat einhergehen (z. B. Betrug), so wird der Auftragnehmer erstens: Den entstandenen Schaden finanziell ausgleichen und zweitens: alles versuchen, dass dieser Vorfall nicht medienrelevant wird.

Vorfälle in diesen Bereichen sind dem Auftraggeber sofort nach bekannt werden schriftlich anzuzeigen.

Die Vertragspartner werden alle nicht offenkundigen und nicht zur Weitergabe an Dritte bestimmten kaufmännischen und betrieblichen Informationen des anderen Vertragspartners, die Ihnen aufgrund dieser Vereinbarung und ihrer Geschäftsbeziehungen bekannt werden, vertraulich und als Geschäftsgeheimnis behandeln und weder ganz noch teilweise Dritten direkt oder indirekt zugänglich machen und nur für die vertraglich vorgesehenen Zwecke verwenden.

Dies gilt auch für die Zeit nach Beendigung dieser Vereinbarung.

## 6.4 Einsatz von Subunternehmern

Um eine vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit sicherzustellen, ist zur Abdeckung von Personalspitzen oder bei akutem Personalmangel der Einsatz von Personal eines Subunternehmers in einem Umfang von maximal 25% in beiderseitigem Einvernehmen zulässig. Der Auftragnehmer stellt dabei sicher, dass das eingesetzte Personal des Subunternehmers alle Anforderungen und Eignungskriterien aus diesem Vertrag erfüllt, insbesondere die notwendige Ausbildung erfahren hat. Der Auftraggeber kann den Einsatz untersagen, sollte die Qualität im Rahmen der stattfindenden Kontrollen abweichen oder Kundenbeschwerden über das eingesetzte Personal eingehen.

## 6.4 Sonstige Pflichten

Der Auftragnehmer versichert dem Auftraggeber, dass:

1. alle Gesetze und Richtlinien der DB AG zum Zweck der Fahrgeldsicherung eingehalten werden
2. der Auftragnehmer Sozialräume für sein eingesetztes Personal zur Verfügung vorhält
3. der Auftragnehmer eine geeignete Führungsstruktur aufbaut und dem Auftraggeber einen festen Ansprechpartner benennt
4. in Bezug auf das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz dem Auftraggeber kein Schaden entsteht

## **Anhang 1** zur Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren: Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a - **Merkblatt über wichtige Bestimmungen im Kassengeschäft**

### 1.1 Fahrkartenrollen

Fahrkartenrollen für die MOSAIK-Hardware zum manuellen Verkauf werden dem Auftragnehmer ausgehändigt. Bestandsveränderungen werden maschinell in sogenannten Verkaufsnachweisen ausgewiesen. Nach Erhalt ist die Vollständigkeit zu prüfen. Die Ausgabe manueller Belege sind auf den Verbrauchsnachweis einzutragen. Der Auftragnehmer haftet bei Verlust der Fahrkartenrollen.

### 1.2 Abrechnung

#### 1.2.1 Abrechnungsfristen

Grundsätzlich innerhalb von 14 Tagen, auch wenn keine Einnahmen abzurechnen sind. Wurden keine Einnahmen getätigt sind die FK-Bestände vorzuweisen.

#### 1.2.2 Ablieferung und Abrechnung bei Urlaub/Krankheit

Ablieferung und Abrechnung sind vorzunehmen bei mehr als drei Tagen

- Urlaub
- im Krankenstand
- nicht im Einsatz

Über Ausnahmen entscheidet der Auftraggeber.

#### 1.2.3 Abrechnung der Mosaik Vertriebstechnik

Vor Abrechnung am MT / der Mosaik-Vertriebstechnik ist ein Schichtabschluss durchführen, danach ist kein Verkauf mehr möglich. Bei Abweichungen von Kassen-Ist vom Kassen-Soll: Auf dem Verkaufsnachweis wird die Differenz als Kassenüberschuss (Kü) oder

Kassenfehlbetrag (Kf) ausgewiesen. Kassenfehlbeträge gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Alle im MT / in der Mosaik Vertriebstechnik verbuchten Leistungen sind als buchungsbegründete Unterlage abzuliefern, z.B.

- Ausgebuchte, umgetauschte, stornierte, zurückgenommene Fahrkarten
- Entnommene Flugcoupons (aus Couponheft/Voucher)
- POS-Belege, POS-Gutschriften (Storno POS-Vorgang nach Druck aus Warenkorb)
- Ablieferbelege ZuB und Einzahlungsbelege EWT

- Zwischenbelege Schicht, Abschlussbeleg, Fehldrucke, angedruckte Belege
- manuelle Verbrauchsnachweise für Zusetzung/Absetzung Geschäftsvorfälle
- Unbrauchbare Fahrkarten
- Fahrpreisnacherhebungen
- Gutscheinkarten
- Belege zu allen Absetzungen (Geschäftsvorfälle)
- Verkaufsnachweise

#### 1.2.4 Übergabe

Die Ablieferung erfolgt in Safebags am Einwurftresor (EWT), im Ausnahmefall können die Safebags im Reisezentrum abgegeben werden. Für die Benutzung des EWT erhält der Auftragnehmer entsprechende Verkaufskarten, mit denen die Abwicklung der Einzahlung erfolgt.

### 1.3 Sagebags

Safebags werden dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Alle Abrechnungen und Einzahlungen an den EWT sind mittels Nutzung eines Safebags vorzunehmen.

Dort sind vom Mitarbeiter folgende Eintragungen zu machen:

- Verkaufskartennummer (Kundennummer)
- Ablieferort (Tresorstandort)
- Datum

Geldscheine sind nach Werten und mit gleich gerichteter Schrift sortiert sowie mit Ablieferbeleg Kasse oder Sortenzettel einzulegen. Danach ist die Schutzfolie zu lösen und der Safebag durch zusammenpressen zu versiegeln.

Der Mitarbeiter erhält eine Quittung für die Ablieferung:

- Einzahlungsbeleg aus EWT
- Bei Ablieferung im Reisezentrum: per Stempel (Ort, Datum) und Unterschrift

Die Ablieferung gilt als richtig, wenn sie im Zahlungsausgleich bestätigt wurde.

#### 1.3.1 Versiegelte Safebags

Grundsätzlich dürfen einmal versiegelte Safebags nicht wieder geöffnet werden. Die Öffnung selbst befüllter Safebags ist nur aus wichtigen Gründen und unter Einhaltung folgender Verfahrensschritte zulässig:

- Neuen Safebag mit allen für die Ablieferung erforderlichen und zutreffenden Angaben beschriften
- Hinweis: „Ersatzsafebag zu Safebag-Nr. ... “ anbringen
- Geöffneten Safebag vollständig entleert mit Ablieferung in neuen Safebag einlegen und neuen Safebag versiegeln

Beachte: Safebags anderer Mitarbeiter dürfen nicht geöffnet werden!



## 1.4 Ablieferungszeitpunkte

Eine Ablieferung ist zu jeder Zeit möglich spätestens, wenn Aufforderung durch das MT / die Mosaik Vertriebstechnik erfolgt. Dies geschieht in folgenden Fällen:

- Maximal 100,00 € Kassenhöchstbetrag
- Erfolgt innerhalb 24 Std keine Ablieferung, wird MT für den Verkauf gesperrt
- Ablieferbetrag gemäß Vorgabe MT
- Spitzablieferung nach besonderer Aufforderung zweimal jährlich durchführen

Es werden immer zwei Ablieferbelege gedruckt:

- Ablieferbeleg Kasse
- Beleg mit abzuliefernden Einnahmen, der in den Safebag eingelegt werden muss

Der Safebag wird nach Ausdruck der Ablieferbelege in den nächstmöglichen EW eingeworfen.

### 1.4.1 Ablieferung manueller Verkauf

Ablieferung unverzüglich:

- bei Erreichen des Kassenhöchstbetrags von max. 100,00 €
- spitz abliefern
- Sortenzettel mit Urschrift und Durchschrift/Zweitschrift fertigen
- Urschrift mit Ablieferung in Safebag/Kassette einlegen
- Durchschrift/Zweitschrift bei Abrechnung anstelle Bargeld abliefern
- Eintragung in Verbrauchsnachweis und Ablieferung (mit Verbrauchsnachweis)

### 1.4.2 Störung EWT

Erfolgt nach Einwurf des Safebags keine Ausgabe eines Einzahlungsbelegs:

- Vermerk auf Ablieferbeleg Zub (Datum/Ort) und zeitnahe Abgabe im Reisezentrum

### 1.4.3 Aufbewahrung Barbestand/MT / Mosaik Vertriebstechnik bei fehlender Möglichkeit zur Abgabe

Dienstgeldbörse und MT / Mosaik Vertriebstechnik sind sicher zu verwahren und vor unberechtigtem Zugriff zu schützen. Sofern möglich, sicherheitshalber eine zusätzliche Safebagablieferung vornehmen bei vorhandenem EWT oder geöffnetem RZ.

### 1.4.4 Unregelmäßigkeiten


Bei Unregelmäßigkeiten informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend.

## Anhang 2 zur Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren: Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a – **Ausbildungsplan** **Servicemitarbeiter im Zug**

Theoretischer Ausbildungsplan Servicemitarbeiter im Zug							
	Name		Meldestelle		Im Auftrag		
	Trainer Subunternehmen		organisiert von Subunternehmen		DB Regio AG Region Mitte		
	(Mitarbeiter Subunternehmen)		(Subunternehmen)				
	(Mitarbeiter Subunternehmen)		(Subunternehmen)				
	(Mitarbeiter Subunternehmen)		(Subunternehmen)				
	(Mitarbeiter Subunternehmen)		(Subunternehmen)				
A - Allgemeine Module MA -Angebote und DB Tarif MR- Regelwerk und Prozesse M- weitere Marketingmodule V- Verhaltensmodule E- Ergänzungsmodule Farbig markierte Stellen bedeuten zusätzlichen bzw. regional unterschiedlichen Unterricht (im Vergleich Freiburg)							
	Modul	Bezeichnung	Dauer (U Stunden)	Praxis	Ausbilder	Ort	Beginn
Tag 1	GSE	Allgemeine Grundlagen und Organisation DB AG	6				
	A1 + A3	Ziele und Besonderheiten DB Regio	2				
Tag 2	A2	Arbeitsschutzunterweisung UVV (GUV)	4				
	MR 5	Kassendienstliche Bestimmungen	4				
Tag 3	V4 + V11	Sozial und Konfliktverhalten + Serviceseminar	6				
	MV 0	Basiswissen Verkehrsverbünde	2				
Tag 4	MV 6	Verkehrsgeografie	2				
	MR 1	Rechtsgrundlagen / Beförderungsbedingungen	6				
Tag 5	MR 1	Rechtsgrundlagen / Beförderungsbedingungen	8				
Tag 6	MA 1	Fahrscheintarife - Regelangebote	8				
Tag 7	MA 1	Fahrscheintarife - Regelangebote	8				
Tag 8	MA 4 + MA 5	Fahrscheintarife sonstige (Rail&Fly, Touristik, Bundeswehr, int. Verkehr, sonstige Angebote)	4				
Tag 9	MR 3	Fahrgastrechte / Taxi- und Hotelgutschein	8				
Tag 10	MR 2	Fahrkarten prüfen	2				
	Mosaik	Erstunterweisung Mosaik	6				
Tag 11	BWT	BW - Tarif	4				
	DT	Deutschlandtarif	4				
Tag 12	MVx	Tarifbestimmungen KVV	4				
	Verkehrsverbünde	Tarifbestimmungen TGO	4				
Tag 13	MVx	Tarifbestimmungen VSB	4				
	Verkehrsverbünde	Tarifbestimmungen RVF	4				
Tag 14	MVx	Tarifbestimmungen RVF	4				
	Verkehrsverbünde	Tarifbestimmungen RVL	4				
Tag 15	MFN	Fahrpreisnacherhebung	4				
	Mosaik	Mosaik Anwendung	4				
Tag 16	Mosaik	Praktische Anwendung	8				
Tag 17	Mosaik	Mosaik praktische Anwendung	4				
	Praxiseinsatz	Praxiseinsatz unter Überwachung		4			
Tag 18	EX 4	Selbstrettung DB Regio	4				
	EX 5	Notfallmanagement	4				
Tag 19	MSF	Serviceeinrichtungen im Zug / Bahnhof		8			
Tag 20	Prüfungsvorbereitung	Fahrzeugeinweisungen BR 463 und BR 1440					
Tag 21	Prüfung	Vorbereitung	5				
		Prüfung schriftlich	4				
Tag 22	Praxiseinsatz	Praxiseinsatz unter Überwachung		8			
Tag 23	Praxiseinsatz	Praxiseinsatz unter Überwachung		8			
Tag 24	V 12	Deeskalationstraining	8				
Tag 25 - 31	V 3	Umgang mit psychisch belastenden Ereignissen	8				
Tag 25 - 31	Praxisfahrten	Mitfahrt im Zug		48			
Tag 32	Prüfung	Prüfung praktisch		4			
Tage			Theorie (U Stunden)	Praxis (U Stunden)			Gesamt (U Stunden)
32			165	80			245

\* Der Ausbildungsplan ist erstellt anhand der Vorgaben und Planung des Einsatzes von qualifiziertem Personal des Subunternehmens. Die Vorgaben beinhalten im engeren Sinne die Vorqualifizierung des dafür vorgesehenen Personals im Bereich Kundenkontakt und Kundenservice.  
Bei fehlenden Qualifikationen kann sich die Ausbildung entsprechend verlängern.

## Anhang 3 zur Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren: Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a – **Ausbildungsplan** **Train the Trainer**

Ausbildungskurs Train the Trainer							
	Name		Meldestelle		DB Regio AG Region Mitte 		
	KIN Trainer DB Regio						
	(Qualifizierter Trainer als TN des Subunternehmens)		(Subunternehmen)				
	(Qualifizierter Trainer als TN des Subunternehmens)		(Subunternehmen)				
	(Qualifizierter Trainer als TN des Subunternehmens)		(Subunternehmen)				
A - Allgemeine Module MA -Angebote und DB Tarif MR- Regelwerk und Prozesse M- weitere Marketingmodule V- Verhaltensmodule E- Ergänzungsmodule Farbig markierte Stellen bedeuten zusätzlichen bzw. regional unterschiedlichen Unterricht (im Vergleich Freiburg)							
	Modul	Bezeichnung	Dauer (U Stunden)	Praxis	Ausbilder	Ort	Beginn
Tag 1	GSE	Allgemeine Grundlagen und Organisation DB AG	6				
	A1 + A3	Ziele und Besonderheiten DB Regio	2				
Tag 2	A2	Arbeitsschutzunterweisung UVV (GUV)	4				
	MR 5	Kassendienstliche Bestimmungen	4				
Tag 3	V4 + V11	Sozial und Konfliktverhalten + Serviceseminar	6				
	MV 0	Basiswissen Verkehrsverbünde	2				
Tag 4	MV G	Verkehrsgeografie	2				
	MR 1	Rechtsgrundlagen / Beförderungsbedingungen	6				
Tag 5	MR 1	Rechtsgrundlagen / Beförderungsbedingungen	8				
Tag 6	MA 1	Fahrscheintarife - Regelangebote	8				
Tag 7	MA 1	Fahrscheintarife - Regelangebote	8				
Tag 8	MA 2 + MA 3	Fahrscheintarife sonstige (Rail&Fly, Touristik,	4				
	MA 4 + MA 5	Bundeswehr, int. Verkehr, sonstige Angebote)	4				
Tag 9	MR 3	Fahrgastrechte / Taxi- und Hotelgutscheine	8				
Tag 10	MR 2	Fahrkarten prüfen	2				
	Mosaik	Erstunterweisung Mosaik	6				
Tag 11	BWT	BW - Tarif	4				
	DT	Deutschlandtarif	4				
Tag 12	MVx	Tarifbestimmungen KVV	4				
	Verkehrsverbünde	Tarifbestimmungen TGO	4				
Tag 13	MVx	Tarifbestimmungen VSB	4				
	Verkehrsverbünde	Tarifbestimmungen RVF	4				
Tag 14	MVx	Tarifbestimmungen RVF	4				
	Verkehrsverbünde	Tarifbestimmungen RVL	4				
Tag 15	MFN	Fahrpreisnacherhebung	4				
	Mosaik	Mosaik Anwendung	4				
Tag 16	Mosaik	Praktische Anwendung	8				
Tag 17	Mosaik	Mosaik praktische Anwendung	4				
	Praxisinsatz	Praxisinsatz unter Überwachung		4			
Tag 18	EX 4	Selbstrettung DB Regio	4				
	EX 5	Notfallmanagement	4				
Tag 19	MSF	Serviceeinrichtungen im Zug / Bahnhof		8			
		Fahrzeugeinweisungen BR 463 und BR 1440					
Tag 20	Prüfungsvorbereitung	Vorbereitung	5				
Tag 21	Prüfung	Prüfung schriftlich	3				
Tag 22	Praxisinsatz	Praxisinsatz unter Überwachung		8			
Tag 23	Praxisinsatz	Praxisinsatz unter Überwachung		8			
Tag 24	Prüfungsvorbereitung	Vorbereitung Praxis		5			
Tag 25	Prüfung	Prüfung praktisch		3			
Tag			Theorie (U Stunden)	Praxis (U Stunden)			Gesamt (U Stunden)
23			148	36			184

\* Der Ausbildungsplan ist erstellt anhand der Vorgaben und Planung des Einsatzes von qualifiziertem Personal des Subunternehmens.  
Die Vorgaben beinhalten im engeren Sinne die Vorqualifizierung des dafür vorgesehenen Personals als Ausbilder, Trainer o. Ä. mit entsprechender Qualifizierung oder Erfahrung im Ausbilden, im Bereich Kundenkontakt und Kundenservice.  
Bei fehlenden Qualifikationen verlängert sich die Ausbildung entsprechend.

## **Anhang 4** zur Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren: Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a - **Kassenverfahren** **Mobiler Verkauf - DB Regio Schiene**



2613005\_V3\_0\_DE.p  
df

Kassenverfahren

Mobiler Verkauf

DB Regio Schiene

261.3005

Gültig ab: 01.01.2025

Herausgegeben von: R.RRB 11 Kompetenzmanagement KiN | DB Regio AG

Wie lese ich das Handbuch?

Dieses Handbuch ermöglicht dir schnellen Zugriff auf alle wichtigen Informationen während deiner Schicht. Dank der optimierten Darstellung kannst du einfach auf deinem Tablet durch die Kapitel navigieren. Die Inhalte führen dich durch die Grundsätze zum Umgang mit Arbeitsmitteln im mobilen Verkauf, Bargeld und der Schichtabrechnung sowie den Umgang mit Unregelmäßigkeiten. Über gelangst du jederzeit zurück zum Inhaltsverzeichnis, um gezielt die benötigten Informationen zu finden.

Geltungsbereich

Diese Richtlinie gilt für alle Kassenbeschäftigten der DB Regio Schiene.

Kassenbeschäftigte im Sinne des Regelwerks Kassenverfahren sind Mitarbeitende, die mit baren und unbaren Zahlungsmitteln sowie Belegen im Kassengeschäft (z. B. Abrechnungsbelege, Fahrkarten, Gutscheine) arbeiten.

Ziel

Ziel dieser Richtlinie ist es, Vorgaben aus der Basisrichtlinie Kassenverfahren 261.3000, insbesondere den Umgang mit Bargeld, unbarer Zahlung und Belegen zu konkretisieren. Darüber hinaus dient diese als Grundlage für weiterführende Regelungen und ist handlungsweisend für die definierte Zielgruppe.

Gender-Erklärung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Nachfolgenden die Sprachform des generischen Maskulinums angewandt. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll. Diese Erklärung gilt auch für die Anlagen dieser Richtlinie.

Inhaltsverzeichnis

1 Grundsätze ..... 4

1.1 Haftungsgrundsätze und Pflichten des Kassenbeschäftigten ..... 5

1.2 Umgang mit Arbeitsmitteln im mobilen Verkauf ..... 5

1.3 Verkaufskarte ..... 6

1.4 Zugelassene Zahlungsmittel ..... 6

1.5 Umgang mit Bargeld ..... 7

1.6 Abrechnung der Schicht und Belege ..... 8

1.7 Ablieferung von Bargeld und Umgang mit Belegen ..... 9

2 Unregelmäßigkeiten ..... 10

2.1 Unregelmäßigkeiten bei Arbeitsmitteln ..... 11

2.2 Unregelmäßigkeiten mit Geld und Belegen ..... 12

2.3 Kassendifferenzen ..... 13

## 1 Grundsätze

### 1.1 Haftungsgrundsätze und Pflichten des Kassenbeschäftigten

### 1.2 Umgang mit Arbeitsmitteln im mobilen Verkauf

### 1.3 Verkaufskarte

### 1.4 Zugelassene Zahlungsmittel

### 1.5 Umgang mit Bargeld

### 1.6 Abrechnung der Schicht und Belege

### 1.7 Ablieferung von Bargeld und Umgang mit Belegen

### 1.1 Haftungsgrundsätze und Pflichten des Kassenbeschäftigten

## Verantwortung

Alle Kassenbeschäftigten sind für die Einhaltung der Vorgaben aus dieser Richtlinie verantwortlich. Es liegt in deiner Verantwortung als Kassenbeschäftigter dich ergänzend zu dieser Richtlinie über Arbeitsanweisungen, weitere Gebrauchs- und Bedienungsanweisungen (z. B. Mobiles Terminal) zu informieren und diese einzuhalten. Es liegt in der Verantwortung des Leiters der Organisationseinheit, dass die Vorgaben der Richtlinie eingehalten werden. Weitere Arbeitsanweisungen sind so zu gestalten, dass diese der Richtlinie nicht widersprechen, die Anforderungen nachweislich eingehalten und erforderliche Kontrollen durchgeführt werden.

## Grundsatz und Haftung

Die Haftung der Kassenbeschäftigten ist jeweils rechtlich begründet. Kassenbeschäftigte haften für den bei der Arbeitsleistung von ihnen verursachten Schaden nach den jeweils geltenden gesetzlichen und tariflichen Regelungen. Widerrechtliche Handlungen im Kassengeschäft werden arbeitsrechtlich, ggf. strafrechtlich, bei Beamten disziplinarisch und ggf. strafrechtlich verfolgt.

Deine Pflichten als Kassenbeschäftigter sind:

- den Bestand an Bargeld einschließlich Wechselgeld so niedrig wie möglich zu halten und stets vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen,

- den Kassenbestand (Fahrgeldeinnahmen, Einnahmen aus manuellen Geschäftsvorfällen, stornierte Fahrkarten, Gutscheine und Wechselgeld) sicher sowie von privaten Geldern getrennt, beispielsweise in der dienstlichen Geldbörse, aufzubewahren - jede Zweckentfremdung des Kassenbestandes ist untersagt,
- bei der Erledigung der dir übertragenen Aufgaben Kassendifferenzen zu vermeiden, Fehlerquellen frühzeitig zu untersuchen und den Mangel rechtzeitig abzustellen, bevor eine Kassendifferenz auftritt,
- Kassendifferenzen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufzuklären und präventiv tätig zu werden, um diesen in Zukunft wirksam zu begegnen,
- den durch die Gesellschaft berechtigten Kassenprüfer jede erforderliche Auskunft zu geben und alle Unterlagen zur Prüfung bereit zu stellen.

#### Nachweis der jährlichen Wiederholungsbelehrung

Die Wiederholungsbelehrung über die Pflichten und Haftung eines Kassenbeschäftigten kann über alternative Vordrucke (z. B. Teilnehmerliste) bzw. Verfahren nachgewiesen werden.

### 1.2 Umgang mit Arbeitsmitteln im mobilen Verkauf

#### Arbeitsmittel

Kassenbeschäftigte im mobilen/stationären Verkauf verfügen in der Regel über:

- Mobiles Terminal (Smartphone und Peripheriegeräte)
- Verkaufskarte
- Wertbehälter, z. B. Geldbörse
- Wertpapierrollen
- Geld-Safebags

Die Arbeitsmittel sind sicher aufzubewahren und vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen.

#### Belegverwaltung

Wertpapierrollen (max. 15 Stück) sind über den Materialschrank oder den zuständigen Materialverwalter erhältlich. Sie sind wie Bargeld zu behandeln.

### 1.3 Verkaufskarte

Um Bargeldeinnahmen abzuliefern und die Verkäufe in den Verkaufssystemen abrechnen zu können, werden Verkaufskarten benötigt. Sie dienen der Zuordnung von Ablieferungen zu einer Person.

#### Grundsatz

Verkaufskarten sind pfleglich zu behandeln, nicht zu beschriften, von elektrischen sowie von magnetischen Quellen fernzuhalten.

#### Bestellung und Rückgabe

Verkaufskarten werden durch die Initialbestellung der Mosaik-Endgeräte beauftragt. Bei einem Wechsel der Einsatzstelle/Tätigkeit oder bei Austritt ist eine Rückgabe der Verkaufskarte beim Personalverantwortlichen vorzunehmen.

### 1.4 Zugelassene Zahlungsmittel

Zugelassene Zahlungsmittel sind:

- Eurobanknoten und Euromünzen,
- die von den elektronischen Verkaufsgeräten akzeptierten unbaren Zahlungsmittel
- Gutscheine (z. B. Überzahlungsgutscheine)

#### Unbare Zahlungsmittel

Biete grundsätzlich die unbare Zahlung an. Das Mobile Terminal prüft die akzeptierten Kredit- und Debitkarten auf Gültigkeit und Deckung. Händige den Reisenden immer den „Kundenbeleg/Kartenzahlung“ aus, auch wenn die Zahlung storniert wurde.

#### Überzahlungsgutschein

Anstelle des Wechselgeldes kannst du einen Überzahlungsgutschein ausstellen. Beim Fahrkartenverkauf musst du einen Überzahlungsgutschein anstelle von Bargeld anrechnen.

### 1.5 Umgang mit Bargeld

Kassenvorgänge für den eigenen Bedarf sind nicht gestattet (z. B. Fahrkartenverkauf, Einlösen von Gutscheinen). Im Bedarfsfall wendest du dich an andere Kassenbeschäftigte.



## Wechselgeld

Als Kassenbeschäftigter mit Wechselgeldberechtigung kannst du bei Schichtende nach dem Abliefernorschlag am Mobil Terminal das restliche Bargeld als Wechselgeld in die Folgeschicht mitnehmen. Eine Spitzablieferung z. B. vor längerer Abwesenheit ist jederzeit möglich.

Als Kassenbeschäftigter ohne Wechselgeldberechtigung lieferst du bei Schichtende grundsätzlich das gesamte Bargeld ab und startest die Folgeschicht mit einem Kassenbestand von 0,00 €.

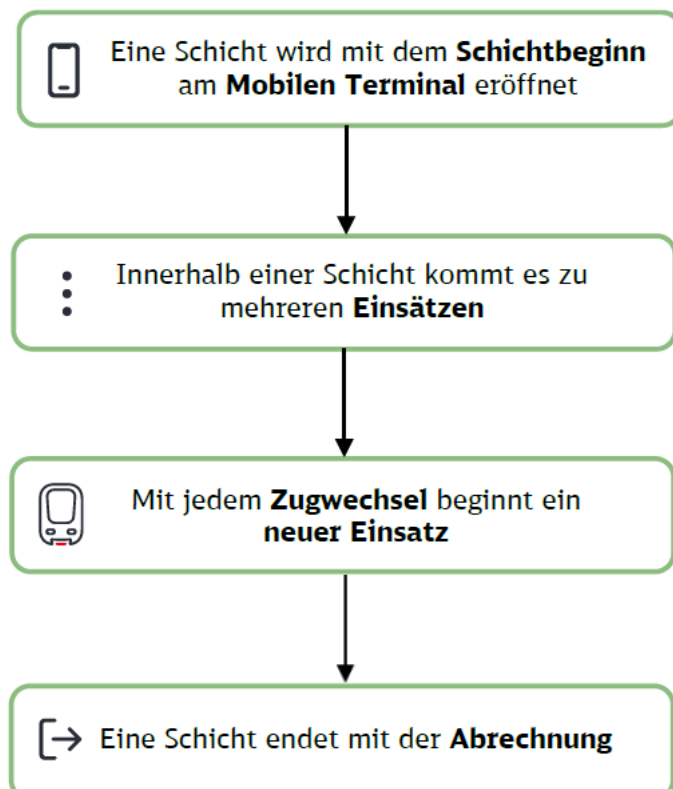
## Jährliche Inventur

Als Kassenbeschäftigter mit Wechselgeldberechtigung bist du einmal im Kalenderjahr inventurpflichtig.

Liefere dazu spitz ab und schließe die reguläre Schicht (keine Supportfälle/ Datenrettung/Kassendifferenzen). Die Inventur war erfolgreich, wenn die Kassenprüfung die Schicht erfolgreich geprüft hat.

## 1.6 Abrechnung der Schicht und Belege

### Schicht



## Schichtabschluss

Für die Abrechnung der Schicht und Belege ist ein Schichtabschluss unter Eingabe der geforderten Informationen durchzuführen. War der Schichtabschluss erfolgreich, wird der Vorgang beendet und die Schicht wird in der Schichthistorie als anerkannt angezeigt. Konnten beim Schichtabschluss Fotonachweise nur teilweise oder nicht erbracht werden, müssen die Fotonachweise per E-Mail an

abrechnungspruefer.AMV@deutschebahn.com geschickt werden (Supportfall/gerettete Schichten).

- ➔ Digitalisierte Belege müssen bis zur erfolgreichen Prüfung der Schicht aufbewahrt und anschließend qualifiziert vernichtet werden.

## Verkaufsnachweis

Der Verkaufsnachweis zeigt alle Vorgänge der Schicht. Wird deine Schicht von der Abrechnungsprüfung nicht anerkannt, meldet sich diese bei dir.

## Abrechnungsfrist

Die Abrechnung ist grundsätzlich jederzeit möglich. In der Regel beträgt deine Abrechnungsfrist 14 Tage. Ausnahmen, die darüber hinaus gehen, musst du beim Personalverantwortlichen begründet beantragen. Solltest du auf Grund einer Abwesenheit (z. B. Urlaub) die Abrechnungsfrist überschreiten, führe einen Schichtabschluss am Ende der letzten Schicht durch.

## 1.7 Ablieferung von Bargeld und Umgang mit Belegen

Grundsätzlich kannst du jederzeit im Rahmen des Schichtabschlusses Bargeld abliefern. Sofern die Kriterien zur Ablieferung von Bargeld erfüllt sind, liefert dir das Mobile Terminal einen Abliefervorschlag. Eine Ablieferung ist spätestens erforderlich, wenn:

- ➔ der Kassenhöchstbestand von maximal 400,00 € (Standardwert) erreicht ist
- ➔ keine Wechselgeldberechtigung vorhanden ist.

## Ablieferung von Bargeld

Liefere die Bargeldeinnahmen unverzüglich (spätestens innerhalb von 24 Stunden) in den nächstmöglichen Einwurftresor (EWT) ab. Hierfür druckst du zunächst den Ablieferbeleg Kasse am Mobil Terminal aus und legst diesen mit dem Bargeld in den Geld-Safebag.

Vermerke vor Ablieferung folgende Informationen auf dem Geld-Safebag:

- ➔ eigene Verkaufskartennummer (Kundennummer)
- ➔ Ablieferort (Tresorstandort gem. Aufschrift am EWT)
- ➔ Datum
- ➔ Dieser ist zu versiegeln und darf nicht wieder geöffnet werden.

#### Ausnahme Ablieferung DB Reisezentrum

Die Ablieferung von Bareinnahmen in DB Reisezentren erfolgt ausschließlich im Ausnahmefall. Dabei ist zu beachten, dass:

- ➔ das Reisezentrum nur Bargeld im verschlossenen Geld-Safebag annimmt.
- ➔ nach Ablieferung der Tagesstempel, der Name und die Unterschrift des annehmenden Mitarbeiters im Reisezentrum auf der Ersatz-Tresorquittung anzubringen ist. Die Ersatz-Tresorquittung ersetzt nicht den Ablieferbeleg und dient lediglich dem Nachweis der Ablieferung in einem DB Reisezentrum.
- ➔ nicht in jedem Reisezentrum die Möglichkeit zur Ablieferung von Bargeldeinnahmen besteht.

#### Spitzablieferung

Bei einer Spitzablieferung ist bei Schichtende einer regulären Schicht der komplette Kassenbestand abzuliefern und die Schicht mit einem Kassenbestand von 0,00 € zu beenden.

Vor einer längeren Abwesenheit ist spätestens nach 6 Wochen der gesamte Bargeldbestand abzuliefern (Spitzablieferung).

In allen Fällen, in denen du die oben genannten Fristen nicht einhalten kannst, informierst du deinen Personalverantwortlichen unmittelbar über die ausstehende Ablieferung und vereinbarst eine alternative Möglichkeit.

## 2 Unregelmäßigkeiten

### 2.1 Unregelmäßigkeiten bei Arbeitsmitteln

### 2.2 Unregelmäßigkeiten mit Geld und Belegen



### 2.3 Kassendifferenzen

### 2.1 Unregelmäßigkeiten bei Arbeitsmitteln

#### Supportschicht

Ist durch eine Störung der Verkaufstechnik die Abrechnung der Schicht und die Digitalisierung der Belege sowie die Ablieferung der Bargeldeinnahmen nicht möglich, sind diese sicher aufzubewahren und vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen.

Nach einer geretteten Schicht oder einer Supportschicht ist in der Folgeschicht (Ersatzschicht) der Kassenbestand zu prüfen und ggf. die Ablieferung nachzuholen sowie die Belege zu digitalisieren.

 <b>Szenario</b>	 <b>Maßnahme</b>
Supportfall ohne Gerätetausch	⇒ Führe eine Datensynchronisation durch, dann erreicht die Schicht den Status „Daten gerettet“
Supportfall mit Gerätetausch	⇒ Sende einen Kommentar zur offenen Schicht an den Abrechnungsprüfer, damit dieser die offene Schicht am MT-Server ohne Datenrettung schließt
Schichtobergrenze erreicht	⇒ Rufe die Mosaik-Hotline an

#### Verlust

Melde den Verlust von folgenden Arbeitsmitteln unverzüglich der Mosaik-Hotline sowie schriftlich dem Personalverantwortlichen:

- ➔ Mobiles Terminal (Smartphone und Peripheriegeräte)
- ➔ Verkaufskarte (fülle dazu den Vordruck 261.3000V10 aus)
- ➔ Wertpapierrollen
- ➔ Fahrkarten
- ➔ Überzahlungsgutscheine
- ➔ jegliche Belege, die entweder entwertet und/oder storniert werden sollen

#### Diebstahl

Bei Diebstahl von Mobilem Terminal, Fahrkarten, Wertpapierrollen oder Gutscheinen ist ergänzend zu den Verlustregelungen eine Strafanzeige bei der Polizei zu stellen und dem Personalverantwortlichen in Kopie zu übergeben.

#### Wertpapierrollen

Buche unbrauchbare Wertpapierrollen (beschädigte, befleckte, geringe Restbestände) bis 30 cm digital aus. Streiche den zu vernichtenden Beleg mit einem Kugelschreiber der Länge nach durch und fotografiere diesen anschließend mit der Mosaik-Anwendung. Eine Vernichtungserklärung entfällt für diese Fälle.

Bei einer Länge größer 30 cm erstellst du im 4-Augen-Prinzip mit deinem Personalverantwortlichen eine Vernichtungserklärung in der Mosaik-Anwendung. Die ausgefüllte und unterschriebene Vernichtungserklärung digitalisierst du bei Schichtende.

#### Abwesenheit

Spätestens nach einer 6-monatigen Abwesenheit gibst du deine Peripheriegeräte zurück.

## 2.2 Unregelmäßigkeiten mit Geld und Belegen

#### Falschgeldverdacht

Weise Eurobanknoten und Euromünzen, an deren Echtheit du Zweifel hast bzw. die dir bekannten Sicherheitsmerkmale nicht erfüllen, zurück.

#### Meldeweg bei Falschgeld und Diebstahl von Bargeld

Verständige unverzüglich die Polizei über die dir bekannte Meldekette (siehe KiN Handbuch) sowie den Personalverantwortlichen. Stelle eine Strafanzeige zu dem Vorfall und liefere das Falschgeld bei der örtlichen Polizei ab.

#### Beschädigtes Geld und Überzahlungsgutscheine

Akzeptiere beschädigte Eurobanknoten und Überzahlungsgutscheine, wenn dir mehr als die Hälfte vorliegt. Zusammengeklebte Eurobanknoten und Überzahlungsgutscheine können angenommen werden, wenn sie vollständig sind, die Zusammengehörigkeit der geklebten Teile einwandfrei feststeht und bei Eurobanknoten die Seriennummern übereinstimmen.

#### Eigensicherung

Die Annahme von vermeintlich falschem oder beschädigtem Geld kann je nach situativer Gefährdungseinschätzung erfolgen. Beachte hierzu auch die Regelungen zur Eigensicherung im KiN Handbuch 60120.

#### Stornierung

Es können nur in der eigenen Schicht gedruckte Fahrkarten storniert werden. Du kannst eine verkaufte Fahrkarte innerhalb von 60 Minuten nach Verkauf stornieren. Nach einem Einsatzwechsel kannst du die Fahrkarte (Änderung der Zugnummer) nicht mehr stornieren.

Ist die Fahrkarte mit Bargeld oder mit Überzahlungsgutscheinen bezahlt worden, kannst du den Betrag entweder in bar oder als Überzahlungsgutschein zurückzahlen. Streiche den zu entwertenden Beleg mit einem Kugelschreiber der Länge nach durch und digitalisiere diesen mit der Mosaik-Anwendung.


- ➔ Bei Komplettstornierung (Vollstorno) unbar bezahlter Fahrkarten händige dem Reisenden immer den „Kundenbeleg Storno“ aus.

## 2.3 Kassendifferenzen

Kassendifferenzen sind Abweichungen des erwarteten Kassenbestandes (SOLL) zum tatsächlich ermittelten Kassenbestand (IST). Hierzu zählen Kassenüberschüsse, Kassenfehlbeträge oder Belegdifferenzen.

Der Personalverantwortliche verantwortet den Umgang mit Kassendifferenzen (gem. 261.3005A02). Im Bedarfsfall berät der Qualitätssicherer Kassenprozesse (QSK).

Kassendifferenzen werden nach folgenden Arten unterschieden:

- Kassendifferenzen im Verkaufsgeschäft  
Stellst du als Kassenbeschäftigter eine Differenz fest, beachte folgendes:
  -  Dokumentiere die Kassendifferenz vollständig
  - Liefere den Kassenüberschuss komplett ab.
  - Kläre deine Kassendifferenz unmittelbar auf und melde dies deinem Personalverantwortlichen per E-Mail (Datum, Verkaufsschicht, Schalturnummer, Betrag und Differenzgrund). Alternativ kannst du den Vordruck „Meldung einer Kassendifferenz“ (261.3000V03) gemeinsam mit deinem Personalverantwortlichen ausfüllen.
  - Du kannst den Kassenfehlbetrag innerhalb der Schicht ausgleichen, indem du das fehlende Bargeld dem Kassenbestand zufügst und den Fehlbetrag korrigierst.
  - Wenn du die Kassendifferenz nicht ausgleichst, gebe eine Begründung am Mobilien Terminal an. Die Kassendifferenz wird nachgelagert im Einzelfall geprüft und bewertet.
- Kassendifferenzen durch fehlende Safebags

Kommt ein von dir im Mobilien Terminal eingebuchter Safebag nicht beim Wertdienstleister an, kann die Auszahlung nicht durchgeführt werden. Nach der Prüfung und Aufforderung durch deinen Personalverantwortlichen bist du grundsätzlich verpflichtet die Kassendifferenz auszugleichen.

- Safebagdifferenzen

Stimmt der Auszahlungsbetrag nicht mit dem beiliegenden Ablieferbeleg Kasse überein, so ist dies eine Safebagdifferenz. Nach der Prüfung und Aufforderung durch deinen Personalverantwortlichen bist du grundsätzlich verpflichtet die Kassendifferenz auszugleichen.

- Nachträglich festgestellte Differenzen

Dies sind alle bei der Abrechnungsprüfung festgestellten Differenzen.

## **Anhang 5** zur Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren: Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a – **Mitzuführende Gegenstände**

### **Arbeitsvoraussetzungen: mitzuführende Ausrüstungsgegenstände und Dokumente**

#### **Ausrüstung**

Folgende Ausrüstungsgegenstände sind mitzuführen:

- Koffer, Rucksack(-Trolley) oder Tasche
- Mosaik-fähiges mobiles Endgerät wird vom Auftraggeber kostenpflichtig gestellt)
- Mosaik Drucker, SAM Dongel und Fahrscheinrollen, Kartenlesegerät (wird vom Auftraggeber kostenpflichtig gestellt)
- Geldbörse
- Namensschild
- Zangendrucker (wird vom Auftraggeber kostenpflichtig gestellt)
- Vierkantschlüssel (wird vom Auftraggeber kostenpflichtig gestellt)
- Schlüssel für relevante Fahrzeuge (wird vom Auftraggeber kostenpflichtig gestellt)
- Warnweste
- Prüfausweis
- Hygieneartikel (z.B. Händedesinfektionsgel, Schutz- / Einmalhandschuhe)

#### **Dokumente**

Folgende Dokumente sind mitzuführen und werden vom Auftraggeber kostenfrei gestellt:

- Formulare Fahrgastrechte (mind. 5 Stück)

#### **Informationsmaterial**

Material wird bei Bedarf vom Auftraggeber kostenfrei gestellt:

- Informationsmaterial für Kunden, z.B. zu Baumaßnahmen, Fahrplanänderungen oder touristischen Besonderheiten
- Überreichkarten





# Allgemeine Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beratungs- und Dienstleistungen

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

## 1 Allgemeines, Integritätsklausel

1.1 Diese Vertragsbedingungen des Auftraggebers gelten ausschließlich. Entgegenstehende, ergänzende oder von diesen Bedingungen abweichende Bedingungen des Auftragnehmers werden nur Bestandteil des Vertrages, wenn der Auftraggeber dies ausdrücklich in Schriftform anerkennt. Dies gilt auch für Geschäftsbedingungen, die in Auftrags- oder sonstigen Bestätigungen des Auftragnehmers genannt sind. Die Entgegennahme von Lieferungen/Leistungen stellt keine Annahme von Bedingungen des Auftragnehmers dar. Diese Vertragsbedingungen des Auftraggebers gelten auch dann, wenn der Vertrag mit dem Auftragnehmer in Kenntnis entgegenstehender, ergänzender oder von diesen Vertragsbedingungen des Auftraggebers abweichenden Bedingungen vorbehaltlos ausgeführt wird.

1.2 Die Leistungen haben den im Vertrag vereinbarten Standards und Normen des Auftraggebers zu entsprechen. Der Auftragnehmer gibt dem Auftraggeber unverzüglich eine schriftliche Mitteilung, wenn er Bedenken gegen die vom Auftraggeber gewünschte Art und Weise der Ausführung der Leistung hat oder wenn er sich in der Ausführung seiner Leistung durch Dritte oder durch den Auftraggeber behindert sieht.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Leistungen die Zielsetzung des Vertrages erfüllen und die gebotene Wirtschaftlichkeit berücksichtigt ist.

1.3 Eine vor Abnahme notwendig werdende Überarbeitung erstellter Unterlagen führt der Auftragnehmer ohne Anspruch auf gesonderte Vergütung durch.

1.4 Der Auftragnehmer wird sich an die vertraglichen Vergütungsvereinbarungen halten. Ein Anspruch auf geänderte Vergütung setzt eine Vereinbarung über die Höhe dieser Vergütung vor Ausführung der Leistung voraus, die zu Beweis Zwecken in Schriftform erfolgt.

1.5 Der Auftragnehmer wird seine Leistungen grundsätzlich persönlich oder durch seine Mitarbeiter erbringen. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass ausschließlich fachlich und persönlich geeignete und zuverlässige Mitarbeiter eingesetzt werden, die zu unbedingter Sorgfalt bei der Arbeit zu verpflichten sind. Setzt der Auftragnehmer Subunternehmer ein, muss deren fachliche Qualifikation sichergestellt sein; weiterhin bedarf es dazu der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers, die dieser nicht unbillig verweigern darf. Soweit personenbezogene Daten verarbeitet werden, kann eine Zustimmung aufgrund des Fehlens datenschutzrechtlicher Voraussetzungen verweigert werden.

1.6 Der Auftragnehmer wird die von ihm zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Mitarbeiter oder die vertraglich festgelegten Mitarbeiter nicht ohne sachlichen Grund austauschen. Er hat dazu die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers einzuholen, die nicht unbillig verweigert werden darf. Der Auftraggeber hat in begründeten Fällen das jederzeitige Recht, den Austausch von eingesetzten Mitarbeitern des Auftragnehmers zu verlangen, wenn anderenfalls die Erfüllung des Vertrages gefährdet wäre. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber zu den von ihm zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Mitarbeitern vor Tätigkeitsaufnahme eine Liste sämtlicher eingesetzter Personen, die nach den rechtlichen Bestimmungen eine Arbeitserlaubnis oder eine Erlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit benötigen, mit der Zusicherung übergeben, dass die eingesetzten Personen über einen Nachweis der Zulässigkeit der Beschäftigung verfügen (z.B. Aufenthaltstitel mit Arbeitserlaubnis bzw. Erlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit). In der Personenliste sind folgende Informationen anzugeben: Vor- und Nachname, Staatsangehörigkeit, ausstellende Behörde und deren Gültigkeit (Enddatum) bei erforderlichen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber Änderungen unverzüglich unter Angabe der entsprechenden Informationen in Textform mitteilen. Der Auftraggeber hat ein anlassbezogenes, jederzeitiges Überprüfungsrecht. Zur Überprüfung hat der Auftragnehmer auf Anforderung des Auftraggebers unverzüglich Nachweise zur Personenidentifikation und zu ggf. notwendigen Aufenthaltstiteln mit Arbeitserlaubnis bzw. Erlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit der betroffenen Mitarbeiter vorzulegen. Die vorgenannten Bestimmungen gelten analog für Subunternehmer des Auftragnehmers; der Auftragnehmer wird seine Subunternehmer entsprechend vertraglich verpflichten.

1.7 Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter werden nicht in die Betriebsorganisation des Auftraggebers eingegliedert. Sie unterliegen insoweit nicht der Weisungsbefugnis des Auftraggebers. Gesetzliche Weisungsrechte (z.B. gemäß dem Vergabe-, Datenschutz- oder Eisenbahnrecht sowie zur Einhaltung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung) bleiben hiervon unberührt. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass gegenüber seinen Mitarbeitern durch ihn selbst oder einen von ihm Beauftragten tatsächlich Weisungs- und Aufsichtsbefugnisse wahrgenommen werden.

1.8 Der Auftragnehmer darf keine eigenen oder fremden Unternehmer- oder Lieferanteninteressen wahrnehmen, bei denen es einen Bezug zur beauftragten Leistung gibt.

1.9 Zwischen- und Schlussberichte sowie Präsentationsunterlagen – jeweils in kopiertauglicher Qualität – sind dem Auftraggeber ohne besondere Vergütung zu übergeben. Auf Anforderung des Auftraggebers sind zusätzlich alle Berichte in Form elektronischer Dateien (Word, Excel, PowerPoint, Access) in einem vom Auftraggeber bestimmten Format ohne besondere Vergütung zu übergeben. Der Auftragnehmer oder der von ihm schriftlich benannte Beauftragte hat die Berichte oder anderen Unterlagen als Verfasser unter Angabe des Datums zu unterzeichnen. Auf Wunsch des Auftraggebers stellt der Auftragnehmer seine Ergebnisse ohne zusätzlichen Vergütungsanspruch in Form einer Präsentation dar.

1.10 Die Vertragsparteien verpflichten sich im Rahmen des Vertragsverhältnisses, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption, anderen strafbaren Handlungen sowie sonstigen schweren Verfehlungen zu ergreifen. Sie verpflichten sich insbesondere, in ihren Unternehmen alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um schwere Verfehlungen im In- und Ausland zu vermeiden. Schwere Verfehlungen sind, unabhängig von der Beteiligungsform der Täterschaft, Anstiftung oder Beihilfehandlung

a) schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind. Hierzu zählen strafbare Handlungen, die insbesondere Betrug, Untreue, Urkundenfälschung oder ähnliche Delikte darstellen,

b) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unzulässigen Vorteilen an Beamte, Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Mandatsträger (Bestechung oder Vorteilsgewährung) oder an Vorstände, Geschäftsführer oder sonstige Beschäftigte der Deutsche Bahn AG oder ihrer Konzernunternehmen (Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

c) das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unzulässigen Vorteilen an freiberufliche Tätige, die im Auftrag der Deutsche Bahn AG oder ihrer Konzernunternehmen bei der Auftragsvergabe oder der Auftragsabwicklung tätig sind, z.B. Planer, Berater und Projektsteuerer,

d) im Rahmen der Tätigkeit des Auftragnehmers für die Deutsche Bahn AG oder deren Konzernunternehmen das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unzulässigen Vorteilen an sonstige in- oder ausländische Beamte, Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Mandatsträger oder an Angestellte oder Beauftragte sonstiger geschäftlicher Betriebe im Zusammenhang mit der Anbahnung, Vergabe und Durchführung von Aufträgen Dritter,

e) das zu Zwecken des Wettbewerbs, aus Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebs Schaden zuzufügen, unbefugte Verschaffen, Sichern, Verwerten oder Mitteilen von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, das zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwerten oder Mitteilen im geschäftlichen Verkehr anvertrauter Vorlagen oder Vorschriften technischer Art sowie darüber hinaus die zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwertung oder Weitergabe von im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen des Auftraggebers, auch auf Datenträgern,

f) Verstöße gegen Vorschriften, die dem Schutz des unbeschränkten Wettbewerbs dienen, insbesondere Verstöße gegen kartellrechtliche Kernbeschränkungen i.S.v. Art. 101 AEUV, § 1 GWB (Preis-, Submissions-, Mengen-, Quoten-, Gebiets- und Kundenabsprachen),



## Allgemeine Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beratungs- und Dienstleistungen

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

- g) Verstöße gegen wirtschaftliche Sanktionsmaßnahmen oder das Umgehen von Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Union, sowie gegen sonstige anwendbare nationale, europäische und internationale Embargo- und Außenwirtschaftsvorschriften, sowie
- h) sonstige schwerwiegende Straftaten oder schwere Verfehlungen. Hierzu zählen strafbare Handlungen, die insbesondere terroristische Straftaten, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels oder ähnliche Delikte darstellen.

Eine schwere Verfehlung im vorgenannten Sinne liegt auch vor, wenn Personen, die Beschäftigten, Geschäftsführern oder Vorständen des Deutsche Bahn-Konzerns nahestehen, unzulässige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt werden und wenn konkrete Planungs- und Ausschreibungshilfen geleistet werden, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu unterlaufen.

- 1.11 Wenn der Auftragnehmer oder die von ihm beauftragten oder für ihn tätigen Personen aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er als Schadensersatz 15 % des Nettoauftragswertes zu zahlen, es sei denn, der Auftragnehmer hat den Verstoß nicht zu vertreten. Der Nachweis eines niedrigeren Schadens durch den Auftragnehmer oder eines höheren Schadens durch den Auftraggeber und die entsprechende Geltendmachung bleiben unberührt. Außerdem bleiben sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers unberührt.

- 1.12 Wird im Zusammenhang mit der Abwicklung der Vergabe bzw. der Leistung zum Nachteil des Auftraggebers eine schwere Verfehlung im Sinne der Ziffer 1.10 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers oder eines von ihm beauftragten Subunternehmers begangen, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe zu zahlen, es sei denn, der Verstoß ist nicht vom Auftragnehmer zu vertreten. Sie beläuft sich

- a) auf 7 % des Nettoauftragswertes, soweit die Verfehlung durch einen Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers begangen wurde,
- b) auf 5 % des Nettoauftragswertes, soweit die Verfehlung durch einen Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigten begangen wurde,
- c) auf 2 % des Nettoauftragswertes, soweit die Verfehlung durch andere Mitarbeiter oder Subunternehmer des Auftragnehmers begangen wurde,

mindestens jedoch auf 5.000 €. Die Geltendmachung eines Schadensersatzes durch den Auftraggeber infolge einer begangenen Verfehlung bleibt von der Vertragsstrafe unberührt, wobei in diesem Fall eine verwirkte Vertragsstrafe auf diesen Schadensersatz angerechnet wird.

Eine Vertragsstrafe nach dieser Bestimmung entfällt, soweit eine schwere Verfehlung gemäß Ziffer 1.10 durch einen Subunternehmer des Auftragnehmers begangen und die Auswahl dieses Subunternehmers durch den Auftraggeber zwingend vorgeschrieben wurde und/oder der Auftragnehmer bzw. bei ihm beschäftigte Mitarbeiter, deren Vorstände oder Geschäftsführer oder sonst von ihm eingeschaltete Dritte nicht selbst an der schweren Verfehlung beteiligt sind.

Nicht unter diese Vertragsstrafenregelung fallen die von Ziffer 1.11 erfassten Fälle der unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung und die damit in Tateinheit/Tatmehrheit zusammenfallenden Verfehlungen gemäß Ziffer 1.10. Ziffer 1.11 gilt diesbezüglich abschließend.

- 1.13 Wird nachweislich eine schwere Verfehlung im Sinne der Ziffer 1.10 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer/Vorstand des Auftragnehmers begangen,

- a) ist der Auftraggeber zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt,
- b) kann der Auftragnehmer bei Aufträgen durch die Deutsche Bahn AG und ihrer Konzernunternehmen von der Teilnahme am Wettbewerb für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren ausgeschlossen werden, soweit gesetzlich nicht anders bestimmt. Sofern der Auftragnehmer geeignete und ausreichende Selbstreinigungsmaßnahmen nachweist, kann von einer Sperre abgesehen

werden, wobei Schwere und Umstände des Fehlverhaltens zu berücksichtigen sind.

Der Umfang der Sperre sowie die Wiederzulassung zum Wettbewerb richten sich nach der Richtlinie der Deutsche Bahn AG zur Sperrung von Auftragnehmern oder Lieferanten, die jederzeit beim Auftraggeber eingesehen werden kann.

- 1.14 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Abwehr von schweren Verfehlungen im Sinne von Ziffer 1.10 und der Aufklärung von Verdachtsfällen auf schwere Verfehlungen aktiv mitzuwirken und mit dem Auftraggeber im Rahmen des Vertragsverhältnisses zu kooperieren.

Erlangt der Auftragnehmer Kenntnis von Tatsachen, die den Verdacht auf eine schwere Verfehlung im Sinne von Ziffer 1.10 mit Auswirkungen auf den Auftraggeber begründen, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitzuteilen und, sofern eine solche schwere Verfehlung in der Sphäre des Auftragnehmers liegen kann, den Sachverhalt umgehend aufzuklären. Bestätigt sich der Verdacht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, geeignete konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen zu ergreifen, um die Verfehlung unverzüglich abzustellen und künftige Verfehlungen zu vermeiden. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich in Textform über Verlauf und Ergebnis der Sachverhaltsaufklärung, sowie über die gegebenenfalls getroffenen Maßnahmen.

- 1.15 Auftraggeber und Auftragnehmer geben sich im Rahmen ihrer vertraglichen Beziehungen wechselseitig die Zustimmung zur regelmäßigen Überprüfung ihrer Daten nach den jeweils aktuellen Sanktionslisten, einschließlich der konsolidierten Finanzsanktionsliste der Europäischen Union, des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, des U.S.-amerikanischen Department of the Treasury's Office of Foreign Assets Control („OFAC“), des Office of Financial Sanctions Implementation („OFSI“) des Vereinigten Königreichs und des Schweizer Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). Dabei werden sie sämtliche einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere hinsichtlich der Datenminimierung und der Datensicherheit, beachten.

Der Auftragnehmer erklärt, dass sein Unternehmen, seine Mitarbeiter sowie sämtliche natürlichen oder juristischen Personen, in deren unmittelbarem oder mittelbarem Mehrheitseigentum (50 % und mehr) der Auftragnehmer steht oder die den Auftragnehmer auf andere Weise rechtlich oder tatsächlich, allein oder gemeinsam kontrollieren, nicht auf einer der vorgenannten Sanktionslisten verzeichnet sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass im Geschäftsbetrieb seines Unternehmens die Anforderungen der aktuellen Sanktionen, insbesondere der Finanzsanktionen, Embargomaßnahmen und Außenwirtschaftsvorschriften der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, der Vereinten Nationen, der USA, des Vereinigten Königreichs sowie der Schweiz gewahrt werden. Dazu gehört auch, im Rahmen und im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages keine Geschäftsbeziehungen mit natürlichen Personen, Unternehmen oder Organisationen aufzunehmen oder zu unterhalten, die auf einer der vorgenannten Sanktionslisten verzeichnet sind oder im Eigentum von sanktionierten Personen, Unternehmen oder Organisationen stehen oder von diesen kontrolliert werden und keinerlei Transaktionen mit solchen natürlichen Personen, Unternehmen oder Organisationen vorzunehmen sowie den Auftrag ohne Verwendung von Gütern oder mit sanktionierten Gütern im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, welche nach den vorstehenden Finanzsanktionen, Embargomaßnahmen und Außenwirtschaftsvorschriften der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, der Vereinten Nationen, der USA, des Vereinigten Königreichs sowie der Schweiz sanktioniert sind, zu erfüllen. Weiterhin verpflichtet sich der Auftragnehmer, etwaige bei der Prüfung nach den vorgenannten Sanktionslisten gefundene positive Ergebnisse sowie den Umstand, dass der Auftragnehmer oder natürliche Personen, Unternehmen oder Organisationen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Auftragnehmer steht, zur sanktionierten natürlichen Person, Unternehmen oder Organisation werden, dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitzuteilen.

Die Geltendmachung von Schadensersatz jeglicher Art (insbesondere wegen Verzugs oder wegen Nichterfüllung) und von anderen Rechten durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen, soweit diese im Zusammenhang mit der Beachtung der anwendbaren Sanktionen durch den Auftraggeber steht. Dies gilt nicht, sofern dem Auftraggeber Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorzuwerfen ist.



# Allgemeine Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beratungs- und Dienstleistungen

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

Der Auftraggeber ist im Falle eines Verstoßes gegen die anwendbaren Sanktionen durch den Auftragnehmer oder in dem Fall, dass der Auftragnehmer oder natürliche Personen, Unternehmen oder Organisationen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Auftragnehmer steht, zur sanktionierten Person werden, zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages berechtigt. Weitere Ansprüche bleiben hiervon unberührt. Der Auftraggeber ist im Falle eines positiven Prüfungsergebnisses (Listentreffer) zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages berechtigt.

Die unter dieser Ziffer 1.15 getroffenen Regelungen und Verpflichtungen gelten nur, sofern deren Vereinbarung oder die Abgabe bzw. Einholung einer darauf gestützten Erklärung nicht dazu führen, dass der Auftraggeber oder der Auftragnehmer gegen Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates, gegen § 7 der deutschen Außenwirtschaftsverordnung (AWV) oder gegen ähnliche Anti-Boycott oder Nichtdiskriminierungsvorschriften verstoßen.

## 2 Wahrung der Interessen des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

2.1 Der Auftragnehmer wird im Rahmen der von ihm zu erbringenden Leistungen die Rechte und Interessen des Auftraggebers wahren.

2.2 Zur Vertretung des Auftraggebers ist der Auftragnehmer ohne eine besondere schriftliche Vollmacht des Auftraggebers nicht befugt.

## 3 Ausführung der Leistung, Zusammenarbeit

3.1 Der Auftragnehmer stimmt, soweit zur Vertragsdurchführung erforderlich, die wesentlichen Arbeitsschritte seiner Leistungen vor Beginn der Ausführung und vor endgültiger Erbringung mit dem Ansprechpartner des Auftraggebers ab; die Verantwortung des Auftragnehmers für seine Leistungen bleibt davon unberührt. Der Auftragnehmer gibt dem Auftraggeber zum Stand der Vertragserfüllung ohne besondere Vergütung erforderliche Auskünfte und gewährt ihm auf Anforderung in seinen Geschäftsräumen Einblick in die die Vertragsausführung betreffenden Unterlagen. Geheimhaltungsinteressen des Auftragnehmers sind zu berücksichtigen.

3.2 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber über alle Umstände der Vertragserfüllung unterrichten, deren Kenntnis für den Auftraggeber notwendig ist.

3.3 Bei werkvertraglichen Leistungen liegt die Verantwortung für das Arbeitsergebnis ausschließlich beim Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn die Vertragsparteien ein Projektteam bilden. Sofern die Vertragsparteien bei werkvertraglichen Leistungen ein Projektteam bilden, sind sämtliche Besprechungen des Projektteams zu dokumentieren. Verantwortlich dafür ist der Auftragnehmer; er stellt dem Auftraggeber unverzüglich die jeweiligen Protokolle zur Verfügung. Wird dem Inhalt eines Protokolls nicht innerhalb von zwei Wochen widersprochen, gilt sein Inhalt als richtig.

3.4 Der vom Auftraggeber benannte Ansprechpartner für die Vertragsabwicklung ist ausschließlich zur fachlichen Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer bevollmächtigt. Er ist nicht berechtigt, vertragsgestaltende Erklärungen (z.B. Änderung, Ergänzung, Aufhebung oder Kündigung des Vertrages) abzugeben.

3.5 Die Vertragsparteien unternehmen angemessene Anstrengungen, um die menschenrechts- und umweltbezogenen Bestimmungen aus dem vereinbarten Verhaltenskodex für Geschäftspartner (Code of Conduct) einzuhalten.

3.6 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle verwendeten Stoffe, die unter die EU-Chemikalienverordnung REACH fallen, entsprechend dieser VO und unter Berücksichtigung der vertragsgegenständlichen Verwendung der Stoffe beim Auftraggeber, registriert bzw. zugelassen sind. Dies gilt auch für Auftragnehmer außerhalb der EU. Auf Verlangen des Auftraggebers erbringt der Auftragnehmer bezüglich der Erfüllung der Verpflichtungen geeignete Nachweise.

## 4 Betreten von Bahnanlagen

Hat der Auftragnehmer Leistungen auszuführen, bei denen sich das Betreten der Bahnanlagen im Gefahrenbereich des Eisenbahnbetriebs nicht vermeiden lässt, so hat er dies dem Auftraggeber so rechtzeitig anzuzeigen, dass dieser für die Sicherung sorgen kann. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer über die Gefahren im Betriebsbereich der Eisenbahn und die notwendigen Sicherungsvorkehrungen unterrichten lassen; für die Unterrichtung seiner Mitarbeiter ist der Auftragnehmer verantwortlich. Die Unterrichtung sowie den Empfang von Unterlagen hat der Auftragnehmer zu quittieren.

## 5 Abnahme

5.1 Hat der Auftragnehmer abnahmefähige Leistungen vertragsgemäß erbracht, bietet er sie dem Auftraggeber an und fordert in Textform zur Abnahme auf. Soweit im Vertrag nicht abweichend vereinbart, wird der Auftraggeber innerhalb von 14 Kalendertagen die Abnahme erklären oder sie begründet verweigern.

Sofern der Auftraggeber innerhalb der vorgenannten Frist weder die Abnahme erklärt noch sie verweigert, gilt die Leistung als abgenommen. Die Leistung gilt auch dann als abgenommen, soweit sie vom Auftraggeber produktiv genutzt wird.

5.2 Werden vereinbarte Teilleistungen abgenommen, beschränkt sich die Abnahme auf die jeweilige Teilleistung. Bei Abnahme der letzten Teilleistung wird durch eine Prüfung des Zusammenwirkens aller Teilleistungen die Gesamtleistung abgenommen.

## 6 Abtretung, Aufrechnung

6.1 Dem Auftragnehmer ist untersagt, seine Forderungen gegen den Auftraggeber an Dritte abzutreten. § 354a HGB bleibt unberührt.

6.2 Dem Auftragnehmer stehen keine Zurückbehaltungsrechte zu, soweit sie aus Gegenansprüchen aus anderen Rechtsgeschäften mit dem Auftraggeber herrühren.

6.3 Der Auftragnehmer kann nur mit solchen Forderungen (auch aus anderen Rechtsverhältnissen) aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt worden sind.

6.4 Dem Auftraggeber stehen die Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte ungekürzt zu.

## 7 Rechte an Arbeitsergebnissen, Recht an Daten

7.1 Der Auftragnehmer wird die von ihm anlässlich der Vertragserfüllung zu erbringenden Arbeitsergebnisse (Ziffer 7.2) dem Auftraggeber unmittelbar zur Verfügung stellen. Werden Arbeitsergebnisse in elektronischer Form geschuldet, wird der Auftragnehmer diese in einem branchenüblichen, digitalen Format übermitteln.

7.2 Sämtliche materiellen und immateriellen Ergebnisse, einschließlich aller daran bestehenden gewerblichen Schutz- und Urheberrechte sowie schutzrechtsähnlichen Rechtspositionen, die anlässlich der Vertragserfüllung durch den Auftragnehmer entstehen („Arbeitsergebnisse“), gehören unabhängig von ihrer Form mit dem Moment ihrer Entstehung dem Auftraggeber. Arbeitsergebnisse sind insbesondere, aber nicht nur, Programme, Programmlisten, Hilfsprogramme, Dokumentationen, Unterlagen (insb. zu Schulungszwecken), Protokolle, Zeichnungen und Quellcodes, Handels- und Geschäftsnamen, Domainnamen sowie daran jeweils bestehende Rechtspositionen wie Urheberrechte (einschließlich Rechten an Computersoftware) und abgeleitete Nutzungsrechte, ergänzende Leistungsschutzrechte einschließlich Datenbankschutzrechte, Marken und geschäftliche Bezeichnungen, Designs und Gemeinschaftsgeschmacksmuster, Patente und Gebrauchsmuster, Gebrauchsmuster und Halbleiterschutzrechte, ergänzende Schutzzertifikate, Rechte an Geschäftsgeheimnissen und Know-how; dies jeweils einschließlich etwaiger Anmeldungen und Anwartschaften weltweit. Der Auftragnehmer überträgt hierzu sämtliche Arbeitsergebnisse an den Auftraggeber. Der Auftraggeber nimmt diese Übertragung an. Soweit eine Übertragung von Arbeitsergebnissen auf den Auftraggeber aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ohne besondere Vergütung das ausschließliche, zeitlich unbegrenzte, räumlich und inhaltlich unbeschränkte Recht ein, die Arbeitsergebnisse auf sämtliche – auch bislang noch unbekannte – Nutzungsarten zu verwenden, sie insbesondere zu vervielfältigen, zu veröffentlichen, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, zu bearbeiten oder zu ändern. Der Auftraggeber ist berechtigt, die ihm eingeräumten Rechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen oder Dritten Nutzungsrechte im Wege der Unterlizenz einzuräumen. Der Auftraggeber nimmt die Rechtseinräumung an. § 14 UrhG bleibt unberührt.

7.3 Soweit die Arbeitsergebnisse vorbestehende Rechte und/oder Industriedaten (Ziffer 7.8) des Auftragnehmers oder Dritter enthalten, sichert der Auftragnehmer zu, dass der Auftraggeber diese Rechte und Industriedaten wie vorbeschrieben nutzen darf. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an diesen Rechten und Industriedaten einschließlich sämtlicher Materialien, Techniken und Arbeitsmethoden sowie Know-how ein nicht ausschließliches, im Übrigen aber der vorstehenden Rechtseinräumung (Ziff. 7.2) entsprechendes Nutzungsrecht ein, soweit dies zu der Nutzung von Arbeitsergebnissen erforderlich ist.



## Allgemeine Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beratungs- und Dienstleistungen

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

- 7.4 Der Auftraggeber hat das Recht zur Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse sowie sämtlicher damit in Zusammenhang stehender Unterlagen. Den Namen des Auftragnehmers sowie mitwirkender Dritter muss der Auftraggeber nur bei Branchenüblichkeit angeben. Der Auftragnehmer sichert zu, dass sämtliche mitwirkenden Dritten einen entsprechenden Verzicht auf ihre Nennung erklärt haben und stellt den Auftraggeber von insoweit geltend gemachten Ansprüchen frei. Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 7.5 Der Auftragnehmer wird anlässlich der Vertragserfüllung keine Open Source-Komponenten verwenden, die einen sog. Copyleft-Effekt auslösen. Jede Verwendung von Open Source-Software zur Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen durch den Auftragnehmer bedarf der vorherigen schriftlichen und konkret auf bestimmte Open Source Lizenzbedingungen bezogenen Zustimmung des Auftraggebers.
- 7.6 Der Auftraggeber ist allein berechtigt, Schutzrechtsanmeldungen in Bezug auf schutzrechtsfähige Arbeitsergebnisse vorzunehmen, es sei denn, er verzichtet hierauf gegenüber dem Auftragnehmer ausdrücklich in Schriftform. Über die Erzielung solcher Arbeitsergebnisse wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich unterrichten. Soweit das Gesetz über Arbeitnehmererfindungen (ArbnErfG) auf Arbeitsergebnisse anwendbar ist, wird der Auftragnehmer:
- die Arbeitsergebnisse unbeschränkt nach dem ArbnErfG in Anspruch nehmen und
  - dem Auftraggeber gegen Erstattung der Arbeitnehmererfindervergütung gemäß § 9 ArbnErfG und im Übrigen ohne besondere Vergütung diese Arbeitsergebnisse nach Maßgabe der Ziffer 7.2 verschaffen.
- Die Ausarbeitung von Schutzrechtsanmeldungen übernimmt der Auftraggeber.
- 7.7 Der Auftragnehmer verpflichtet sich in Ergänzung zu Ziffer 11 auch sämtliche Arbeitsergebnisse entsprechend der dort niedergelegten Pflichten zu behandeln, soweit nicht ein Ausnahmefall gemäß Ziffer 11.2 vorliegt.
- 7.8 Sämtliche anlässlich der Vertragserfüllung aufgezeichneten Werte und unmittelbar darauf beruhenden Angaben und Analysen einschließlich aller Ergebnisse von Messungen und Ausgaben von Sensorgeräten und Statistiken, Rohdaten, Analysedaten, elektronischen und/oder schriftlichen Daten, Geodaten, Auswertedaten, Maschinendaten, wie z.B. Betriebs- und Diagnosedaten und Statistiken - unabhängig davon, ob sie durch Mittel (insbesondere Messgeräte) des Auftragnehmers oder des Auftraggebers erhoben worden sind - („Industriedaten“) stehen dem Auftraggeber zu und dürfen ausschließlich durch den Auftraggeber genutzt werden. Bei den Industriedaten handelt es sich um Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers, die nach Maßgabe der Ziffer 11 vertraulich zu behandeln sind. Alle Rechte an Industriedaten stehen ausschließlich dem Auftraggeber zu. Der Auftragnehmer darf Industriedaten nur insoweit erheben, verarbeiten und verwenden, wie der Auftraggeber dem vorher schriftlich zugestimmt hat oder wie dies zur Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen erforderlich ist. Jede darüber hinausgehende Verwertung von Industriedaten oder von aus Industriedaten abgeleiteten Erkenntnissen durch den Auftragnehmer oder die Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 7.9 Die vorstehenden Bestimmungen gelten über die Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- 8 Sachmängelansprüche bei werkvertraglichen Leistungen**
- 8.1 Der Auftragnehmer haftet dafür, dass seine werkvertraglichen Leistungen und Arbeitsergebnisse frei von Mängeln und für den vertraglich vorausgesetzten Zweck geeignet sind.
- 8.2 Die Verjährungsfrist für alle Rechte und Ansprüche aus mangelhafter Leistung beträgt 24 Monate, sofern das Gesetz keine längere Frist vorsieht. Sie beginnt mit der Abnahme. Bei der Abnahme von Teilleistungen beginnt die Verjährungsfrist mit der Abnahme der jeweiligen Teilleistung. Wird eine Teilleistung jedoch vom Auftraggeber genutzt, beginnt diesbezüglich die Verjährungsfrist mit dem ersten Kalendertag der Nutzung.

Soweit nicht anders vereinbart, beginnt die Verjährungsfrist für das Zusammenwirken aller Teilleistungen (Gesamtleistung) mit der Abnahme der letzten Teilleistung.

- 8.3 Bei Mängeln stehen dem Auftraggeber die gesetzlichen Ansprüche und Rechte ungekürzt zu. Aus einer vereinbarten Garantie, die die gesetzlichen Ansprüche des Auftraggebers nicht verkürzen darf, hat dieser die daraus zustehenden Rechte.
- 8.4 Festgestellte Mängel meldet der Auftraggeber dem Auftragnehmer binnen angemessener Frist.
- 8.5 Der Auftragnehmer wird angezeigte Mängel aus der gesetzlichen Mängelhaftung unverzüglich beseitigen. Gerät der Auftragnehmer mit der Mängelbeseitigung in Verzug, findet Ziffer 15.2 entsprechende Anwendung.
- 8.6 Zur Mängelbeseitigung gehört auch die Berichtigung der Dokumentation, sofern die Dokumentation von der Pflichtverletzung bzw. der Nacherfüllung betroffen ist.
- 8.7 Die Verjährungsfrist gemäß Ziffer 8.2 verlängert sich bei berechtigter Mängelrüge um den Zeitraum, während dessen das Arbeitsergebnis wegen des Mangels nicht bestimmungsgemäß genutzt werden kann; dies gilt für das Arbeitsergebnis im Ganzen. Gesetzliche Vorschriften über die Hemmung der Verjährung bleiben unberührt.
- 8.8 Die Kosten der Fehlersuche bei berechtigter gerügten Mängeln trägt der Auftragnehmer. Unterstützt der Auftraggeber den Auftragnehmer nach Abstimmung bei der Suche nach berechtigt gerügten Fehlern, ersetzt der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle nachgewiesenen Aufwendungen, die dem Auftraggeber im Zusammenhang mit der Fehlersuche entstehen.
- 8.9 Der Auftragnehmer ersetzt dem Auftraggeber alle nachgewiesenen notwendigen Aufwendungen, die dem Auftraggeber im Zusammenhang mit der Nacherfüllung entstehen.

### 9 Schutzrechtsverletzungen

- 9.1 Die vom Auftragnehmer erbrachte Leistung hat frei von Rechten Dritter zu sein. Wird die vertragsgemäße Nutzung aufgrund der Verletzung von Schutzrechten Dritter beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer auf seine Kosten dazu verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass die Schutzrechtsverletzung entfällt, gleichwohl aber den vertraglichen Bedingungen entspricht, oder das Nutzungsrecht zu erwirken, so dass die Leistung vom Auftraggeber uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann.
- 9.2 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber auf erstes Anfordern von den Ansprüchen frei, die ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten gegen den Auftraggeber geltend macht, und übernimmt ab dem Zeitpunkt des ersten Anforderns die weitere Auseinandersetzung mit dem Dritten, es sei denn, er hat die Schutzrechtsverletzung nicht zu vertreten. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer dabei im notwendigen Umfang unterstützen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber die damit verbundenen notwendigen und nachgewiesenen Aufwendungen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn gegen ihn Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden. Die Verjährungsfrist für den Freistellungsanspruch beträgt zwei Jahre ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers der anspruchsbegründenden Umstände. Im Übrigen verjährt der Freistellungsanspruch ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von seiner Entstehung an.
- 9.3 Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Mängelhaftung.

### 10 Haftung für Schäden

Die Vertragsparteien haften einander für Schäden

- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit in voller Höhe, und zwar unabhängig von der Schadensart,
- bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten in voller Höhe,
- bei leichter Fahrlässigkeit, insoweit keine vertragswesentlichen Pflichten verletzt werden, bis zur Höhe des vorhersehbaren typischen Schadens; dies gilt jedoch nicht für Personenschäden und Schäden Dritter, für die jeweils in voller Höhe gehaftet wird.





## **Allgemeine Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beratungs- und Dienstleistungen**

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

### **11 Geheimnisschutz, Vertraulichkeit, Datenschutz, Rückgabe von Unterlagen**

- 11.1 Die Vertragsparteien stellen sicher, dass alle Personen, die von ihnen mit der Bearbeitung, Erfüllung oder Abwicklung des Vertrages betraut werden, die gesetzlichen Vorschriften des Datenschutzes sowie des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) einhalten.

Die Vertragsparteien werden darüber hinaus die aus dem Bereich der anderen Vertragspartei erlangten Informationen, Unterlagen oder Gegenstände über personenbezogene Daten, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, sowie als vertraulich gekennzeichnete oder aus sonstigen Gründen als vertraulich zu bewertende Informationen geheimhalten, unabhängig davon, ob die Informationen mündlich, schriftlich oder in sonstiger Weise z.B. digital verkörpert übermittelt wurden.

Diese Verpflichtung gilt unabhängig davon, ob die als vertraulich zu wertenden Informationen entsprechend gekennzeichnet oder technischen oder organisatorischen Schutzmaßnahmen unterworfen sind. Sofern die auszutauschenden Informationen im Einzelfall nicht den Anforderungen eines Geschäftsgeheimnisses nach dem GeschGehG genügen, unterfällt diese Information nach dem Willen der Vertragsparteien dennoch der Geheimhaltungsverpflichtung, sofern es sich für die andere Vertragspartei erkennbar um eine geheim zu haltende Information handelt.

- 11.2 Die Vertragsparteien werden die vertraulichen Informationen geheim halten, angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen zum Schutz vor einem unberechtigten Zugriff treffen und Informationen nicht unbefugt an Dritte weitergeben oder zu anderen als den vertraglich vereinbarten Zwecken verwenden. Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen beinhalten auch an den aktuellen Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DS-GVO) und die Verpflichtung der Mitarbeiter auf die Vertraulichkeit und die Beachtung des Datenschutzes gemäß DS-GVO. Sofern die überlassende Vertragspartei entsprechende Vorgaben für die Geheimhaltung besonders sensibler Informationen entsprechend unterschiedlichen Geheimhaltungsstufen macht, hat die andere Vertragspartei diese Informationen entsprechend dieser Vorgaben zu verwahren. Die Vertragsparteien können von der jeweils anderen Vertragspartei verlangen, über Art und Umfang ihrer Sicherungsmaßnahmen informiert zu werden bzw. diese nachzuweisen. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt nicht für solche Informationen oder Gegenstände, für die die empfangende Vertragspartei nachweisen kann, dass (1) diese zur Zeit ihrer Übermittlung durch die überlassende Vertragspartei bereits insgesamt oder in ihrer Anordnung und Zusammensetzung, den Personen die üblicherweise mit diesen Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne weiteres und ohne Verstoß zugänglich waren, oder (2) ohne einen Verstoß gegen diese Geheimhaltungspflicht zu einem späteren Zeitpunkt allgemein zugänglich werden, oder (3) die von der empfangenden Vertragspartei ohne Nutzung oder Bezugnahme auf die vertraulichen Informationen der anderen Vertragspartei nachweislich selber gewonnen wurden, oder (4) die der empfangenden Vertragspartei auf gesetzliche Weise und ohne Verstoß gegen diese Geheimhaltungsvereinbarung von einem berechtigten Dritten bekannt gemacht wurden.

Sofern eine Vertragspartei aufgrund geltender Rechtsvorschriften, gerichtlicher oder behördlicher Anordnungen verpflichtet ist, teilweise oder sämtliche vertraulichen Informationen offenzulegen, wird diese Vertragspartei den Inhaber der vertraulichen Information hierüber unverzüglich schriftlich informieren und alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, um den Umfang der Offenlegung auf ein Minimum zu beschränken und dem Inhaber der vertraulichen Information erforderlichenfalls jede zumutbare Unterstützung zukommen zu lassen, um eine Schutzanordnung gegen die Offenlegung sämtlicher vertraulicher Informationen oder von Teilen hiervon zu erwirken.

- 11.3 Die Vertragsparteien werden alle von ihnen aus Anlass oder gelegentlich der Zusammenarbeit im Rahmen der Vertragsanbahnung und mit der Bearbeitung, Erfüllung oder Abwicklung des Vertrages betrauten Personen - Angestellten oder Dritten - entsprechend verpflichten und diese Verpflichtung der anderen Vertragspartei auf Verlangen nachweisen. Die Vertragsparteien werden darüber hinaus, die vertraulichen Informationen nur gegenüber denjenigen Personen offenlegen, die auf die Kenntnis dieser Informationen für den vertraglich vereinbarten Zweck angewiesen sind.
- 11.4 Mit der Überlassung der Informationen ist keinerlei Übertragung von Rechten oder Lizenzen an die andere Vertragspartei verbunden, sofern in den weiteren Bestimmungen des Vertrages nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt wird.

Der Auftragnehmer wird die vertraulichen Informationen außerhalb des Zwecks dieser Vereinbarung weder in irgendeiner Weise selbst wirtschaftlich verwerten oder nachahmen (insbesondere im Wege des sog. Reverse Engineering), noch durch Dritte verwerten oder nachahmen lassen, noch insb. auf die vertraulichen Informationen gewerbliche Schutzrechte - insbesondere Marke, Designs, Patente und Gebrauchsmuster anmelden, sofern diese Nutzung der vertraulichen Informationen nicht der Zweckbestimmung des Vertrages folgt.

- 11.5 Die Vertragsparteien können den Vertrag fristlos kündigen, wenn die jeweils andere Vertragspartei ihre vorstehenden Pflichten verletzt. Schadenersatzansprüche sowie sonstige Ansprüche oder Rechte (z.B. nach dem GeschGehG) bleiben unberührt. Die Verpflichtungen zur Geheimhaltung bleiben nach Vertragsende oder Kündigung für einen weiteren Zeitraum von 5 (fünf) Jahren bestehen.
- 11.6 Der Auftragnehmer hat die ihm vom Auftraggeber überlassenen Unterlagen nach Beendigung des Vertrages unverzüglich zurückzugeben oder auf Anforderung sicher zu löschen oder zu vernichten. Dem Auftragnehmer steht an diesen Unterlagen kein Zurückbehaltungsrecht zu. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.
- 11.7 Sofern mit der Ausführung einer Leistung durch den Auftragnehmer auch Tätigkeiten verbunden sind, für die nach Auffassung des Auftraggebers der Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags im Sinne des Art. 28 DSGVO oder einer anderen datenschutzrechtlichen Vereinbarung erforderlich ist, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, einen solchen Vertrag auf Grundlage des Standardvertragsmodells des Auftraggebers oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens mit den entsprechenden individuell erforderlichen Ergänzungen unverzüglich zu verhandeln und abzuschließen. Bei Leistungen mit Auslandsbezug ist der Auftragnehmer entsprechend dazu verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers eine Vereinbarung zur Datenverarbeitung im Auftrag oder eine andere datenschutzrechtliche Vereinbarung auf der Grundlage eines vom Auftraggeber vorgegebenen Mustervertrags abzuschließen.
- 11.8 Unbeschadet der obigen Regelungen darf der Auftragnehmer Einkünfte über (Teil-) Auftragswerte oder (Teil-) Preise nur in den gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Fällen an Dritte geben. Dies gilt auch für die Mitteilung von gerundeten oder Circa-Werten und für Prozentvergleichszahlen mit vorangegangenen Aufträgen. Pressemitteilungen und sonstige Veröffentlichungen zu erteilten Aufträgen sind nur im Einvernehmen mit dem Auftraggeber erlaubt.

### **12 Sicherheit der Informationssysteme des Auftraggebers**

- 12.1 Ein direkter oder verdeckter Zugang zu den Informationssystemen (operative Systeme, Netze, Programme, Datenbestände) des Auftraggebers und der mit diesem verbundenen Unternehmen ist dem Auftragnehmer nach Abschluss eines ergänzenden Vertrages im Sinne von Ziffer 11.7 nur dann gestattet, wenn er vom Auftraggeber eine ausdrückliche Zugriffsberechtigung in Textform erhalten hat; die Zugriffsberechtigung ist auf die eingesetzten und ausdrücklich zugelassenen Mitarbeiter des Auftragnehmers bzw. seiner Subunternehmer beschränkt. Die Weitergabe der Zugriffsberechtigungen an Dritte ist untersagt. Eine erteilte Zugriffsberechtigung darf ausschließlich im Rahmen der vertraglich übernommenen Leistungen genutzt werden.
- 12.2 Sofern Nutzungsbestimmungen zum Anschluss von Geräten an Datennetze der Deutschen Bahn (nachfolgend "Nutzungsbestimmungen") bestehen, sind sie bei der Nutzung der Informationssysteme des Auftraggebers und der mit diesem verbundenen Unternehmen vom Auftragnehmer einzuhalten. Der Auftragnehmer darf ohne Einhaltung dieser Vorgaben keine Verbindung zum Datennetz herstellen. Die Nutzungsbestimmungen werden dem Auftragnehmer vom Auftraggeber auf schriftliches Verlangen zur Verfügung gestellt.
- 12.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zum sachgerechten Einsatz seiner eingesetzten IT-/ OT-Systeme (z.B. Notebook etc.) in den Datennetzen des Auftraggebers und den mit diesem verbundenen Unternehmen. Der Auftragnehmer darf nur IT-/ OT-Systeme einsetzen, die dem jeweils aktuellen Stand der Technik zum Zeitpunkt des Einsatzes entsprechen, und verhindert durch effektive Schutzmaßnahmen das Eindringen von Viren oder sonstigem schädlichen Code. Zu diesen Schutzmaßnahmen zählen u.a. ein gemäß dem jeweils aktuellen Stand der Technik eingesetzter Virens Scanner sowie aktuelle Sicherheitspatches, Updates und Servicepacks.
- 12.4 Der Einsatz von Hacking-Tools, Sniffern, etc. ist untersagt, sofern dies nicht ausdrücklich zugelassen ist. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass keine Netzkopplung der Datennetze des



## Allgemeine Vertragsbedingungen der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für Beratungs- und Dienstleistungen

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

Auftraggebers und den mit diesem verbundenen Unternehmen mit anderen Datennetzen stattfindet.

- 12.5 Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses verpflichtet sich der Auftragnehmer, an allen primären und sekundären Standorten des Auftragnehmers und seiner Subdienstleister unverzüglich sämtliche im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehenden Daten nachhaltig und sicher zu löschen, zu vernichten oder an den Auftraggeber zurückzugeben, es sei denn er ist zur Aufbewahrung von Daten gesetzlich verpflichtet. Der Auftragnehmer wird dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachweisen.
- 12.6 Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, Sperrungen und Überwachungen auf Grund behördlicher Anordnungen oder der Nutzungsbestimmungen vorzunehmen. Ebenfalls ist eine Unterbrechung des Netzzugangs jederzeit möglich, wenn durch die an das Netz angeschlossenen Geräte des Auftragnehmers in irgendeiner Weise die Betriebssicherheit bzw. das Betriebsverhalten des Netzes oder daran angeschlossener anderer Geräte oder Software beeinträchtigt wird.
- 12.7 Vorgenanntes gilt vorbehaltlich abweichender Regelungen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im Auftragsverhältnis nach Ziffer 11.7.

### 13 Kündigung

- 13.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, Werkverträge gemäß § 648 BGB ohne Einhaltung einer Frist jederzeit zu kündigen.
- 13.2 Ist in Dienstverträgen vertraglich kein bestimmter Leistungsumfang (z.B.: Anzahl der Einsatztage oder Laufzeit) fest vereinbart, sind die Vertragsparteien berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von 14 Kalendertagen zum Monatsende zu kündigen.
- 13.3 Das Recht zur außerordentlichen, fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn eine Vertragspartei den Vertrag so schwerwiegend verletzt, dass der anderen Vertragspartei die weitere Zusammenarbeit nicht zugemutet werden kann, wie z.B. bei einem erheblichen Verstoß gegen die im vereinbarten Verhaltenskodex für Geschäftspartner (Code of Conduct) genannten Grundsätze und Anforderungen, oder wenn mehrere einzelne Vertragsverletzungen die Zumutbarkeitsgrenze überschreiten. Sofern die Beseitigung der Vertragsverletzung möglich ist, darf das Recht zur fristlosen Kündigung erst nach dem erfolglosen Verstreichen einer angemessenen Frist zur Beseitigung der Vertragsverletzung ausgeübt werden.
- 13.4 Der Auftraggeber ist ebenfalls zur außerordentlichen fristlosen Kündigung ohne weitere Voraussetzungen berechtigt, wenn die ordnungsgemäße Vertragserfüllung durch eine erhebliche Vermögensverschlechterung des Auftragnehmers gefährdet ist. Dies ist insbesondere der Fall, wenn (i) der Auftragnehmer wiederholt die fristgerechte Zahlung von Unterauftragnehmern unterlässt oder (ii) vertraglich vereinbarte Bürgschaften nicht gestellt werden oder (iii) das Insolvenzverfahren mangels Masse abgelehnt worden ist.
- 13.5 Die Kündigung hat in Textform zu erfolgen.

### 14 Änderung der Leistung, zusätzliche Leistung

- 14.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer die sich im Rahmen einer Konkretisierung des Auftrages ergebenden Änderungen oder Ergänzungen zu verlangen, ohne dass sich dadurch vorbehaltlich Ziffer 14.2 S.3 die Bedingungen des Vertrages ändern.
- 14.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer schriftlich die Änderung der Leistung oder zusätzliche Leistungen zu fordern; bei Werkleistungen gilt dies bis zur Abnahme, bei Dienstleistungen bis zum Ablauf des Vertrages. Der Auftragnehmer wird die Änderung oder die zusätzlich übertragenen Leistungen ausführen, sofern dies für ihn nicht unzumutbar ist. Die Auswirkungen auf Vertragstermine und Vergütung sind schriftlich durch Nachtrag zum Vertrag zu vereinbaren. Sofern im Nachtrag keine Änderung der Vergütung oder Termine vereinbart wird, ist die geänderte bzw. zusätzliche Leistung im Rahmen der bestehenden Vergütungs- bzw. Terminvereinbarungen auszuführen.
- 14.3 Zeigt sich bei der Ausführung von Änderungen oder zusätzlichen Leistungen, dass für die Änderungsforderung bzw. Forderung auf zusätzliche Leistungen ein Fehler des Auftragnehmers bei der Ausführung des Vertrages ursächlich ist, werden die Vereinbarungen über die Änderung der Vergütung sowie der Termine hinfällig.

### 15 Leistungszeit, Verzugsstrafe

- 15.1 Die vertraglich vereinbarten Leistungstermine bzw. -fristen des Auftragnehmers sind bindend.
- 15.2 Gerät der Auftragnehmer mit einer Liefer- bzw. Leistungspflicht in Verzug oder kann die Leistung auf Grund von Mängeln nicht termin- bzw. fristgerecht abgenommen werden, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,3 % des Auftragswertes der in Verzug geratenen Leistung pro Kalendertag, maximal jedoch 10 % davon, zu verlangen. Eine gezahlte Vertragsstrafe wird auf einen Schadenersatzanspruch wegen Verzuges angerechnet. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vertragsstrafe bis zur Schlusszahlung geltend zu machen. Diese Bestimmungen gelten auch, wenn die termin-/fristgerechte Werkleistung auf Grund von Mängeln nicht abgenommen wird.
- 15.3 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich in Textform in Kenntnis setzen, wenn Umstände eintreten oder erkennbar werden, die zur Nichteinhaltung vereinbarter Termine bzw. Fristen führen können. Der Auftragnehmer wird weiterhin dem Auftraggeber eine Behinderung bei der Ausführung des Vertrages wegen nicht bzw. nicht vertragsgerecht erbrachter Leistungen des Auftraggebers anzeigen.

### 16 Vergütung, Rechnung, Zahlung

- 16.1 Die im Vertrag festgelegte Vergütung ist ein Festpreis und gilt einschließlich Verpackung und Transport. Mit dieser Vergütung sind auch sämtliche vom Auftragnehmer nach dem Vertrag zu erbringenden Leistungen – einschließlich Nutzungsrechte, Nebenleistungen, Reisekosten, Spesen, Versicherung etc. – abgegolten. § 313 BGB bleibt unberührt.
- 16.2 Die Vergütung enthält nicht die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer des Auftragnehmers. Die Vergütung der Umsatzsteuer setzt voraus, dass der Auftragnehmer nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften berechtigt und verpflichtet ist, die Steuer gesondert zu erheben, und dass die Steuer in der Rechnung gesondert ausgewiesen wird.
- 16.3 Der Auftragnehmer hat bei der Rechnungsstellung die Vorgaben der Deutsche Bahn AG zur Rechnungsstellung einzuhalten. Diese sind im Lieferantenportal (<https://lieferanten.deutschebahn.com/lieferanten/Bestandslieferanten/Rechnungsstellung>) zu finden oder können jederzeit beim Auftraggeber angefordert werden.
- 16.4 Die fällige und durchsetzbare Vergütung ist 21 Kalendertage unter Abzug von 3 % Skonto oder 30 Tage netto nach Eingang der prüffähigen Rechnung bei der Rechnungsempfangsstelle des Auftraggebers zu zahlen. § 353 HGB findet keine Anwendung. Die Zahlung erfolgt durch Überweisung auf das in der Rechnung genannte Konto des Auftragnehmers. Maßgebend für die Rechtzeitigkeit der Zahlung ist der Zugang des Überweisungsauftrages beim Geldinstitut des Auftraggebers. Sind Vorauszahlungen oder Abschlagszahlungen vereinbart, beginnt die Zahlungsfrist zum vereinbarten Zahlungstermin, wenn die Rechnung beim vertraglich festgelegten Rechnungsempfänger rechtzeitig eingegangen und die vereinbarte Sicherheit geleistet worden ist.

### 17 Form, Salvatorische Klausel, anzuwendendes Recht, Gerichtsstand, Sprache

- 17.1 Nebenabreden zum Vertrag bestehen nicht, sofern im Einzelvertrag nicht ausdrücklich auf Nebenabreden verwiesen wird. Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages – einschließlich dieser Klausel – sind zur Beweissicherung in Textform zu vereinbaren. Jede Partei kann nachträglich eine Beurkundung in schriftlicher oder elektronischer Form fordern. Für die Einhaltung der elektronischen Form genügt die Verwendung einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur.
- 17.2 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder werden, bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt. An die Stelle der unwirksamen Bedingung tritt die gesetzliche Vorschrift.
- 17.3 Auf den Vertrag und die sich aus ihm ergebenden Ansprüche findet ausschließlich deutsches Recht Anwendung.
- 17.4 Gerichtsstand ist der Sitz des Auftraggebers. Bei Rahmenverträgen gilt diese Zuständigkeit auch für Streitigkeiten im Zusammenhang mit Einzelabrufen, ungeachtet des Sitzes der abrufenden Stelle. Der Auftraggeber ist jedoch auch berechtigt, die Gerichte am Sitz des Auftragnehmers anzurufen.



**Allgemeine Vertragsbedingungen  
der Deutsche Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen  
für Beratungs- und Dienstleistungen**

- (AVB Beratungs- und Dienstleistungen) vom 01. Mai 2025 -

17.5 Verbindlich ist nur der deutsche Vertragstext. Sämtliche Unterlagen sind auf Deutsch zu erstellen und sämtliche Erklärungen auf Deutsch abzugeben.

**18 Konzernübertragungsklausel**

Der Auftraggeber ist berechtigt, seine Rechte und Pflichten aus dem Vertrag auf mit ihm verbundene Konzernunternehmen zu übertragen, ohne dass es dazu der Zustimmung des Auftragnehmers bedarf. Die Regelungen zu der Übertragbarkeit von Nutzungsrechten und die gesetzlichen Bestimmungen zur Übertragung von Forderungen sowie die Verpflichtung nach Ziffer 11.7 dieses Vertrages bleiben unberührt.

**19 Vertragsstrafengesamtbegrenzung**

Soweit nicht anders vereinbart, darf die Summe aller aus einem Einzelvertrag geltend gemachten Vertragsstrafen 10 % der vereinbarten Vergütung nicht überschreiten. Die Geltendmachung einer Vertragsstrafe nach den Ziffern 1.11 und 1.12 (Integritätsklausel) sowie von Schadenersatzansprüchen, unabhängig vom Rechtsgrund, bleibt davon unberührt.

□

# DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner

---

## Ziel des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner

In diesem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner hat der Deutsche Bahn-Konzern (DB-Konzern) seine Anforderungen und Prinzipien für die Zusammenarbeit mit seinen Geschäftspartnern, insbesondere zur Einhaltung ethischer Standards, des anwendbaren Rechts und zur Integrität festgeschrieben. Geschäftspartner sind alle nicht zum DB-Konzern gehörenden Unternehmen, von denen der DB-Konzern Lieferungen und Leistungen bezieht. Dies können beispielsweise Lieferanten, Berater<sup>1</sup>, Vertreter oder sonstige Anbieter von Waren und Dienstleistungen sein. Die Geschäftspartner des DB-Konzerns tragen dafür Sorge, die unten aufgeführten Prinzipien in allen Geschäftsbereichen weltweit sowie in ihrer Lieferkette umzusetzen und einzuhalten.

## 01 Generelle Prinzipien

Der DB-Konzern bekennt sich zur Nachhaltigkeit und erfüllt seine Pflichten nach dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Der DB-Konzern hat sich zur Einhaltung der Zehn Prinzipien des UN Global Compact verpflichtet. Wir orientieren uns zudem an den Grundsätzen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP) und an den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Der DB-Konzern, sein Management und seine Mitarbeitenden respektieren und befolgen den DB-Verhaltenskodex und die LkSG-Grundsatzerklärung (<https://nachhaltigkeit.deutschebahn.com/de/soziale-verantwortung/menschenrechte>).

Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlich verantwortliches Handeln sind kein Widerspruch – sie bedingen einander: Nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften sehen wir als eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnern an.

Unsere Geschäftspartner sollen daher

- ihre Geschäftstätigkeiten integer ausüben, d.h. gemäß den in diesem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner festgelegten Standards und unter Berücksichtigung des für sie jeweils anwendbaren Rechts und
- sich dafür einsetzen, dass die hier aufgeführten Prinzipien auch ihrem eigenen Management und ihren Mitarbeitenden sowie ihren Geschäftspartnern entlang ihrer Lieferkette bekannt sind und von diesen eingehalten werden, und
- ehrlich, verantwortungsbewusst und fair agieren.

Die in diesem Verhaltenskodex für Geschäftspartner dargelegten Anforderungen sind von unseren Lieferanten zu erfüllen. Wir verpflichten uns ebenfalls zur Einhaltung der Vorgaben des LkSG

---

<sup>1</sup> Wir verwenden in der Regel geschlechtsneutrale Begriffe. Wo dies nicht möglich erscheint oder die Lesbarkeit beeinträchtigt, schließt die männliche Form alle Geschlechter mit ein.



angemessene Maßnahmen zu ergreifen; dazu gehört auch eine nachhaltige, verantwortungsvolle Einkaufspraxis.

## 02 Gesellschaftliche Verantwortung unserer Geschäftspartner / Environmental Social Governance (ESG)

Nach unserer Überzeugung ist die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ein wesentlicher Faktor für den nachhaltigen Erfolg eines Unternehmens und damit unverzichtbarer Bestandteil einer wertorientierten Unternehmensführung. Unsere Geschäftspartner unterstützen uns, indem auch sie ihr Handeln durch angemessene Maßnahmen und Prozesse an den nachfolgenden Prinzipien ausrichten und so ESG-Risiken minimieren. Unsere Geschäftspartner respektieren die nachfolgenden Prinzipien, soweit sie dabei nicht gegen nationales Recht verstoßen.

<b>Menschenrechte</b>	Unsere Geschäftspartner respektieren die anerkannten Menschenrechte, d.h. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und den Internationalen Pakt über ökologische, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) sowie die grundlegenden Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).
<b>Kinderarbeit</b>	Unsere Geschäftspartner lehnen international verbotene Kinderarbeit strikt ab und halten die ILO-Konventionen 138 und 182 und ILO-Empfehlung 190 ein. Ausnahmen von diesen Regeln sind zulässig, soweit sie die Anforderungen dieser ILO-Bestimmungen erfüllen. Alle Maßnahmen zur Abschaffung von Kinderarbeit müssen das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen.
<b>Zwangsarbeit und Moderne Sklaverei</b>	Unsere Geschäftspartner dürfen auf keine wie auch immer geartete Form von Sklavenarbeit, Zwangs- oder Pflichtarbeit, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft, Menschenhandel oder unfreiwilliger Arbeit zurückgreifen oder diese tolerieren. Sie stellen sicher, dass die Arbeitnehmer keiner unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung, körperlichen oder psychologischen Drohungen ausgesetzt sind. Die Arbeitnehmer unserer Geschäftspartner müssen ihr Arbeitsverhältnis frei wählen und nach eigenem Ermessen, unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist, kündigen können. Es gelten die ILO-Indikatoren für Zwangsarbeit, z.B. Einbehaltung von Ausweispapieren, Zurückbehaltung von Löhnen/Gehältern, Anwerbungsgebühren sowie übermäßige Überstunden. Ausnahmen von diesen Regeln sind zulässig, soweit sie die Anforderungen der ILO-Konventionen 29, 100 und 105 sowie Art. 8 ICCPR erfüllen.
<b>Chancengleichheit / Diversity</b>	Unsere Geschäftspartner fördern Vielfalt im Unternehmen und dulden keine sexuelle Belästigung oder verbotene Diskriminierung bei der Einstellung und Beschäftigung von Mitarbeitenden, z.B. aufgrund von nationaler, ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Gesundheitszustand, Behinderung, sexueller Orientierung, Geschlecht, Alter, politischer Meinung, Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, Religion oder Weltanschauung (ILO-Konventionen 100 und 111). Maßnahmen zur Stärkung benachteiligter Gruppen und zu deren Schutz werden unterstützt.
<b>Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen</b>	Unsere Geschäftspartner respektieren die Versammlungsfreiheit und die Bildung von Gewerkschaften und anderen Mitarbeitendenvertretungen und treten für den Schutz der Rechte ihrer Mitarbeitenden in ihren Geschäftseinheiten ein. Sie respektieren außerdem das Recht der Mitarbeitenden, ihre eigenen Vertreter frei zu wählen und kollektiv zu verhandeln. Ausnahmen von diesen Regeln sind zulässig, soweit sie den Anforderungen der ILO-Konventionen 87 und 98 sowie Art. 8 ICESCR und Art. 22 ICCPR genügen.
<b>Sicherheit / Arbeits- und Gesundheitsschutz</b>	Die Sicherheit von Menschen, ihre körperliche und geistige Gesundheit und Unversehrtheit hat für uns oberste Priorität und muss zu den zentralen Werten unserer Geschäftspartner gehören. Diese müssen ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld inkl. Zugang zu Trinkwasser in ausreichender Menge sowie zu sauberen sanitären Einrichtungen gewährleisten, zudem sicherheitsrelevante Qualifizierungsmaßnahmen und die Sicherheit ihrer Mitarbeitenden sowie der für sie tätigen Personen, Produkte und Angebote, mindestens konform mit den nationalen Standards. Sie

müssen sich um eine kontinuierliche Verbesserung ihrer Arbeitsschutzleistungen bemühen. Geschäftspartner mit mehr als 250 Mitarbeitenden sollten ein Arbeitsschutzmanagementsystem einführen, das auf den Grundsätzen der ISO 45001 (oder einer ähnlichen Norm) basiert.

Unsere Geschäftspartner minimieren oder eliminieren außerdem, sofern vertretbar, alle Gefahrenquellen im Arbeitsumfeld, und zwar auf der Grundlage des allgemeinen Kenntnisstandes in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz im jeweiligen Industriesektor.

<b>Arbeitszeiten</b>	Die Arbeitszeiten unserer Geschäftspartner müssen den nationalen Gesetzen und Branchenstandards sowie den ILO-Übereinkommen 1, 14 und 106 entsprechen.
<b>Vergütung</b>	Unsere Geschäftspartner entlohnen ihre Mitarbeitenden sowie die für sie tätigen Personen angemessen und in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Branchenstandards am Arbeitsort oder dem ortsüblichen existenzsichernden Lohn, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Ist die Zahlung eines existenzsichernden Lohns nicht sofort wirtschaftlich machbar, verpflichten sie sich, ihre Löhne innerhalb einer angemessenen Frist schrittweise auf dieses Niveau anzuheben. Für gleiche Arbeit wird ohne Diskriminierung gleiches Entgelt gezahlt.
<b>Reguläre Arbeitsverhältnisse</b>	Unsere Geschäftspartner halten die nationalen und internationalen Gesetze und Industriestandards hinsichtlich der Einstufung und Behandlung von Arbeitsverhältnissen, z.B. als Mitarbeitende, Subunternehmer, unabhängige Auftragnehmer usw. ein. Generell müssen Arbeitsleistungen auf der Grundlage eines regulären Arbeitsverhältnisses oder eines Arbeitsschreibens („ <i>employment letter</i> “) gemäß den nationalen Gesetzen und Industriestandards erbracht werden. Die Bedingungen sind vor der Einstellung in einer für den Bewerber verständlichen Sprache mitzuteilen.
<b>Datenschutz</b>	Unsere Geschäftspartner beachten nationale und internationale Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere von Mitarbeitenden, Geschäftspartnern und Kunden.
<b>Vertraulichkeit</b>	Unsere Geschäftspartner behandeln alle Informationen vertraulich, von denen sie im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem DB-Konzern Kenntnis erlangt haben, die aber nicht veröffentlicht wurden und nicht allgemein bekannt sind.
<b>Umweltschutz</b>	<p>Unsere Geschäftspartner beachten die geltenden Umweltgesetze, -richtlinien und -standards. Unsere Geschäftspartner dürfen insbesondere keine schädlichen Bodenveränderungen, Gewässerverunreinigungen, Luftverunreinigungen, schädlichen Lärmemissionen oder keinen übermäßigen Wasserverbrauch verursachen (jeweils gemäß den nationalen Grenzwerten, sofern diese nicht offensichtlich unzureichend sind), vor allem wenn dies die natürlichen Grundlagen zum Erhalt und der Produktion von Nahrung erheblich beeinträchtigt, einer Person den Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser verwehrt, den Zugang einer Person zu sanitären Einrichtungen erschwert oder zerstört oder die Gesundheit einer Person schädigt.</p> <p>Wir verlangen von unseren Geschäftspartnern die Beachtung des Minamata-Übereinkommens über Quecksilber, des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POPs) sowie des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung.</p> <p>Unsere Geschäftspartner ergreifen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Anpassung an den Klimawandel, zum Aufbau einer umfassenden Kreislaufwirtschaft sowie zum Schutz der Biodiversität und Ökosysteme. Insbesondere erhöhen sie die Energieeffizienz sowie den Einsatz erneuerbarer Energien und reduzieren Emissionen, Lärm sowie ihren Material- und Ressourcenverbrauch. Angemessener Umweltschutz soll z.B. die Einführung eines Umweltmanagementsystems nach den Grundsätzen der DIN EN ISO 14001 (oder einer ähnlichen Norm) umfassen.</p>

**Rechtswidrige Räumung oder Inbesitznahme von Grundstücken**

Unsere Geschäftspartner respektieren Grundstücks- und Beteiligungsrechte, wie sie durch nationales und internationales Recht geschützt sind. Dazu gehört der Schutz von "legitimen Besitzrechten" vor rechtswidrigen Enteignungen und Schutz vor Räumungen, die das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard verletzen. Bei Projekten, die große Mengen an Land, Wasser und Wald in einem Umfeld mit hoher Korruption, (Post-)Konflikten oder der Anwesenheit indigener Bevölkerungsgruppen benötigen, sind proaktive Maßnahmen erforderlich, wie z.B. die Sicherstellung entsprechender Beteiligung (ILO-Konvention 169).

**Einsatz von Sicherheitskräften**

Unsere Geschäftspartner sind verpflichtet, die von ihnen eingesetzten privaten oder öffentlichen Sicherheitskräfte so anzuweisen und zu kontrollieren, dass ihr Einsatz nicht zu unrechtmäßigen Schäden an Leib und Leben führt, gegen die Vereinigungsfreiheit oder gegen das UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe verstößt.

## 03 **Antikorruption und Außenwirtschaftsrecht**

Der DB-Konzern toleriert keinerlei Form von Korruption oder anderen unlauteren Geschäftspraktiken. Transparenz und Offenheit sind grundlegende Voraussetzungen für den DB-Konzern, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit im geschäftlichen Verkehr und im Umgang mit den Geschäftspartnern sicherzustellen.

**Korruption**

Unsere Geschäftspartner dulden keinerlei Form von Korruption und Wirtschaftskriminalität durch eigene Mitarbeitende oder von ihnen beauftragte Dritte oder durch Mitarbeitende oder beauftragte Dritte in der Lieferkette etc.

**Verhalten gegenüber Amtsträgern**

Unsere Geschäftspartner dulden keine Form gesetzeswidriger materieller und immaterieller Zuwendungen (einschließlich deren Anbieten) an Amtsträger oder mit diesen vergleichbare Personen, weder unmittelbar oder mittelbar über Dritte. Beschleunigungszahlungen (*Facilitation payments*) sind verboten.

**Politik und Parteien**

Gesetzeswidrige materielle und immaterielle Zuwendungen jeglicher Art (z.B. gesetzeswidrige Spenden) an politische Parteien, deren Vertreter, Politiker sowie an Mandatsträger und Kandidaten für politische Ämter werden von unseren Geschäftspartnern ebenfalls nicht toleriert.

**Einladungen und Geschenke**

In Verbindung mit ihrer Tätigkeit für den DB-Konzern nehmen unsere Geschäftspartner Einladungen nur an oder sprechen Einladungen nur aus, wenn sie angemessen sind, nicht in Erwartung einer unzulässigen Gegenleistung oder sonstigen Bevorzugung erfolgen und nicht gegen anwendbares Recht (insbesondere Antikorruptionsgesetze) verstoßen. Dasselbe gilt für die Annahme oder Gewährung von Geschenken, anderen Zuwendungen oder Vorteilen jeglicher Art.

**Spenden/Sponsoring**

Spenden erfolgen von unseren Geschäftspartnern nur auf freiwilliger Basis und ohne Erwartung einer Gegenleistung. Das Sponsoring von Personen, Gruppen oder Organisationen wird nicht dafür genutzt, um widerrechtlich geschäftliche Vorteile zu erlangen.

**Berater/Agenten/Mittler**

Vergütungen von Beratern, Agenten und sonstigen Mittlern müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den geleisteten Diensten stehen und dürfen nicht dazu dienen, Geschäftspartnern, Kunden oder sonstigen Dritten unzulässige Vorteile zuzuwenden. Unsere Geschäftspartner wählen ihre Berater, Agenten und sonstigen Mittler sorgfältig nach angemessenen Eignungskriterien wie fachliche Qualifikation und Integrität aus.

**Vermeidung von Interessenkonflikten**

Unsere Geschäftspartner und ihre Mitarbeitenden vermeiden Interessenkonflikte, in denen persönliche oder eigene finanzielle Interessen mit den Interessen des Unternehmens oder des DB-Konzerns kollidieren bzw. die zu Korruptionsrisiken führen können.

**Geldwäsche und  
Terrorismusfinanzie-  
rung**

Unsere Geschäftspartner ergreifen in ihren Unternehmen geeignete Maßnahmen, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in ihren Unternehmen zu unterbinden.

**Embargos, Sanktio-  
nen, Export- und Im-  
portkontrollen**

Unsere Geschäftspartner achten strikt auf die Einhaltung aller jeweils geltenden Gesetze und Regelungen für den Import und Export von Gütern, Dienstleistungen und Informationen sowie der anwendbaren Embargos und Sanktionen.

## 04

### **Verhalten unserer Geschäftspartner im Wettbewerb**

Der DB-Konzern stellt an sich den Anspruch, stets als fairer und verantwortungsvoller Marktteilnehmer zu handeln und erwartet dies auch von seinen Geschäftspartnern.

**Wettbewerbs- und  
Kartellrecht**

Unsere Geschäftspartner halten alle relevanten wettbewerbsrechtlichen Vorgaben ein. Insbesondere treffen sie keine Absprachen und Vereinbarungen, die Preise, Konditionen, Strategien oder Kundenbeziehungen, vor allem die Teilnahme an Ausschreibungen, beeinflussen. Dasselbe gilt für den Austausch wettbewerbslich sensibler Informationen sowie für sonstiges Verhalten, das den Wettbewerb in unzulässiger Weise beschränkt oder beschränken kann.

## 05

### **Einhaltung des DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner**

**Verpflichtung zur  
Einhaltung intern  
und in der Liefer-  
kette**

Unsere Geschäftspartner ergreifen geeignete Maßnahmen, um die in diesem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner aufgeführten Prinzipien einzuhalten, sowohl intern als auch innerhalb ihrer Lieferketten. Wir verlangen angemessene Maßnahmen, um Verstöße und die schwerwiegendsten Risiken unverzüglich zu beseitigen. Im Bereich der ESG-Risiken bedeutet das kontinuierliche und risikobasierte Verbesserung und angemessene Reaktion auf priorisierte Risiken und Verletzungen. Unsere Geschäftspartner wählen ihre Lieferanten, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit für den DB-Konzern beauftragen, sorgfältig aus. Sie unternehmen angemessene Anstrengungen, um ihre eigenen Geschäftspartner zu verpflichten, die in diesem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner oder in gleichwertigen Standards aufgeführten Prinzipien ebenfalls einzuhalten und an ihre eigenen Geschäftspartner weiterzugeben und dafür Sorge zu tragen, dass diese Prinzipien auch von diesen eingehalten werden. Wir unterstützen unsere Lieferanten, insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), auf Grundlage von uns durchgeführter Risikoanalysen bei der Ergreifung geeigneter Maßnahmen.

**Monitoring und  
Audits**

Der DB-Konzern kann (auch durch Dritte) Monitoring-Maßnahmen durchführen, um die Einhaltung dieser Prinzipien zu überwachen, einschließlich der Verwendung von Fragebögen, Vor-Ort-Prüfungen von Betriebsstätten in schwerwiegenden Fällen, Überprüfung der verfügbaren Informationen oder anderer Maßnahmen, die zur Überprüfung der Leistung eines Geschäftspartners erforderlich sind. Von den Geschäftspartnern wird erwartet, dass sie mit dem DB-Konzern kooperieren und/oder Informationen teilen, soweit dies erforderlich ist, um nachzuweisen, dass der Geschäftspartner selbst die hier aufgeführten Prinzipien einhält und diese auch mit angemessenen Maßnahmen in seiner Lieferkette fördert.

**Schulungen**

Unsere Geschäftspartner schulen ihre Mitarbeitenden und die für sie tätigen Personen regelmäßig risikobasiert im Umgang und in der Einhaltung der Prinzipien, die in diesem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner oder gleichwertigen Dokumenten festgelegt sind. Die Durchführung von Schulungen ist zu dokumentieren.

**Hinweise an den  
DB-Konzern**

Unsere Geschäftspartner informieren ihre Mitarbeitenden und die für sie tätigen Personen darüber, dass und wie sie Verstöße gegen diesen Kodex melden können. Zu diesem Zweck können

sie sich an das Meldesystem des DB-Konzerns<sup>2</sup> oder ein gleichwertiges internes oder externes System wenden. Sofern ein hohes Risiko für Verletzungen besteht, sollen die Geschäftspartner auch Anwohner über die Beschwerdemechanismen informieren.

Unsere Geschäftspartner nutzen die Möglichkeit, Hinweise auf Straftaten und Vergehen, die gegen die hier dargelegten Prinzipien verstoßen und die im Rahmen ihrer Tätigkeit für den DB-Konzern begangen wurden und Auswirkungen auf den DB-Konzern haben können, über das bestehende Hinweissystem<sup>1</sup> des DB-Konzerns abzugeben.

Der DB-Konzern reagiert angemessen auf diese Hinweise und behandelt sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vertraulich.

**Schutz von Hinweisgebern**

Unsere Geschäftspartner dulden keine Repressalien gegen Personen, die Verstöße gegen die in diesem DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner aufgeführten Prinzipien melden, sowie gegen weitere, vom Hinweisgeberschutz umfasste Personen.

**Konsequenzen**

Der DB-Konzern legt Wert auf partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihm und seinen Geschäftspartnern. Bei **geringfügigen oder potentiellen Verstößen** gegen diesen DB Verhaltenskodex für Geschäftspartner und bei Verstößen gegen die enthaltenen ESG-Vorgaben (Kapitel 02) wird dem Geschäftspartner daher die Möglichkeit zur Implementierung geeigneter Abhilfemaßnahmen innerhalb einer angemessenen Frist eingeräumt, wenn dieser grundsätzlich zur Abhilfe und Verbesserung bereit ist.

Bei **schweren Verstößen** (insbesondere der Begehung von Straftaten) oder bei mangelnder Mitwirkung trotz angemessener Fristsetzung oder wenn eine Besserung wegen der äußeren Rahmenbedingungen nicht zu erwarten ist (etwa extreme lokale Krisensituationen wie Bürgerkrieg) behält sich der DB-Konzern jedoch angemessene rechtliche Schritte gegenüber dem jeweiligen Geschäftspartner vor. Dies kann auch zur sofortigen Beendigung des Vertrags oder der Geschäftsbeziehung sowie zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und sonstigen Rechten führen. Wir verpflichten uns, bei Ausübung unserer Rechte die Grundsätze des verantwortungsvollen Rückzugs zu beachten, wie sie im OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln beschrieben sind.

**Wo findet man weitere Informationen?**

Weitere Informationen finden Sie unter [www.deutschebahn.com/compliance](http://www.deutschebahn.com/compliance). Bei Unsicherheiten oder Fragen sollten Sie sich an Ihren zuständigen Ansprechpartner im DB-Konzern wenden. Darüber hinaus haben Sie immer die Möglichkeit, unmittelbar DB-Konzern Compliance zu kontaktieren.

## 06 Inkraftsetzung

Gemäß Vorstandsbeschlüssen der DB AG/DB ML AG vom 10.07.2012 i.d.F. des Vorstandssprints vom 03.12.2018 und des Vorstandsbeschlusses der DB AG vom 21.11.2023.

<sup>2</sup> <http://www.deutschebahn.com/hinweismanagement>

# **Ergänzende Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen für die Qualitätssicherung bei der Beschaffung (EVB Qualitätssicherung Beschaffung)**

## **1 Allgemeines**

- (1) Für die Qualität erbrachter Leistungen und Lieferungen von Produkten, im Folgenden Produkt genannt, einschließlich derer von Unterauftragnehmern (UAN), ist der Auftragnehmer (AN) verantwortlich. Insbesondere hat er die zur Sicherstellung der Qualität erforderlichen Prüfungen durchzuführen oder durchführen zu lassen.
- (2) Die Deutsche Bahn AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen, nachfolgend DB genannt, als Auftraggeber (AG) behalten sich das Recht vor, sich jederzeit an allen Stellen des Produktentstehungsprozesses ein Bild von der vertragsgemäßen Beschaffenheit der zu erstellenden bzw. erstellten Produkte sowie von den vom AN getroffenen Qualitätssicherungsmaßnahmen (QS-Maßnahmen) zu verschaffen und, wenn notwendig, einzugreifen. Der AG darf hiermit auch einen Dritten beauftragen.
- (3) Die Verifizierung der Qualität der erbrachten Produkte des AN durch den AG entbindet den AN nicht von seiner Haftungs- und Mängelhaftungsverpflichtung. Eine Abnahme der Lieferung/Leistung bleibt davon unberührt.
- (4) Besonderheiten oder abweichende Regelungen bzw. Bezeichnungen für die Qualitätssicherung bei der Beschaffung im Schienenfahrzeugbereich sowie im Infrastrukturbereich werden in den einzelnen Abschnitten explizit benannt.

## **2 Art und Umfang der Qualitätssicherung durch den Auftraggeber**

- (1) Art und Umfang der QS-Maßnahmen sind abhängig sowohl von der Komplexität und Prüfbarkeit des Produktes als auch von der Qualitätsfähigkeit des AN.

Auf Basis von Komplexität und Prüfbarkeit werden den Produkten in den jeweiligen Listen „Güteprüfungspflichtige Produkte“ QS-Maßnahmen zugeordnet. Die Listen „Güteprüfungspflichtige Produkte“ der DB werden Bestandteil des jeweiligen Vertrages.

Die QS-Maßnahmen können z.B. Quality Gates, Methoden des Quality Engineerings, Herstellerbezogene Produktqualifikation, Erstmusterprüfungen, Prozess- und Produktprüfungen, Fertigungsüberwachungen und Fertigprüfungen sowie Regelüberwachung umfassen. Die im Einzelfall erforderlichen QS-Maßnahmen regelt der Vertrag bzw. die Bestellung.

Die Qualitätsfähigkeit der AN wird durch die Qualitätssicherung des AG festgestellt und ggf. überwacht. Dementsprechend erhalten die AN von der DB einen Qualitäts-Status (Q-Status) Q1, Q2 oder Q3.

Für festgelegte Produkte oder Produktgruppen und Herstellungsprozesse hat der AN die herstellerbezogene Produktqualifikation (HPQ) nachzuweisen.

- (2) Die Einzelheiten zu Art und Umfang der QS-Maßnahmen in Abhängigkeit vom Produkt und Q-Status des AN werden in den jeweiligen Listen „Güteprüfungspflichtige Produkte“ und/oder im Vertrag geregelt. Die Zuordnung der Prüfstufen bzw. Prüfklassen zu den Produkten und weitergehende Regelungen sind ebenfalls in den Listen „Güteprüfungspflichtige Produkte“ der DB enthalten. Änderungen bedürfen der Schriftform und sind nach den Regeln für Leistungsänderungen des Vertrages zu behandeln.
- (3) Die Prüfungen des AN sowie die Verifizierung der Qualität (Herstellprozesse, Produkt) der erbrachten Produkte durch den AG richten sich nach den vertraglich festgelegten Bedingungen. Zur Verifizierung der Qualität können weitere Dokumente herangezogen werden, wie z.B. Pflichtenheft, Spezifikationen, DB Standards, Normen, UIC-Merkblätter,

Zeichnungen sowie anerkannte Regeln der Technik. Bei Widersprüchen gelten vorrangig die vertraglich festgelegten Bedingungen.

- (4) Bei der Feststellung der vertragsgemäßen Beschaffenheit können durch die DB statistische Methoden angewendet werden.
- (5) Erfüllt der AN nicht die Anforderungen des AG an einen Q1-Lieferanten, kann eine Rückstufung, auch ohne vorheriges Audit, in den Status Q2 oder Q3 erfolgen.
- (6) Erhält der AN lediglich einen Status Q2 oder Q3 bzw. wird er auf einen dieser Status gemäß Absatz 5 zurückgestuft, hat der AN über die Bereitstellung von personellen und materiellen Ressourcen sicherzustellen, dass die vertraglichen Anforderungen an die Produkte entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden. Die Vergütung der daraus resultierenden Mehraufwendungen des AG regelt Abschnitt 6 Abs. 2.
- (7) Der Status Q 3 führt grundsätzlich zu einer Nichtberücksichtigung als Lieferant. In Ausnahmefällen kann, unter Berücksichtigung besonderer QS-Maßnahmen, die zwischen AG und AN zu vereinbaren sind, eine Beauftragung erfolgen. Bei AN ohne Q-Status wird entsprechend einer Einstufung nach Q 3 verfahren.

### **3 Zusammenarbeit Auftragnehmer/Qualitätssicherung des Auftraggebers**

#### **(1) Zutritt**

Dem Qualitätsprüfer des AG ist innerhalb der Geschäfts- oder Betriebsstunden des Auftragnehmers Zutritt zu den Arbeitsplätzen, Werkstätten sowie Lager- und Prüfräumen etc. zu gewähren, in denen die vertraglich vereinbarten Produkte oder Teile davon hergestellt, geprüft oder die hierfür bestimmten Materialien gelagert werden. Die Prüfungen können zu üblichen Geschäfts- bzw. Betriebszeiten angemeldet oder unangemeldet stattfinden.

#### **(2) Haftungsbeschränkungen**

Haftungsbeschränkungen des AN gegenüber dem AG bzw. gegenüber dem Qualitätsprüfer des AG sind für die Zeit seines Aufenthaltes im Betrieb des AN und ggf. in Betrieben der Unterlieferanten unzulässig und unwirksam.

#### **(3) Arbeitsschutz**

Beim erstmaligen Besuch eines Betriebes ist der Qualitätsprüfer des AG vor Tätigkeitsaufnahme hinsichtlich der Gefahren für seine Sicherheit und Gesundheit aktenkundig einzuweisen. Die Einweisung ist regelmäßig zu wiederholen, mindestens jedoch jährlich, bei Veränderungen der Gefahrensituation oder Unterweisungsschwerpunkte sowie längerer Arbeitsunterbrechung (mehr als drei Monate). Bei nicht ausreichenden Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen kann der Qualitätsprüfer des AG die Aufnahme der Tätigkeit verweigern, ohne dass der AN Ansprüche aus dem Vertrag geltend machen kann. Ansprüche des AG bleiben hiervon unberührt.

#### **(4) Vertraulichkeit**

Alle bei der Besichtigung bzw. aus den Unterlagen erworbenen Kenntnisse und Informationen von Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnissen werden innerhalb der Deutschen Bahn AG und deren verbundenen Unternehmen vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Offenlegungspflichten gegenüber Gerichten und Behörden bleiben hiervon unberührt.

Das Einfordern von persönlichen Vertraulichkeitsverpflichtungen vom Qualitätsprüfer des AG durch den AN ist grundsätzlich nicht zulässig und bedarf in einem vom AN begründeten Ausnahmefall einer zusätzlichen vertraglichen Regelung zwischen AG und AN in Textform.

#### **(5) Unterstützung**

Zur Unterstützung der Durchführung der QS-Maßnahmen des AG hat der AN die dafür erforderlichen Arbeitskräfte, Unterlagen, Räume, Maschinen, Geräte, Prüf- und Messeinrichtungen,

Kommunikationsmöglichkeiten sowie Betriebsstoffe zur Verfügung zu stellen. Die Kommunikation erfolgt grundsätzlich in deutscher Sprache, wenn nicht anderes vertraglich vereinbart.

(6) **Meinungsverschiedenheiten / Zurückweisungen**

Stellt sich an Hand von Prüfungen heraus, dass die Gegenstände nicht vertragsgemäß ausgeführt wurden, sind diese gemäß den vertraglichen Vereinbarungen nachzubessern oder zu ersetzen und durch den AN zu prüfen sowie erneut zur Prüfung vorzustellen. Der AN hat sicherzustellen, dass nicht vertragsgemäß ausgeführte Produkte sowie vom Qualitätsprüfer des AG zurückgewiesene Leistungen nicht verwendet oder ausgeliefert werden. Bei Unstimmigkeiten zwischen AN und Qualitätsprüfer des AG ist der Projektleiter bzw. sind die im Vertrag genannten Ansprechpartner des AG einzuschalten.

## **4 Durchführung der qualitätssichernden Maßnahmen**

(1) **Prüfungen**

Je nach Produkt und vertraglichen Vereinbarungen führt der Bereich Qualitätssicherung des AG Maßnahmen zur Qualitätssicherung durch. Diese können präventiven Charakter haben und schon in der Entwicklungsphase bzw. vor/während der Fertigung erfolgen, als auch an den zur Auslieferung bereitgestellten Lieferlosen.

(2) **Prüferte und Prüfeinrichtungen**

Die Verifizierung der Qualität der erbrachten Produkte wird grundsätzlich beim im Vertrag genannten AN durchgeführt. Ist eine Verifizierung der Herstellungsprozesse und Produkte beim AN nicht möglich, erfolgt diese beim entsprechenden UAN bzw. am Herstellort. Der AN hat dafür zu sorgen, dass ein entsprechender Termin beim UAN stattfinden kann und übernimmt hierbei die erforderliche Koordination und Durchführung unter Teilnahme des Qualitätsprüfingenieurs des AG.

Der AN hat den Nachweis zu führen, dass die verwendeten Prüf- und Messmittel kalibriert und für die Prüf- und Messaufgaben geeignet sind. Liegt dies in der Verantwortung des UAN, hat der AN dafür zu sorgen, dass der UAN den vorbezeichneten Nachweis erbringt.

(3) **Unterrichtung**

Der AN stimmt den gewünschten Prüftermin in geeigneter Form (Telefon; E-Mail) mit dem Qualitätsprüfingenieur des AG mit ausreichendem Vorlauf, spätestens zwei Kalenderwochen (bei Fertigung im Ausland vier Kalenderwochen) vorher ab.

(4) **Prüfhäufigkeit**

**Schienenfahrzeuge:**

Die Prüfhäufigkeit bzw. die Durchführung von Prüfungen an Produkten durch den AG erfolgt in Abhängigkeit der Qualitätsfähigkeit des AN. Hat der AN seine Fähigkeit zur wirksamen Sicherung aller Qualitätsmerkmale nachgewiesen und entspricht das zu liefernde Produkt den Anforderungen des AG, so erteilt der Qualitätsprüfer des AG die Lieferfreigabe.

Die Lieferfreigabe ist auf einen bestimmten Zeitraum oder ein Lieferlos begrenzt.

**Infrastruktur:**

Die Lieferfreigabe ist zeitlich begrenzt und gilt für alle Lieferungen/Leistungen die im Gültigkeitszeitraum der Qualitäts-Einstufung (Q-Einstufung) liegen.

(5) **Freigabe, Kennzeichnung und Versand**

Der AN darf die Produkte erst nach Durchführung der vertraglich vereinbarten Verifizierung und Freigabe zur Lieferung durch den Qualitätsprüfer des AG absenden.

Allen Lieferungen, für die eine Lieferfreigabe erforderlich ist, ist dieses Dokument beizufügen. Die im Vertrag genannten Ansprechpartner erhalten eine Kopie des Abnahmeprüfzeugnisses 3.1 nach EN 10204 und der Lieferfreigabe der betreffenden Produkte.



**Schienenfahrzeuge:**

Im Gültigkeitszeitraum von zeitlich begrenzten Lieferfreigaben ist durch den AN eine mit dem Qualitätsprüfer des AG abgestimmte Übersicht der Lieferungen mit Angabe des Abnahmeprüfzeugnisses 3.1 zu führen. Diese Übersicht ist dem Qualitätsprüfer des AG zur Verfügung zu stellen.

**Infrastruktur:**

Die im Gültigkeitszeitraum der aktuellen Q-Einstufung erstellten Abnahmeprüfzeugnisse 3.1 zu den Lieferungen/Leistungen sind dem Qualitätsprüfer des AG bei Bedarf zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

## 5 Unterauftragnehmer

Für die Qualität aller Produkte von UAN ist der AN verantwortlich. Hierfür muss er ein wirksames System der Qualitätssicherung vorhalten, welches sowohl die notwendige Qualitätsfähigkeit der UAN als auch deren laufende Überwachung sicherstellt. Der AN muss die Rechte des AG auch auf seine UAN übertragen.

Für Lieferungen von UAN an den AN der DB werden seitens der DB in der Regel keine Prüfungen an den Produkten durchgeführt. Eine Freigabe durch die DB ist in der Regel nicht erforderlich. Die Durchführung oder Teilnahme des AG an anderen geforderten QS-Maßnahmen (z.B. HPQ, Erstmusterprüfung bzw. Schweißtechnische Bauweisenprüfung - STBP) ist davon unberührt.

Erfolgt gemäß Ziffer 4 Abs. 2 die Verifizierung der Qualität der erbrachten Produkte durch den AG beim UAN oder am Herstellort, so hat der AN die vorliegenden „EVB Qualitätssicherung Beschaffung“ mit seinen UAN vertraglich zu vereinbaren. In diesem Fall werden die Lieferfreigaben nicht für den UAN, sondern für den AN ausgestellt.

Die Qualitätssicherung des AG hat das Recht, sich bei Materialeingang beim AN davon zu überzeugen, dass die vorgeschriebenen Prüfungen durchgeführt und dokumentiert wurden.

**Für den Bereich Schienenfahrzeuge gilt zusätzlich:**

Der AN hat, soweit erforderlich, Prüfunteranträge bei dem für sein Werk zuständigen Qualitätsprüfer des AG so rechtzeitig zu stellen, dass beim UAN und ggf. dessen UAN eine termingerechte Prüfung durchgeführt werden kann.

## 6 Aufwendungen für die qualitätssichernden Maßnahmen

Mit dem vertraglich vereinbarten Preis für die vom AN zu erbringenden Leistungen sind alle Aufwendungen des AN abgegolten, die für die Unterstützung der Qualitätssicherung des AG zur Verifizierung der Prüfergebnisse des AN erforderlich sind. Durch die Prüfung unbrauchbar gewordene Stücke werden auf die Lieferung nicht angerechnet.

Der AN hat dem AG den im Zusammenhang mit der Prüfung zur Verifizierung entstehenden Aufwand zu vergüten, wenn dieser hierfür verantwortlich ist. Das gilt insbesondere, wenn

1. bei von dem AN eingesetzten UAN die Prüfung im Ausland durchgeführt werden muss und der AN seinen Sitz nicht in diesem Land sowie außerhalb Deutschlands hat, das gilt auch bei einer weiteren Untervergabe;
2. der AN die Anforderungen des AG an einen Q 1-Lieferanten nicht erfüllt, das gilt auch für erforderliche zusätzliche QS-Maßnahmen in der gesamten Lieferkette;
3. die Prüfung aus Gründen, die der AN oder UAN zu vertreten hat, wiederholt oder zusätzlich durchgeführt werden muss, z.B. Ersatzlieferungen im Rahmen der Mängelhaftung bzw. vergeblicher Besuch des Qualitätsprüfers des AG bzw.
4. die Prüfung wegen fehlender Prüfeinrichtungen an einem anderen Ort durchgeführt werden muss.

Ansonsten trägt der AG seinen Aufwand für die Prüfungen selbst, soweit im Vertrag nichts anderes festgelegt ist.





## **Ergänzende Vertragsbedingungen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen zu Tariftreue und Mindestentlohnung (EVB Mindestlohn)**

**Ausgabe Januar 2022**

1. Der Auftragnehmer hat die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - A-EntG) vom 20.04.2009 (BGBl. I S. 799) und des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) sowie andere gesetzliche oder tarifliche Bestimmungen über Mindestentgelte in der jeweils geltenden Fassung zu beachten und einzuhalten.
  2. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Verpflichtungen aus diesen EVB Mindestlohn auch auf die von ihm beauftragten Nachunternehmer und die von ihm oder von einem Nachunternehmer beauftragten Verleiher jeweils mit einer Weitergabeverpflichtung an weitere Nachunternehmer und Verleiher schriftlich übertragen werden und hat dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.
  3. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber auf erstes Anfordern von allen Ansprüchen frei, die sich aus oder im Zusammenhang mit einem Verstoß gegen diese EVB Mindestlohn, insbesondere einer Verletzung der Bestimmungen des AEntG oder des MiLoG, durch den Auftragnehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer oder von ihm oder von einem Nachunternehmer eingesetzten Verleiher oder allen etwaigen weiteren nachfolgenden Nachunternehmern oder Verleihern, ergeben. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
  4. Verstößt der Auftragnehmer schuldhaft gegen die Verpflichtungen aus diesen EVB Mindestlohn, hat er an den Auftraggeber für jeden Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 %, bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von 10 % des Nettoauftragswertes zu zahlen. Die Vertragsstrafe wird auf etwaige Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen derselben Pflichtverletzung angerechnet.
  5. Ein Verstoß gegen die Verpflichtungen aus diesen EVB Mindestlohn berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung des Vertrages mit dem Auftragnehmer.
  6. Der Auftragnehmer hat geeignete Nachweise zur Prüfung der Einhaltung der Verpflichtungen aus diesen EVB Mindestlohn bereitzuhalten aus denen Umfang, Art und tatsächliche Entlohnung von Beschäftigungsverhältnissen hervorgehen oder abgeleitet werden können und dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen („Auskunftsanspruch“).
- Geeignete Nachweise sind zum Beispiel
- a. pseudonymisierte Gehaltsabrechnungen und dazugehörige Zeiterfassungen, der bei der Vertragsabwicklung eingesetzten Mitarbeitenden, oder
  - b. ein Wirtschaftsprüfertestat über den Jahresabschluss des Auftragnehmers mit ausdrücklicher Bestätigung über die Einhaltung der einschlägigen Mindestlohnregelungen oder schriftlicher Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers, der für den Auftragnehmer die Lohnbuchhaltung erbringt, über die Einhaltung der einschlägigen Mindestlohnregelungen.
- Nicht geeignet sind insbesondere Eigenerklärungen von Auftragnehmern, Bestätigungen von Arbeitnehmern über die Zahlung des Mindestlohns, Unbedenklichkeitsbescheinigungen von Krankenkassen, Sozialversicherungsträgern oder Berufsgenossenschaften.
- Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter darf zur Durchsetzung seines Auskunftsanspruchs Einblick in diese Unterlagen nehmen. Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen schriftlich hinzuweisen.
7. Der Auftragnehmer tritt hiermit alle (auch künftigen und bedingten) Auskunftsansprüche gegen die von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder Verleiher sicherungshalber an den Auftraggeber ab, der die Abtretung annimmt. Die Abtretung wird der Auftraggeber gegenüber den Nachunternehmern oder Verleihern nur anzeigen und davon Gebrauch machen, wenn gegen den Auftragnehmer ein Insolvenzantrag gerichtet wurde, er einen solchen selbst gestellt hat oder der Auftragnehmer seine Pflichten aus diesen EVB Mindestlohn nicht ordnungsgemäß erfüllt, insbesondere wenn er sich mit der Leistungserbringung in Verzug befindet. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt der Auftragnehmer ermächtigt und verpflichtet, die Auskunftsansprüche gegen die Nachunternehmer oder Verleiher im eigenen Namen und auf eigene Rechnung geltend zu machen.

Es wird klargestellt, dass die Weitergabeverpflichtung gemäß Ziffer 2 auch die Abtretung des Auskunftsanspruchs umfasst.

□



**Ergänzende Vertragsbedingungen**  
**der Deutschen Bahn AG (DB AG) und der mit ihr verbundenen Unternehmen**  
**- nachfolgend Auftraggeber genannt -**  
**zur Vermeidung von Unfällen auf Bahngelände und bei Arbeiten**  
**an oder für Anlagen der DB AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen,**  
**die sich nicht auf Bahngelände befinden**  
**(EVB Unfallverhütung)**

- Ausgabe 01.04.2025 -

Die Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Deutschen Bahn AG und der mit ihr verbundenen Unternehmen (AEB) sowie die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Deutschen Bahn AG (AVB) werden für Leistungen in Bereichen, die den besonderen Gefahren des Eisenbahnbetriebes ausgesetzt sind, durch nachstehende Vertragsbedingungen ergänzt.

- (1) Der Auftragnehmer hat mit besonderer Sorgfalt alle Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um Personen-, Sach- und sonstige Schäden zu vermeiden.
- (2) Hat der Auftragnehmer Leistungen auszuführen, bei denen sich das Betreten des Gleisbereichs nicht vermeiden lässt, so hat der Auftragnehmer dies der im Vertrag genannten Stelle des Auftraggebers so zeitig anzuzeigen, dass diese für Sicherung sorgen kann. Die Kosten dieser Sicherung trägt der Auftraggeber.
- (3) Alle erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Sicherung gegen Gefahren des Eisenbahnbetriebes, aus den Arbeiten im Gleisbereich und an oder in der Nähe von spannungsführenden Teilen, hat der Auftragnehmer für seine Mitarbeiter und seine Erfüllungsgehilfen einzuhalten. Sofern dieser Arbeiten im Gleisbereich im Sinne der DGUV Vorschrift 78 durchführt, steht ihm ein Mitwirkungsrecht bei der Festlegung der Sicherungsmaßnahmen durch die für den Bahnbetrieb zuständige Stelle der Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Deutschen Bahn AG zu. Dies umfasst auch die Ablehnung festgelegter Sicherungsmaßnahmen. Er hat die staatlichen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften, die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, das Unfallverhütungsregelwerk der Unfallversicherung Bund und Bahn (UVB) gemäß SGB VII § 16 Abs 1 einzuhalten, insbesondere die
  - a) Arbeitsstättenverordnung mit Technischen Regeln für Arbeitsstätten;
  - b) Betriebssicherheitsverordnung mit Technischen Regeln für Betriebssicherheit;
  - c) DGUV-Vorschrift 1 - Grundsätze der Prävention;
  - d) DGUV-Vorschrift 78 (früher GUV-V D33) - Arbeiten im Bereich von Gleisen;
  - e) DGUV-Regel 101-024 (früher GUV-R 2150) - Sicherungsmaßnahmen bei Arbeiten im Gleisbereich von Eisenbahnen;
  - f) DGUV-Information 201-051 (früher GUV-I 8603) - Arbeiten an Bahnanlagen im Gleisbereich von Eisenbahnen;
  - g) DGUV-Vorschrift 4 (früher GUV-V A3) - Elektrische Anlagen und Betriebsmittel;
  - h) Rahmenrichtlinie der DB AG 132.0118 - Arbeiten im Gleisbereich (einschließlich Technische Mitteilungen) und
  - i) Rahmenrichtlinie der DB AG 132.0123 - Arbeiten an oder in der Nähe von elektrischen Anlagen und an Betriebsmitteln.

Der Geltungsbereich von Unfallverhütungsvorschriften und sonstigen Regeln der für die ausführenden Unternehmen (Auftragnehmer) zuständigen Unfallversicherungsträger bleibt davon unberührt.

Die Druckschriften der UVB können wie folgt bezogen werden:

<http://www.uv-bund-bahn.de>

E-Mail: [info@uv-bund-bahn.de](mailto:info@uv-bund-bahn.de)

Die Regelwerke der DB AG können unter folgender Anschrift bezogen werden:

DB InfraGO AG  
Medien & Kommunikation  
Griesbachstraße 7  
76185 Karlsruhe

E-Mail: [auftraege.zu.technischen.regeln@deutschebahn.com](mailto:auftraege.zu.technischen.regeln@deutschebahn.com)  
Telefon +49 (0) 721 938 3846

Die Druckschriften können auch im Geschäftszimmer der überwachenden Stelle des Auftraggebers eingesehen werden.

- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine auf Auftraggeber-Gebiet tätigen Betriebsangehörigen und alle anderen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen), jeweils vor Aufnahme ihrer Arbeit so zu belehren, dass sie über die nach Lage des Falls in Betracht kommenden Unfallgefahren des Eisenbahnbetriebs und der übrigen Unfallgefahren und über die Abwehr dieser Gefahren ausreichend unterrichtet sind. So muss der Auftragnehmer auch ein Konsumverbot von Alkohol, Cannabis oder anderen Drogen bzw. berauschenden Mitteln und Substanzen auf Auftraggeber-Gebiet sicherstellen. Die §§ 7, 15 der DGUV-Vorschrift 1 – Grundsätze der Prävention bleiben im Übrigen unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer hat bei Gleisen, die von Eisenbahnfahrzeugen befahren werden können, dafür zu sorgen, dass Bauteile, Baugeräte, Rüstungen und dgl. in den freizuhaltenden Raum nicht hineinragen und dass ein solches Hineinragen auch nicht durch Verschiebung oder in anderer Weise unbeabsichtigt eintreten kann. Freizuhalten ist der in den Vergabeunterlagen dafür vorgeschriebene Raum; soweit solche Vorschriften fehlen, gilt § 9 DGUV-Vorschrift 78 (früher GUV-V D33) mit Anhang 1.
- (6) Die Verpflichtung nach Absatz 5 besteht
- a) bei Gleisen, in denen der Auftragnehmer nicht zu arbeiten hat;
  - b) bei Gleisen, in denen der Auftragnehmer zu arbeiten hat, die aber für diesen Zweck nicht gesperrt sind, während der Zeiträume vor Beginn und nach Schluss der Arbeiten und jeweils während der Zeiträume vom Räumen des Arbeitsgleises bis zum Zurücktreten ins Arbeitsgleis;
  - c) bei Gleisen, die für die Arbeiten des Auftragnehmers gesperrt sind, während der Zeiträume, in denen das gesperrte Gleis von Zügen, Rangierabteilungen oder einzelnen Eisenbahnfahrzeugen befahren wird.
- (7) Der Auftragnehmer muss seine Betriebsangehörigen und alle anderen auf Auftraggeber-Gebiet tätigen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen), anhalten, die Anweisungen der Bauüberwachung und Sicherheitsüberwachung und die Anweisungen der für den Bahnbetrieb zuständigen Stelle sowie des Sicherungspersonals zu befolgen.
- Zuwiderhandelnde sind sofort von der Einsatzstelle zu entfernen. Verstößt der Auftragnehmer trotz wiederholter Mahnung gegen diese Pflicht, so kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen.
- (8) Der Auftragnehmer muss in geeigneter Form nachweisen können, dass bei ihm eine angemessene und wirksame Arbeitsschutzorganisation besteht, in deren Rahmen u.a. Arbeitsunfälle erfasst und systematisch ausgewertet werden.
- (9) Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass bei Arbeiten mit Brand- und Explosionsgefahr im Gleisbereich entsprechende Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Entstehung von Bränden zu verhindern.

Bei feuergefährlichen Arbeiten (Arbeitsverfahren mit Schweiß-, Schleif- und Trennarbeiten, Thermitschweißen und Vorwärmen) sind daher mindestens folgende Schutzmaßnahmen vorzusehen:

- a) Funkenflug ist durch geeigneten Funkenflugschutz zu verhindern.
- b) Offene Eisenbahnüberbauten oder Kabeltröge sind abzudecken.
- c) Die Entfernung gefährdeter elektrischer Installationen durch den Fachdienst ist rechtzeitig vor Arbeitsbeginn dem Auftraggeber anzuzeigen und durch diesen zu veranlassen.
- d) Druckgasflaschen und Benzinkanister sind außerhalb des Gefahrenbereichs zu lagern.
- e) Geeignete Feuerlöschgeräte (mindestens 6 Kg ABC-Pulver-Feuerlöscher, zusätzlich Wasserkannister oder Druckspritze) sind vorzuhalten.
- f) Bei Holzschwellen oder anderen brennbaren Stoffen im direkten Arbeitsbereich ist während der Arbeit auf die fallweise Entstehung von Bränden zu achten, diese sind sofort zu bekämpfen.
- g) Die Baustelle ist nach Beendigung der Arbeiten auf eventuell entstandene Schmelzbrände hin zu überprüfen.

Bei Arbeiten an oder in der Nähe von Tankanlagen, Tankstellen oder abgestellten Kesselwagen mit feuergefährlichem oder hochentzündlichem Inhalt sowie bei ausgerufenen Waldbrandstufe  $\geq 3$  ist ein Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten (Schweißerlaubnis gemäß DGUV Regel 100-500 „Betreiben von Arbeitsmitteln“, Kapitel 2.26) beim jeweiligen Anlagenverantwortlichen als Auftraggeber einzufordern. In diesem werden spezifische Schutzmaßnahmen und Verantwortlichkeiten für den Einzelfall festgelegt.





**Ergänzende Vertragsbedingungen  
der Deutschen Bahn AG (DB AG) und der mit ihr  
verbundenen Unternehmen zum Nachweis der Nachhaltigkeit  
(EVB Nachhaltigkeit)**

– Ausgabe 01.02.2025 –

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei Verträgen mit einem Auftragswert (Vertragswert bei Zuschlag im Vergabeverfahren ohne beispielsweise spätere Nachträge) ab 100.000 Euro für sein Unternehmen bzw. seine Unternehmensgruppe eine gültige Nachhaltigkeitsbewertung eines unabhängigen, fachkundigen Anbieters wie zum Beispiel EcoVadis oder gleichwertig nachzuweisen. Für den Fall, dass der Auftragnehmer eine Arbeitsgemeinschaft ist, betrifft diese Pflicht jedes Mitgliedsunternehmen.
2. Der Nachweis der Nachhaltigkeitsbewertung muss spätestens sechs Monate nach Vertragsschluss vorliegen und ist dem Auftraggeber auf Verlangen während der Vertragslaufzeit jederzeit zur Verfügung zu stellen. Nachweise dürfen zum Zeitpunkt der Vorlage nicht älter als zwei Jahre sein. Zum Vertragsschluss beim Auftraggeber vorliegende Bewertungen erfüllen entsprechend ihrer Gültigkeit diese Vertragspflicht. Beim Vorliegen mehrerer gültiger Bewertungen gilt grundsätzlich die aktuelle als ausschlaggebend.
3. Gegenstand einer solchen Bewertung müssen mindestens folgende Handlungsfelder in der Wertschöpfungskette des Auftraggebers sein:
  - a) Arbeitsbedingungen und Menschenrechte
  - b) Nachhaltige Beschaffung/nachhaltiges Lieferkettenmanagement
  - c) Umweltmanagement
  - d) faire Geschäftspraktiken
4. Die Bewertungskriterien müssen auf der Grundlage internationaler bzw. allgemein gültiger Standards wie der ISO 26000, ILO-Kernarbeitsnormen, Menschenrechte, Global Compact, ISO 14001, EMAS, ISO 45001 unter Berücksichtigung von Testberichten, Zertifizierungen, Gütezeichen oder entsprechender Bescheinigungen unabhängiger Stellen erarbeitet worden sein. Der Auftragnehmer weist dem Auftraggeber auf Verlangen nach, dass die Bewertung die vorgenannten Kriterien erfüllt.
5. Die Nachhaltigkeitsbewertung und die Bewertungskriterien müssen vom Auftraggeber überprüft werden können. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer hierfür die Überlassung von Erklärungen und Unterlagen des bewertenden Anbieters verlangen.
6. Es gelten die von der DB AG veröffentlichten Mindestanforderungen gemäß Stufenplan ([lieferanten.deutschebahn.com/Nachhaltigkeitsbewertung](https://lieferanten.deutschebahn.com/Nachhaltigkeitsbewertung)). Sofern der Auftragnehmer die geltenden Mindestanforderungen noch nicht erfüllt, verpflichtet er sich zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess, um diese schnellstmöglich zu erreichen. Der Auftragnehmer informiert sich regelmäßig über etwaige Änderungen dieser Vorgaben.



# Preisblatt

Stand: 24.10.2025

Vergabe 25FEA84899

## Zugbegleiterleistung/Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a

	je km in €
Servicepersonal im Zug in den Netzen 4 und 9a	

Angabe der km : EUR je begleitete Zugkilometer

**Hinweis:**Vergütet werden die gemäß Leistungsbeschreibung tatsächlich begleiteten Zugkilometer, wenn das Zugbegleitpersonal dabei die in dieser Leistungsbeschreibung genannten Aufgaben vollumfänglich erfüllt hat.

**Datum:**

-----  
**Unterschrift Bieter**



## Ansprechpartner

1. **Abrufende Stelle:** DB Regio AG, Region Baden-Württemberg

**Adresse:** Lautenschlagerstr. 3, 70173 Stuttgart

2. **Ansprechpartner des Auftraggebers (AG)**

Name	Einsatzbereich	Telefon	Handy	Mail-Adresse	werktags	übrige Zeiten
Herr Bernd Hoffmann	Verkehrsvertragsmanagement Freiburg, R.RR-BW-V 2	07612122443	015162957328	Bernd.B.Hoffmann@deutschebahn.com	-	-

3. **Ansprechpartner des Auftragnehmers (AN):**

**Adresse:**

Name	Einsatzbereich	Telefon	Telefax	Handy	Mail-Adresse	werktags von bis	übrige Zeiten von bis

**Veränderungen nach Vertragsabschluss sind unverzüglich zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu dokumentieren!**  
**(Es gilt die jeweils letzte Fassung dieser Anlage, ohne dass es einer zusätzlichen Vertragsänderung bedarf)**

## Nachunternehmerliste

---

Der Bieter verpflichtet sich bei der Weitergabe von Liefer- und Dienstleistungen an Nachunternehmer die Bestimmungen des Rahmenvertrages sicher zu stellen.

<b>Name und Adresse des Nachunternehmers, gesetzliche Vertreter, Ansprechpartner</b>	<b>Beschreibung der zu erbringenden Teilleistungen</b>	<b>Mengen / Summe der Teilleistungen ca. T€ oder in %</b>

Bieter:

-----  
(Name, Ort, Datum)

-----  
(Unterschrift / Firmenstempel)

### EIGNUNGSKRITERIEN

#### 1 Referenzen in der Fahrpreisnacherhebung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Gefordert wird, dass der Lieferant über Referenzen in der Fahrpreisnacherhebung/Fahrkartenprüfdienstleistung nachweisen kann. Wurden die Referenzen angehängt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 2 Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach LTMG BW [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach LTMG BW

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 3 Zertifizierung nach ISO 9001 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Zertifizierung nach ISO 9001 einer in der EU-akkreditierten Stelle (Die Referenzen/Nachweise sind den Teilnahmeunterlagen beizufügen)

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 4 Bietereigenerklärung (gemäß Anhang) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde die Bietereigenerklärung ausgefüllt und unterschrieben beigefügt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 5 Mitgliedschaft Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde ein Nachweis über die Mitgliedschaft zur Berufsgenossenschaft angehängt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 6 Vertraulichkeitserklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde die Vertraulichkeitserklärung über alle Daten und Informationen zum Vertrag/Auftrag unterschrieben angehängt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 7 Zusicherung im Falle der Beauftragung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde das Formblatt "Zusicherung im Falle der Beauftragung" ausgefüllt und unterschrieben angehängt?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 8 Auszug aus dem Gewerbezentralregister [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist ein aktueller (nicht älter als 6 Monate) Auszug aus dem Gewerbezentralregister den Teilnahmeunterlagen angehängt?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 9 Nachweis über eine 24/7 Einsatzzentrale [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Lieferant kann Erfahrung mit dem Betreiben einer eigenen Einsatzzentrale nachweisen, die bei Bedarf (z. B. in Störungsfällen) die Steuerung des eingesetzten Personals und die Kommunikation mit dem Auftraggeber an allen Tagen der Woche rund um die Uhr gewährleistet. (Die Referenzen/Bestätigung sind den Teilnahmeunterlagen beizufügen)

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 10 Handelsregistrauszug nicht älter als 6 Monate [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Handelsregistrauszug nicht älter als 6 Monate

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 11 Ausbildung/Schulung der Kundenbetreuer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Lieferant kann Erfahrung in der Ausbildung von Kundenbetreuern nachweisen oder benennt den von ihm im Zuschlagsfall gewählten Schulungsanbieter. (Die Referenzen sind den Teilnahmeunterlagen beizufügen.)

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Zusicherungen Angebot_25FEA84899.docx	26,83 KB	docx
Dateianlage	Anlage 11 zum RV LTMG Verpflichtungserklärung z Mindestengelt.pdf	646,67 KB	pdf
Dateianlage	Anlage 8 zum RV SDL Preisblatt.xlsx	21,53 KB	xlsx
Dateianlage	Anlage 9 zum RV SDL Ansprechpartner.doc	80,00 KB	doc
Dateianlage	Anlage 10 zum RV SDL Nachunternehmerliste.docx	41,33 KB	docx